

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX
EX LIBRIS
KOSTA MATHÉY
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

SCHWERPUNKT: REGIONALPLANUNG

25200
Kochling

TRIALOG

Zeitschrift für das
Planen und Bauen
in der Dritten Welt

ISSN Nr. 0724 - 6234

JANUAR 1984

2



IMPRESSUM:

Herausgeber der TRIALOG ist der "Verein zur Erforschung des Planen und Bauens in Entwicklungsländern e.V. (gemeinnützig), Sitz Darmstadt. Redaktions- und Vereinsanschrift:

TRIALOG,
Planen und Bauen
in Entwicklungsländern
Petersenstr. 15
D-6100 DARMSTADT.
Konto Nr.48 35 - 605 PschA Ffm

V.i.S.d.P.: Der Verantwortliche der jeweiligen Redaktionsgruppe eines Heftes. Für dieses Heft: B. Jenssen, J. Kotowski, E. Schmidt, R. Ziss.

Die in TRIALOG veröffentlichten Artikel repräsentieren nicht zwingend die Meinung der Herausgeber und der Redaktion. Artikel, inhaltliche Beiträge und Informationen sind an die Vereinsadresse oder an die regionalen TRIALOG-Kontaktpersonen zu richten:

- Kosta Mathéy, Planen und Bauen in Entwicklungsländern, TH Darmstadt, Petersenstr.15, 6100 Darmstadt, Tel.: 06151/163637.
- Ulrike Zschaebitz, Technische Universität Hamburg-Harburg, Arbeitsbereich "Städtebau, Objektbezogene Stadtplanung, Schwarzenbergstr. 93C-2100 Hamburg 90, Tel.: 040/771702659.
- Roland Ziss, Universität Wuppertal, FB 6, Postfach 100127,5600 Wuppertal 1, Tel.: 0202/4392602.
- Bernd Jenssen / Einhard Schmidt, Universität Dortmund, Postfach 500500, 4600 Dortmund 50, Tel.: 0231/7552370.
- Florian Steinberg, Technische Universität Berlin, Sekr. A, Straße des 17.Juni 135, 1000 Berlin 12, Tel.: 030/3145041.
- Bernd Ciecior, Alexanderstraße 95, D-7 Stuttgart 1, Tel 0711/24 10 57
- Marlene Reiners, Bismarckstr. 15, D-51 Aachen, Tel 0241/503 864

TRIALOG kostet als Einzelheft:

für Studenten (mit Bescheinigung)	6,-DM
Einzelpersonen	9,-DM
für Institutionen	12,-DM

TRIALOG kostet im Abonnement

(4 Ausgaben):

für Studenten	24,- DM
für Einzelpersonen	32,- DM
für Institutionen	48,- DM

EDITORIAL

Einigermaßen planmäßig kommt das zweite Heft von TRIALOG heraus. Im April 1984 soll TRIALOG 3 fertig sein, und dann hoffen wir, in den versprochenen Drei-Monats-Rhythmus hereinzukommen.

Inzwischen haben wir einige Abonnenten und viele Einzelbestellungen (Trialog 1 ist praktisch vergriffen). Finanziell steht unser Zeitschriftenprojekt besser da, als wir noch vor einigen Monaten erwarten konnten. Das heißt, wir können zwar kein kommerzielles Unternehmen daraus machen (auch wenn wir das vorhätten), aber wir bekommen wenigstens die Materialkosten wieder herein. Der Start wäre geschafft. Ein Grund zum Aufatmen. Das Medium ist da. Nun kann es benutzt werden. Zum Trialog.

Vielleicht ist es zu früh, jetzt Bilanz zu ziehen, ob es denn mit dem erhofften Trialog geklappt hat. Mit der überfälligen Debatte unter (deutschsprachigen) Architekten, Stadtplanern, Soziologen und Ökonomen über die Entwicklung von Stadt und Land in der Dritten Welt. Mit dem Austausch beruflicher Erfahrungen im Bereich Planen und Bauen in der Dritten Welt. Mit der Kommunikation zwischen europäischen, lateinamerikanischen afrikanischen und asiatischen Planern und Architekten.

Wir sollten uns aber wenigstens ins Gedächtnis zurückerufen, weshalb wir TRIALOG gegründet haben. In Deutschland, meinten wir, fehlt es an einem Medium, in dem sich diejenigen, die sich wissenschaftlich und/oder berufspraktisch mit dem Planen und Bauen in der Dritten Welt beschäftigen, austauschen können. Jeder arbeitet in seinem Institut oder in seinem Projekt vor sich hin. Fachlicher Austausch ist das Ergebnis zufälliger Kontakte oder glücklicher Fügungen. Auch die jährlichen Tagungen des Arbeitskreises PLANEN UND BAUEN IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN der deutschen Hochschulen wurden diesem Bedürfnis kaum gerecht. War es das Übermaß an forschungsorganisatorischem Geplänkel oder die spezifische universitäre Sozialisation, die es deutschen Wissenschaftlern so schwer macht, jenseits von Selbstdarstellung über ihre fachlichen Interessen miteinander ins Gespräch zu kommen, jedenfalls führen viele Teilnehmer enttäuscht von den Arbeitskreissitzungen an ihre jeweiligen Arbeitsplätze zurück. Die Gründung von TRIALOG war eine Konsequenz aus den frustrierenden Erfahrungen mit dem Arbeitskreis. Was auf den Jahrestagungen nicht gelaufen war, das sollte durch die Zeitschrift in Gang gesetzt werden. Das wird nicht gleich im ersten, auch nicht im zweiten Anlauf gelingen, aber der Titel bleibt unser Programm.

Manchmal beschleicht mich allerdings die Befürchtung, daß TRIALOG, so wie wir die Zeitschrift jetzt herausbringen, zu schön, zu fertig aussieht. Ursprünglich hatten wir mal an eine Sammlung hektographierter, schnell zusammengehefteter Blätter gedacht. Jeder steuert seine halbausgegorenen Konzepte, seine Ideen, seine Polemik und die Tips aus seinem Zettelkasten bei. Zensur findet nicht statt, alles wird gedruckt. Jetzt ist doch eine richtige Zeitschrift aus unserem Projekt geworden. Mit Redaktion, mit kritischer Sichtung der eingegangenen Beiträge, mit ordentlichem Layout, mit Zitierweisen und Zitierkartellen. Ich wünsche mir, daß TRIALOG trotzdem etwas Unfertiges behält. Formal wie inhaltlich. Eigentlich wissen wir alle (mit mir alle meine ich die Macher von TRIALOG), daß TRIALOG unfertig ist. Aber bitte, liebe Leserinnen und Leser, das müßt Ihr doch auch so empfinden! Da gibt's doch Gedanken, die man weiterspinnen kann, oder Behauptungen, die zu einer Replik herausfordern. Ehrlich gesagt, ich bin etwas enttäuscht, daß uns bisher überhaupt keine Leserbriefe erreicht haben. Es kamen ein paar mündliche und telefonische Reaktionen, auch ein Brief an die Redaktion. Aber immer mit dem Zusatz: Das ist meine persönliche Meinung, ihr könnt ja mal drüber nachdenken, ist aber nicht zur Veröffentlichung bestimmt.

Da muß ich mal mit meiner persönlichen Meinung reinplatzen: Ich habe nämlich keine Lust, an einer Zeitschrift mitzumachen, in der nur nach allen Seiten abgesicherte, wohlgedachte Statements gedruckt werden. In der nur längst abgestandene Meinungen das Licht der Öffentlichkeit erblicken. Es besteht gar kein Grund, den Bergen von bedrucktem Papier, die täglich auf unseren Schreibtischen landen, alle drei Monate weitere 40 Seiten hinzuzufügen. Es besteht auch kein Grund, Vielschreibern ein weiteres Forum zu eröffnen, ihren eigenen Namen gedruckt wiederzufinden. Die ganze Arbeit ist nicht der Mühe wert, wenn nicht - ja wenn es nicht doch noch klappt mit dem TRIALOG. -

TRIALOG 2 hat den Themenschwerpunkt Regionalplanung. Wir wollen einen Einblick in einige aktuelle Tendenzen in der Regionalplanung geben. Dabei haben wir keinen vollständigen Überblick im Sinn, sondern entsprechend der gerade erwähnten Zielsetzung von TRIALOG wollen wir die Debatte anregen, nicht abschließen.

Gemeinsam ist allen Beiträgen dieses Heftes ein Verständnis von Regionalplanung als Beitrag zur ländlichen Entwicklung. Allen Autoren geht es darum, Wege zu finden, kolonial und nachkolonial überkommene räumliche Disparitäten zu überwinden. Den Akteuren im ländlichen Raum - auch dieses Verständnis kommt in den meisten Beiträgen zum Ausdruck - muß ein größeres Gewicht im Entwicklungsprozeß zukommen.

Ansonsten unterscheiden sich die Beiträge dieses Heftes in bezug auf ihre Perspektiven, in ihrem Ansatz und in ihrem Verständnis davon, welches angemessene Planungsinstrumente wären.

Der einleitende Beitrag von WALLER geht aus von den Schwächen konventioneller Regionalplanung bei der Lösung der Raumentwicklungsprobleme ländlicher Räume in der Dritten Welt und entwickelt darauf aufbauend einen eigenen, grundbedürfnisorientierten Planungsansatz. -

MAENNLING stellt einen Ansatz vor, die regionalen Verflechtungen marginalisierter Bevölkerung in kleinbäuerlichen und randstädtischen Siedlungen, zu erfassen. Er nennt seinen Ansatz, der sowohl neue Forschungsperspektiven eröffnet als auch für Planungspraxis relevant sein könnte, "Paradigma des überlebensökonomischen Territoriums". -

Die beiden länderbezogenen Beiträge dieses Heftes setzen sich beide mit der Politik mittlerer Zentren zur Stützung einer proportionaleren, räumlichen Entwicklung auseinander. Es ist kein Zufall, daß Mittelzentren in den vergangenen Jahren zu einem Lieblingsthema der Dritte-Welt bezogenen Regionalwissenschaft geworden sind. DERICIOGLU schlägt in seinem Artikel für die Türkei ein Raumentwicklungs-konzept vor, das durch den stufenweisen Aufbau städtischer Zentren in den rückständigen Regionen das Verhältnis von Metropolen und peripheren Regionen neu ordnet. -

Der Beitrag von MÜLLER trägt empirische Befunde über die bisherigen Erfolge und Grenzen der Umsetzung einer Politik zur Förderung mittlerer Zentren in Mexiko zusammen. -

JENSSEN beschäftigt sich in seinem Aufsatz bewußt mit den Metropolen, um aus der Analyse der Defekte von Überagglomeration Argumente für ländliche Entwicklung zu gewinnen. Sein Beitrag bringt etwas Ordnung in eine verwirrend vielschichtige Debatte und bringt Argumente, die von unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen vorgetragen werden, auf eine Ebene, die es Planungspraktikern ermöglicht, damit umzugehen.

Der Beitrag von KROPP (zugleich der abschließende Beitrag zum Thema Regionalplanung in diesem Heft) ist die Kurzdarstellung eines von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit entwickelten Orientierungsrahmens für die Gestaltung von Projekten der ländlichen Regionalentwicklung im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe.

Der Artikel von ZISS fällt aus dem thematischen Rahmen dieses Heftes. Er setzt das Thema von TRIALOG 1 "Wohnungsbau für die Armen" fort. Wir haben uns gedacht, daß eine zu strenge thematische Beschränkung den Absichten von TRIALOG nicht nützt. Es muß möglich sein, eine angefangene Diskussion im nächsten Heft weiterzuentwickeln. Es wäre unsinnig, solche eingehenden Artikel auf Halde zu legen, bis der entsprechende Themenschwerpunkt vielleicht zwei Jahre später wiederkehrt. -

Noch eine letzte Bemerkung vorweg: Wir sind verschiedentlich darauf angesprochen worden, daß TRIALOG so klein gedruckt ist und das Lesen oft mühevoll ist. Stimmt. Aber das ist eine Kostenfrage. Momentan geht es leider nicht anders. Vielleicht später mal.

Einhard Schmidt (für die Redaktionsgruppe von TRIALOG 2)

INHALT

EDITORIAL

2

PETER P. WALLER
ANSÄTZE ZU EINER
GRUNDBEDÜRFNISORIENTIERTEN
LÄNDLICHEN REGIONALPLANUNG
IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

4

WOLFRAM MAENNLING
GRUNDELEMENTE ZU EINEM PARADIGMA
DES 'ÜBERLEBENSÖKONOMISCHEN
TERRITORISMUS'

8

TAYLAN DERICIOGLU
EINE URBANISIERUNGSSTRATEGIE ZUR
BESEITIGUNG DER REGIONALEN
DISPARITÄTEN IN DER TÜRKEI

12

BERNHARD MÜLLER
POLITIK MITTLERER ZENTREN IN MEXIKO:
ZUR UMSETZUNGSPOLITIK RÄUMLICHER
ENTWICKLUNGSSTRATEGIEN

16

BERND JENSSEN
ARGUMENTE VON 'OBEN' FÜR 'UNTEN'

20

ERHARD KROPP
GESTALTUNG VON PROGRAMMEN ZUR
LÄNDLICHEN REGIONALENTWICKLUNG
UNTER BERÜCKSICHTIGUNG DER
GRUNDBEDÜRFNISSTRATEGIE(1)

24

ROLAND ZISS
ÖKONOMISCHE DETERMINANTEN DER
SELBSTHILFE IN SPONTANSIEDLUNGEN

27

BUCHBESPRECHUNGEN

34

LITERATURHINWEISE; NEUERSCHEINUNGEN

FORSCHUNGSINFORMATIONEN

VERANSTALTUNGEN

ENGLISH SUMMARIES

ANSATZE ZU EINER GRUNDBEDÜRFNIS-ORIENTIERTEN LÄNDLICHEN REGIONALPLANUNG IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Die Regionalplanung hat in den Ländern der Dritten Welt in der letzten Dekade große Fortschritte gemacht. Sie ist heute in den meisten Entwicklungsländern fest in der Administration verankert, Lehr- und Forschungsinstitute sind eingerichtet worden und eine Reihe von internationalen Kongressen, teilweise organisiert von den Vereinten Nationen, wurden abgehalten. (1) Dieser Aufschwung der Regionalplanung erfolgte in einer Zeit, in der die nationale Entwicklungsplanung nach der großen Euphorie in den 50er und 60er Jahren weltweit eher stagnierte. (2)

Diese Stagnation hängt wesentlich mit den tiefgreifenden Zweifeln an der traditionellen, auf quantitatives Wachstum ausgerichteten, Entwicklungsstrategie zusammen. Es ist die unbestrittene Erfahrung der letzten Dekaden, daß trotz globalem Wachstum die Armut in der Dritten Welt weiterhin gewachsen ist, weil die mit dem Wachstum erhofften "Ausbreitungseffekte" (trickle down effects) zu der großen Mehrheit der armen Bevölkerung nur in begrenztem Umfang stattgefunden haben. Immer stärker macht sich deshalb die Erkenntnis breit, daß das Problem der weltweiten Armut direkt, das heißt über eine an den Grundbedürfnissen der Menschen orientierte Politik, angepackt werden muß.

Mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung hat die Reorientierung der Entwicklungspolitik auch die Regionalplanung, die in Entwicklungsländern integraler Bestandteil der Entwicklungsplanung ist, erfaßt. Zu einem Zeitpunkt an dem die Regionalplanung sich weltweit durchgesetzt hat, wird nun auch ihre theoretische Basis in ihren Grundfesten erschüttert.

Kritiker der traditionellen Regionalwissenschaft führten neue Elemente, vor allem aus der Dependenztheorie, in die Erklärung der regionalen Disparitäten ein. Hieraus abgeleitet ergeben sich auch erste Ansätze einer neuen, an den Bedürfnissen der armen Bevölkerung orientierten Regionalplanung wie "Selektive Abkoppelung" und "Agropolitane Entwicklung".

Diese Ansätze bewegen sich jedoch noch auf einem sehr abstrakten, idealisierenden Niveau und sind kaum in konkrete Regionalplanung umzusetzen. Im letzten Teil dieser Arbeit soll deshalb versucht werden unter Bezugnahme auf konkrete Erfahrungen aus dem Bereich der ländlichen Entwicklung erste Schritte in Richtung auf eine neue, grundbedürfnisorientierte Regionalplanung aufzuzeigen.

2 DAS GRUNDBEDÜRFNISKONZEPT - ENTSTEHUNG UND ELEMENTE

Das Grundbedürfniskonzept wurde zum ersten Mal auf internationaler Ebene auf der vom Internationalen Arbeitsamt (ILO) organisierten Weltbeschäftigungskonferenz 1976 in Genf beschlossen. Inzwischen haben viele Entwicklungsländer dieses Konzept in ihre Entwicklungspolitik eingebaut und viele Industrieländer es zur Grundlage ihrer Entwicklungshilfepolitik gemacht. (3)

Dr. Peter P. Waller, Stellvertretender Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik Berlin

Das Grundbedürfnis (GB)-Konzept stellt eine entwicklungspolitische Zielrichtung dar, die mit unterschiedlichen Strategien (redistribution with growth, another development) verbunden werden kann. (4) Es lassen sich aber dennoch zumindest vier wesentliche Elemente herausstellen, die gerade in ihrer Kombination das Neue an diesem Konzept darstellen und es von bereits seit längerer Zeit versuchten Konzepten (Community development, Sozialhilfe u.a.) unterscheiden: Bedürfnisorientierung, Zielgruppenorientierung, Produktionsorientierung und Partizipation. (5)

Die beiden ersten Elemente stellen die Zielkategorien des Konzeptes dar. Alle Maßnahmen müssen in Hinblick auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen wie Nahrung, Kleidung, Wohnung, Gesundheit und Bildung bei bestimmten Zielgruppen wie Kleinbauern, Landarbeitern usw. entworfen und beurteilt werden. (6) Produktionsorientierung ist das instrumentale Element. Im Gegensatz zum Sozialhilfekonzent erfordert das GB-Konzept, daß die Zielgruppen durch Steigerung ihrer Produktivität in die Lage versetzt werden auf Dauer ihre Grundbedürfnisse durch eigene Arbeit zu befriedigen. Damit ist klar, daß das GB-Konzept nicht ohne Wachstum (mehr Nahrung, mehr Kleidung etc.) durchgesetzt werden kann, es ist jedoch ein zielgruppenorientiertes Wachstumskonzept. Andererseits ist auch der Vorwurf, das GB-Konzept bedeute einen Verlust an gesamtwirtschaftlichem Wachstum, zumindest was die langfristige Entwicklung betrifft, nicht gerechtfertigt. So ist die Weltbank nach umfangreichen Länder- und Sektorstudien zu dem Ergebnis gekommen, "daß wenn das Ziel der Befriedigung von Grundbedürfnissen rational verfolgt wird, wirtschaftliches Wachstum nicht notwendigerweise aufgegeben werden muß". (7)

Partizipation schließlich ist das strukturelle Element des Konzeptes. Ohne Reformen in Richtung einer zunehmend von den Betroffenen selbstbestimmten Entwicklung, kann die Befriedigung der Grundbedürfnisse weder erreicht noch auf Dauer gesichert werden. Diese absolute Notwendigkeit von strukturellen Reformen ist insbesondere auch eine Erkenntnis aus dem weitgehenden Scheitern des "community development" Ansatzes, der die bestehenden strukturellen Verzerrungen zuungunsten der Armen (Agrarverfassung, Einkommensverteilung, politische Macht etc.) nicht antastete und somit zu einem eher sozialtechnologischen Ansatz verkümmerte.

Partizipation bedeutet nicht nur Beteiligung der Betroffenen bei Planung und Durchführung von Entwicklungsmaßnahmen sondern essentiell auch Veränderung der Machtverhältnisse zugunsten der Armen. Umstritten ist allerdings, ob diese Umverteilung der Macht Voraussetzung für jedwede grundbedürfnisorientierte Politik ist (radikaler Ansatz), oder ob es möglich ist, vorhandene Freiräume für grundbedürfnisorientierte Maßnahmen auszunutzen und eine Umverteilung der Macht auf evolutionärem Wege herbeizuführen (pragmatischer Ansatz). (8)

Eine grundbedürfnisorientierte Regionalplanung wird an den skizzierten vier Elementen ausgerichtet sein müssen, wobei insbesondere die eindeutige Orientierung an den Menschen einer Re-

gion einen entscheidenden Bruch mit dem traditionellen Verständnis von Regionalplanung im Sinne von "Landchafts-Entwicklung" darstellen wird. Damit ordnet sich eine grundbedürfnisorientierte Regionalplanung ein in das moderne Selbstverständnis der Geographie, deren wissenschaftliche Arbeiten "beim Menschen und nicht beim Raum ansetzen". (9)

3 NEUERE TENDENZEN IN REGIONALWISSENSCHAFT UND REGIONALPLANUNG

Zentrales Thema der Regionalwissenschaft ist die Erklärung der regionalen Disparitäten um damit die wissenschaftliche Basis für einen Abbau dieser Paritäten durch die Regionalplanung zu liefern. (10)

In den 70er Jahren begannen immer mehr Autoren die regionalwissenschaftliche Variante der allgemeinen Wachstumstheorie - das Wachstumspolkonzept - als Ausgangspunkt regionaler Entwicklung in Frage zu stellen:

Wachstumszentren zeigten kaum Wachstum, zurückgebliebene Regionen holten nicht auf, die Slums in den Großstädten wuchsen weiter, die interregionalen Disparitäten nahmen massiv zu, kurzum die Lage der Armen auf dem Land wie in den Städten verschlechterte sich. (11)

Etwa gleichzeitig mit der um sich greifenden Enttäuschung über die realen Ergebnisse einer auf der Wachstumspolstrategie basierenden Regionalplanung wurde der Erklärungsgehalt dieser Strategie durch die Übernahme von dependenztheoretischen Vorstellungen zur Erklärung räumlicher Disparitäten in Frage gestellt. Nicht die mangelnde Durchsetzungskraft des Modernisierungsprozesses wurde für die Unterentwicklung der ländlichen Räume verantwortlich gemacht, sondern umgekehrt die Einbeziehung aller Gebiete in den kapitalistischen Weltmarkt.

Friedmann hat in diesem Zusammenhang die Begriffe territorial und funktional, als Strukturelemente des Raumes eingeführt. (12) Danach steht dem funktionalen Prinzip, das auf weltweite Arbeitsteilung, hierarchische Ordnung (und Polarisation) gerichtet ist, das territoriale Prinzip gegenüber, das auf gemeinsame Interessen einer bestimmten Region, Dezentralisierung, Abkoppelung und "self-reliance" gerichtet ist. Eine Überwindung der räumlichen Disparitäten ist demzufolge nur in einer stärkeren Betonung des territorialen Prinzips bis hin zu Strategien der selektiven Abkoppelung möglich. (13)

Diese neueste Entwicklung in der Regionalwissenschaft deckt sich mit dem Trend in der Planungswissenschaft, der eindeutig weg von der Planung "von oben" und hin zur Planung "von unten" führt. In der ersten Hälfte der 70er Jahre erfolgte - durchaus noch im Rahmen einer Planung "von oben" - die Abwendung von dem Konzept des "comprehensive planning" hin zu Ansätzen der "reduzierten Planung" und von der Vorstellung der Planung als einer bestimmten abgrenzbaren Phase hin zur Planung als ständigem Prozeß, zum "incremental planning". (14) Die immer stärker werdende Notwendigkeit der Beteiligung der Bevölkerung am Planungsprozeß und der Einbeziehung ihrer Bedürfnisse führt nun zu einer stärkeren Betonung der Planung "von unten", der Regional- gegenüber der Sektoralplanung.

tureinrichtungen wurden vernachlässigt und sektoral geplant. Durch die Bündelung aller sektoralen Maßnahmen sollen nun folgende Ziele erreicht werden:

(27)

- Erfüllung von Grundbedürfnissen in bisher relativ unterversorgten ländlichen Gebieten
- ausgewogene regionale Entwicklung des gesamten Landes
- Aktivierung und Mobilisierung der Bevölkerung
- Bessere Koordination der von verschiedenen Ministerien angebotenen Dienstleistungen

In einer ersten Pilotphase werden 10 Versorgungszentren errichtet, die eine Bevölkerung von 20 - 40.000 Menschen im Umkreis von 5 - 10 Meilen erreichen. Für jedes Zentrum wird ein Ortsentwicklungsplan erstellt, der von einer reduzierten Regionalanalyse bis hin zum konkreten Layout-Plan reicht. Die Bevölkerung nutzt die neuen Einrichtungen (Grundschule, Gesundheitsstation, Markt, Entseuchungsstation für Rinder u.a.) sehr rege, so daß die Regierung beschloß, dieses Konzept zu einem nationalen Programm zu erklären. Ein National Rural Growth Centre Programme muß jedoch in einem engen Zusammenhang zum eher produktionsorientierten National Rural Development Programme entwickelt werden. Beide Programme bilden die wesentlichen Bestandteile einer grundbedürfnisorientierten ländlichen Regionalentwicklung. (28) Kritisch muß zum Ansatz der ländlichen Versorgungszentren allerdings gesagt werden, daß er trotz einer gewissen Partizipation der Bevölkerung durch Selbsthilfe bei der baulichen Durchführung ein extremes Beispiel für Planung "von oben" darstellt, was allerdings dem politischen System Malawis entspricht.

6 ELEMENTE EINER GRUNDBEDÜRFNISORIENTIERTEN REGIONALPLANUNG

Grundbedürfnisorientierte Planung kann weder reine Planung "von oben" noch "von unten" sein. Die entscheidende Ebene, auf der Ansätze "von unten" und "von oben" koordiniert werden müssen, ist die regionale Ebene, auf der unterschiedliche Interessen und Machtansprüche des Gesamtstaates sowie auch ausländischer Akteure mit den Bedürfnissen und Interessen lokaler Gruppen aufeinander stoßen. (29) Deshalb kommt der Regionalplanung im Rahmen einer grundbedürfnisorientierten Entwicklung eine Schlüsselrolle zu. Wenn der Anspruch auf Planung "von unten" ernst genommen wird - und er muß ernst genommen werden, da nur so eine dauerhafte Mobilisierung und Entwicklung auf breiter Basis möglich ist - dann muß die Regionalplanung so angelegt sein, daß sie ein Maximum an Initiative und Planung von unten ermöglicht. Sie muß eine unterstützende Planung sein (supportive planning), d.h. sie soll, wie Alamgir es für das UJ-Projekt beschrieb, als "Katalysator" wirken. (30)

Grundbedürfnisorientierte Regionalplanung muß neben dem bisher vorherrschenden ökonomischen Effizienzkriterium (funktionales Prinzip nach Friedmann) in gleicher Weise das Kriterium der Mobilisierung der Bevölkerung (territoriales Prinzip nach Friedmann) berücksichtigen. Der Grundsatz könnte lauten: so viel Planung "von unten" wie möglich, so viel Planung "von oben" wie nötig.

Wie müßte nun ein derart verstandener regionaler Planungsprozeß ablaufen? Es erscheint naheliegend, daß dieser Prozeß nicht im Rahmen des traditionellen "comprehensive planning" ablaufen kann, das im Grunde jede Planung "von unten" erstickt, sondern nur im Rahmen einer reduzierten Planung, die sich als iterativer Suchprozeß nach Schlüsselprojekten und Koordination dieser Projekte in einem regionalen Entwicklungsprogramm versteht. (31) Dabei ist klar, daß Planung als permanenter Prozeß verstanden wird und das Ergebnis einer reduzierten Planung in den folgenden Planungsrounds überprüft, verfeinert und vertieft werden muß. (32)

Ausgehend von den Planungsschritten des reduzierten Planungsansatzes, sollen im folgenden einige Elemente eines grundbedürfnisorientierten Ansatzes skizziert werden. (33)

a) Abgrenzung der Region. Im allgemeinen kann man in Entwicklungsländern vier Planungsebenen unterscheiden: Nation, Provinz, District und Dorf. Regionalplanung spielt sich dabei auf den beiden mittleren Ebenen ab, wobei die Grenzen der Planungsregionen meist durch administrative Grenzen vorgegeben sind. Wichtig im Sinne einer Planung "von unten" erscheint vor allem, daß formale Planungs- und Entscheidungsstrukturen bis hinunter in das Dorf reichen. (34) und im Rahmen einer allgemeinen Strategie der Dezentralisierung auf lokaler wie regionaler Ebene Budgetmittel für "von unten" geplante Projekte zur Verfügung stehen. (35)

Möglichkeiten der Schaffung von kulturell homogenen Planungsregionen im Sinne von "agropolitan regions" zur Mobilisierung der Bevölkerung können sich auf subregionaler Ebene durchaus ergeben. (36) Jedenfalls treten die traditionellen physisch geographischen Kriterien zur Abgrenzung von Subregionen (z.B. Flußtäler) gegenüber funktionalen oder kulturell politischen an Bedeutung zurück. (37)

b) Regionalanalyse. Entscheidend für eine reduzierte Regionalanalyse ist die Wahl des Einstiegs. In einer grundbedürfnisorientierten Regionalplanung wird der Einstieg über die Zielgruppenanalyse erfolgen. Diese umfaßt sowohl eine Strukturanalyse wie eine Erfassung der Grundbedürfnisse. Ihr folgt die Analyse des Entwicklungspotentials dieser Zielgruppen bzw. die Ermittlung der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen sowie die Analyse der Hindernisse (constraints) die einer wirksamen Ressourcennutzung entgegenstehen. Werth und Krishnan haben auf der Basis internationaler Erfahrungen ausführlich Methoden der Zielgruppenermittlung und -analyse beschrieben. (38) Wichtig ist, daß diese Analysen subsidiär und unterstützend zu den Planungen und Initiativen der betroffenen Bevölkerung verstanden werden. (39)

c) Projektidifizierung. Aus der Regionalanalyse unter Einbeziehung der Vorschläge "von unten" ergeben sich Projektideen aus denen sogenannte Schlüsselprojekte (key projects) herausgefiltert werden. (40) Schlüsselprojekte im Rahmen einer grundbedürfnisorientierten Regionalplanung müssen folgende Kriterien erfüllen:

G direkter Beitrag zur Erfüllung von Grundbedürfnissen der Zielgruppen,

kurzfristig realisierbar, nachhaltiger Mobilisierungseffekt für lokale Bevölkerung. Mit den Schlüsselprojekten verbunden sind weitere Supportprojekte, die zusammen einen Projektkomplex bilden.

d) Aufstellung des Regionalplanes. Die Abstimmung zwischen Schlüsselprojekten und "nationalen" Projekten erfolgt nach drei Gesichtspunkten: Finanzierung (Selbsthilfe, regionales Budget, nationales Budget), Standort (Planung von ländlichen Wachstumszentren) und Verflechtungsbeziehungen. Daher ist zu berücksichtigen, daß das Ziel der Befriedigung von Grundbedürfnissen nicht ein Konsumziel ist, sondern Veränderungen der (regionalen) Produktions- und Verteilungsstruktur erfordert. So muß beispielsweise u.a. durch die Schaffung von ländlichen Versorgungszentren vorgesorgt werden, daß Einkommenserhöhungen bei Zielgruppen nicht durch Preiserhöhungen bei den Gütern und Dienstleistungen, die sie nachfragen, wieder neutralisiert werden und somit nicht die Lage der Armen, sondern der Händler verbessert wird. (41) Wichtig ist ferner, daß bei der Projektauswahl auch unter dem Kriterium der Grundbedürfnisbefriedigung der Gesichtspunkt der Produktivitätssteigerung nicht vernachlässigt wird. Ziel ist nicht, daß die Menschen kurzfristig "von oben" versorgt werden, sondern daß sie langfristig in die Lage versetzt werden, ihre Grundbedürfnisse selbst zu befriedigen. Dies schließt nicht aus, daß auch im Rahmen einer grundbedürfnisorientierten Regionalplanung traditionelle Konzepte wie beispielsweise das Exportbasis-Konzept zur Anwendung kommen, wenn sichergestellt ist, daß dies positive Auswirkungen auf die Zielgruppen hat und nicht wie sehr häufig, die Lage der Armen noch verschlechtert. (42)

e) Implementation des Regionalplanes. Die Erfahrung insbesondere im Rahmen der ländlichen Regionalentwicklung hat gezeigt, daß es sinnvoll ist, die Durchführung des Regionalplanes mit einer Pilotphase zu beginnen. (43) In dieser Phase werden erste Schlüsselprojekte begonnen. Damit kann schon relativ kurz nach Planungsbeginn die Mobilisierung der Zielgruppen, wenn auch nur in Teilbereichen, erreicht werden. Gleichzeitig werden Erfahrungen gesammelt, Daten erhoben und Studien durchgeführt, die zu einer kontinuierlichen Revision und Verbesserung der Regionalplanung führen. (44) Wichtig ist, daß der regionalen Koordinationsstelle Mittel zur Verfügung stehen, die sie ad hoc für Studien, Auswertung von Erfahrungen etc. einsetzen kann, um so die Planung ständig zu verfeinern. (45)

7 AUSBLICK

Die entscheidende Schaltstelle für die Umsetzung des Grundbedürfniskonzeptes in den nächsten Jahren wird die Regionalplanung sein. Während auf nationaler Ebene und auf Projektebene erste systematische Arbeiten vorliegen, sind auf der regionalen Ebene erst Ansätze erkennbar. (46) Die von Seiten der Regionalplaner entwickelten Ansätze sind noch sehr allgemein und müssen angereichert werden durch die umfangreichen Erfahrungen aus dem Bereich der ländlichen Entwicklung. (47)

Zusammenfassend können als die wesentlichen Unterschiede eines grundbedürfnis-

Planung "von oben" und Planung "von unten" sind jedoch nur in gegenseitiger Ergänzung, nicht isoliert vorstellbar. Nach zwei Jahrzehnten überwiegender Planung "von oben" auf der Basis des funktionalen Prinzips scheint nun das Pendel definitiv zugunsten der stärkeren Berücksichtigung der Planung "von unten" auf der Basis des territorialen Prinzips auszuschießen. (15) Leider geht jedoch die Wissenschaft sehr wenig konzeptionell gerüstet in diese neue Phase, in der der Regionalplanung wachsende Bedeutung zukommen wird, da sie am besten geeignet erscheint, die Berücksichtigung der Grundbedürfnisse örtlicher Bevölkerungsgruppen zu realisieren.

4 GRUNDBEDÜRFNISORIENTIERTE PLANUNG "VON UNTEN": AGROPOLITAN DEVELOPMENT

Ausgehend von der Überlegung, daß die meisten Grundbedürfnisse durch Produktion bzw. Angebot auf lokaler Ebene gedeckt werden müssen, entwickelte Friedmann ab 1975 den Ansatz des "agropolitan development". (16) Ein "agropolitan district" ist ein Gebiet, das groß genug ist, um weitgehend Selbstversorgung mit Grundbedürfnissen zu ermöglichen, aber auch noch klein genug, um direkte persönliche Kontakte bei Planungen und Entscheidungen zu ermöglichen. Typischerweise würde so eine territoriale Einheit 20 - 100.000 Menschen umfassen, inklusive eines zentralen Ortes von 5 - 20.000 Einwohnern. Hierbei wird eine weitgehende kulturelle, politische und wirtschaftliche Einheit unterstellt.

Friedmann nennt drei Voraussetzungen, für eine erfolgreiche agropolitane Entwicklung: Selektive territoriale Abkoppelung, Kommunalisierung der natürlichen Ressourcen und gleichen Zugang für alle zu sozialer Macht. Um die territoriale Produktion zur Befriedigung der Grundbedürfnisse zu entwickeln nennt Friedmann fünf Prinzipien: Diversifizierung der territorialen Wirtschaft, volle Ausschöpfung der physischen Ressourcen bei Beachtung des Umweltschutzes, Expansion regionaler und nationaler Märkte, weitgehende Selbstfinanzierung und soziales Lernen.

Dieser agropolitane Entwicklungsansatz ist den radikalen Ansätzen zuzurechnen, da er die Veränderung der sozialpolitischen Strukturen zur Voraussetzung für eine grundbedürfnisorientierte Politik macht (vgl. Abschnitt 2). Er bleibt damit aber im rein Normativen stecken. Die entscheidende Frage, wie denn in einer völlig anders strukturierten Welt, z.B. in einem indischen Dorf, der gleiche Zugang für alle zur sozialen Macht erreicht werden soll, wird erst gar nicht gestellt.

Stöhr, der den Friedmannschen Ansatz weiterentwickelt, stellt fest, daß egalitäre gesellschaftliche Strukturen vorzugsweise durch interne Initiative (lokal oder regional) erreicht werden sollten. Wo das aber nicht möglich sei, erscheine externe Unterstützung notwendig. (17) Er weist mit Recht darauf hin, daß in vielen Fällen, in denen gesellschaftlicher Wandel von außen aufgetrieben wurde, dieser nicht zu egalitären Strukturen, sondern nur zur Entstehung einer neuen Führungsschicht als Bindeglied zwischen den Entwicklungsländern und der ausländischen Macht geführt habe, um deren Einfluß zu erhalten. (18) Wie eine Regionalplanung aussehen sollte, die einen Prozeß hin

zu egalitären Strukturen unterstützt, wird leider nicht aufgezeigt.

Man könnte somit den Ansatz des agropolitan development aufgrund der für die große Mehrheit der EL unrealistischen Annahmen als irrelevant abtun, wenn J. Friedmann nicht im Appendix seines Buches "Territory and Funktion" ein praktisches Beispiel für agropolitan development aufführen würde. Es handelt sich um das Ulashi-Jadunathpur-Projekt in Bangladesch, das in der Tat eine Reihe von wesentlichen Elementen für eine grundbedürfnisorientierte Regionalplanung enthält und hier näher dargestellt werden soll. (19)

Das Ulashi-Jadunathpur(UJ)-Projekt begann als Selbsthilfeprojekt zur Ausschachtung eines Entwässerungskanals von 2,65 Meilen Länge zwischen den Dörfern Ulashi und Jadunathpur im Jessore-District, ca. 150 Meilen östlich der Hauptstadt Dacca. Die erforderliche Fertigstellung des Kanals im April 1977 schuf bei der beteiligten Bevölkerung großes Selbstvertrauen und führte zu einem Pilotprojekt der integrierten ländlichen Entwicklung, das zunächst 119 Dörfer mit ca. 109.000 Bewohnern umfaßte.

Damit könnte zumindest nach der Größenordnung dieses Projekt als agropolitan development bezeichnet werden. Entscheidend aber ist, daß der UJ-Ansatz nicht das Vorhandensein egalitärer Strukturen voraussetzt, sondern im Gegenteil einen Prozeß der Herausbildung von Kräften einleiten will, die gesellschaftlichen Wandel und Reformen herbeiführen werden. Wichtigste Elemente sind dabei eine progressive Besteuerung und die Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen im Rahmen von informellen Dorf-Versammlungen und Dorf-Komitees.

Die progressive Besteuerung wurde in dem Kanalprojekt erfolgreich angewendet und danach in das integrierte Pilotprojekt übernommen. Während die Landlosen ihren Beitrag zu dem Selbsthilfeprojekt durch direkte Arbeit leisten konnten, wurden die Landbesitzer mit einer auf die Größe des Grundbesitzes bezogenen progressiv steigenden Umlage belegt. Aus dieser Umlage konnten dann wieder lokale Arbeitslose für bezahlte Erdarbeiten angeheuert werden. In den anderen Selbsthilfeprojekten in Bangladesch werden dagegen durch kostenlose Arbeitsleistungen der ärmeren Bevölkerungsteile Verbesserungen erreicht (z.B. Be- oder Entwässerungskanäle), deren Erträge dann den reicheren Grundbesitzern zufließen. Es findet also eine Umverteilung zugunsten der Reichen statt. (20) Durch die progressive Umlage im Rahmen des UJ-Ansatzes bezahlen wenigstens die Reichen für die ihnen zufließenden Vorteile, während die Armen zu zusätzlichem Einkommen gelangen.

Damit hatte sich an den grundlegenden Strukturen im Projektbereich noch nichts verändert. Sie sollen jedoch langfristig durch die Beteiligung von armen Bevölkerungsgruppen am lokalen Entscheidungsprozeß, sowie vor allem durch eine Reihe von grundbedürfnisorientierten Maßnahmen wie Ziegen- und Hühnerzucht, Basis-Erziehung, Basis-Gesundheitsdienste, Geburtenkontrolle u.a. aufgebrochen werden.

Der Planungsprozeß im UJ-Pilot-Projekt war eindeutig von unten nach oben. Er begann mit einer allgemeinen Dorferhebung, in der den Grundbedürfnissen der

Bevölkerung (Nahrung, Kleidung, Erziehung, Gesundheits- und Familienplanungseinrichtungen, Arbeitsmöglichkeiten) die vorhandenen lokalen Ressourcen gegenübergestellt wurden. Aus den so ermittelten Defiziten wurden zusätzliche Inputs ermittelt, die teils in Dörfern selbst erstellt werden konnten, teils von außerhalb bezogen werden mußten. Die Dorfpläne wurden dann zu "union-plans" und schließlich zu "area plans" konsolidiert. (21)

Die Rolle der Regierungsbeamten in diesem Prozeß war die von Initiatoren, von "Katalysatoren zur Beschleunigung des Prozesses", die Entscheidungen wurden jedoch hauptsächlich von den Dorf-, Union- und Gebietsgremien getroffen. (22) Wichtig war vor allem, daß die Regierungsbeamten eine Repräsentation aller Klassen und Gruppen sicherstellen und eine Domination durch die ländlichen Eliten weitgehend verhindern konnten. Man könnte somit diesen Ansatz als Planung "von unten" mit Unterstützung "von oben" bezeichnen.

5 GRUNDBEDÜRFNISORIENTIERTE PLANUNG "VON OBEN": LÄNDLICHE VERSORGUNGSZENTREN

Die Unterstützung "von oben" für eine grundbedürfnisorientierte Entwicklung besteht neben der Schaffung von positiven volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen (z.B. Agrarpreispolitik) vor allem in der Einrichtung von öffentlichen Dienstleistungen, die auch wirklich die Armen, vor allem in den ländlichen Gebieten erreichen. Erziehung und Gesundheitseinrichtungen, Wasserversorgung u.ä. sind in den meisten Entwicklungsländern nicht nur völlig unzureichend, sondern auch vor allem in den Städten konzentriert, so daß die mittleren und höheren Einkommensgruppen viel stärker davon profitieren als die unteren. (23)

Eine systematische Untersuchung über die relative Immobilität bei der Versorgung mit essentiellen Gütern und Dienstleistungen ergab, daß es für den Erfolg einer grundbedürfnisorientierten Strategie ganz entscheidend ist, an welchen Orten die zentralen Einrichtungen erstellt werden. (24) Daß dabei das Grundproblem der Theorie der Zentralen Orte, die Versorgung einer bestimmten Zahl von Benutzern bei der Minimierung von Kosten auch in einem grundbedürfnisorientierten Ansatz eine wichtige Rolle spielt, braucht nicht näher betont zu werden. Allerdings ist umstritten, ob in Entwicklungsländern - ähnlich den gewachsenen Strukturen in Industrieländern - die Mittel- und Kleinstädte ausgebaut werden sollten, um die ländlichen Gebiete besser zu versorgen und um die Abwanderung in die Großstädte zu bremsen, oder ob nicht direkt die ländlichen Siedlungen gefördert und ihre Verbindungen mit den bestehenden Großstädten verbessert werden sollten. (25)

Ein Beispiel für die Planung, die eher der zweiten Kategorie zuzurechnen ist, sind die ländlichen Versorgungszentren (Rural Growth Centres) in Malawi, die mit deutscher Entwicklungshilfe erstellt werden. (26) Ausgangspunkt des Projektes war der gravierende Mangel an Versorgungseinrichtungen im ländlichen Raum. Maßnahmen der malawischen Regierung waren bisher vor allem auf die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion gerichtet, Infrastruk-

nisorientierten zum traditionellen Regionalplanungsansatz herausgestellt werden:

1. Die der Planung zugrunde liegende räumliche Strategie ist nicht auf sukzessive Ausbreitungsphasen vom Kern nach außen gerichtet, sondern setzt in der Peripherie und dort bei den Armutgruppen also von außen nach innen an.

2. Der Planungsansatz ist nicht einseitig von oben nach unten gerichtet, mit etwas Partizipation an der Basis (damit die Implementation besser klappt), sondern versucht so viel Mobilisierung und Planung "von unten" wie möglich zu erreichen, weil nur durch Strukturveränderungen zugunsten der Zielgruppen langfristig die Befriedigung der Grundbedürfnisse gesichert werden kann.

3. Der konkrete Einstieg für die Planung erfolgt nicht über physische Ausstattung einer Region, an deren Nutzung dann ungeplant irgendwelche (meist besser gestellte) Zielgruppen partizipieren, sondern über die Identifizierung von Armut-Zielgruppen, für deren Besserstellung die vorhandenen Ressourcen direkt eingesetzt werden.

(1) Vgl. Friedmann, Weaver, 1979, S.1 und die dort in den Fußnoten 1-5 enthaltene Übersicht

(2) Vgl. Waller, 1971, S.97

(3) So auch in der Bundesrepublik Deutschland. Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1980, S.7

(4) Burki, Haq, 1981, S.168

(5) Waller, 1980, S.1 ff.

(6) Zur Problematik der empirischen Erfassung von Grundbedürfnissen: Lederer, 1980, S.261 und Otzen, 1980, S.20 zur Bestimmung des Grundbedürfnisses Ernährung

(7) Burki, Haq, 1981, S.168

(8) Waller, 1980, S.5

(9) Blenk, 1979, S.11

(10) Friedmann unterscheidet zwischen "substantive theory in regional planning" und "procedural planning theory". Vgl. Friedmann, Weaver, 1979, S.2

(11) Friedmann, Weaver, 1979, S.97

(12) Vgl. den Titel seines Buches "Territory and Function. The Evolution of Regional Planning". Friedmann, Weaver, 1979

(13) Vgl. Stöhrs Strategie der "selective closure", Stöhr, 1981

(14) Vgl. dazu im Bereich der deutschen Literatur über Regionalplanung in Entwicklungsländern Heidemann, Ries, 1979 sowie Waller, 1975 a

(15) Stöhr sieht einen seit Jahrhunderten ablaufenden Prozeß von sich abwechseln der Dominanz von Entwicklung von oben und von unten. Vgl. Stöhr, 1981, S.47 ff.

(16) Friedmann hat dieses Konzept in verschiedenen Sammelbänden und Zeitschriften publiziert. Hier wird auf die Darstellung in Friedmann, Weaver, 1979, S.193 ff. Bezug genommen

(17) Stöhr, 1981, S.67

(18) Ebenda, S.62

(19) Basis der folgenden Ausführungen ist weniger die kurze Beschreibung bei Friedmann und Weaver (1979) aus dem Jahre 1977, sondern die ausführliche Darstellung und Diskussion dieses Projektes in Alamgir, 1980, S.289 ff.. Alamgir hatte 1976 als deputy district commissioner das UJ-Projekt initiiert

(20) Vgl. Quases, 1981, S.50

(21) Union ist in Bangladesh die unterste offi-

zielle Verwaltungseinheit, die jeweils mehrere Dörfer umfaßt

(22) Alamgir, 1981, S.334

(23) Untersuchungen in verschiedenen EL zeigen, daß die Verteilung der öffentlichen Dienstleistungen genauso ungleich ist wie die der Einkommen. Vgl. Streeten, Burki, 1978, S.415

(24) Vgl. Mayer, 1979, S.64

(25) Vgl. United Nations, 1980, S.35

(26) Vgl. APFEL, 1981

(27) Ebenda, S.968

(28) Ebenda, S.972

(29) Vgl. Dürr, 1981 und das auf S.22 angegebene Beispiel aus Kalimantan Timur (Indonesien)

(30) Alamgir, 1980, S.334

(31) Waller, 1975 a, S.20

(32) Vgl. Nagel, 1980, S.10

(33) Vgl. Waller, 1975 a, Schema 2.1 auf S.21

(34) Vgl. Alamgir, 1981. Bekannte Beispiele sind die Ujamaa-Dörfer in Tansania oder die Fokolonona in Madagaskar

(35) Vgl. Fischer, Mühlenberg, 1978, S.46, Drechsler, 1981, S.20

(36) wie z.B. die Ulashi-Jadunathpur Pilot Area oder die rural development areas (RDA) in Tansania. Vgl. Alamgir, 1981, und Belshaw, 1978

(37) Waller, 1975 b, S.34 ff.

(38) Werth, Krishnan, 1978; vgl. auch Otzen, 1980. Ob neben dem Einstieg über die Zielgruppen parallel wie bisher in der reduzierten Regionalanalyse ein Einstieg über Schlüsselsektoren erfolgen sollte, wie Schönherr dies vorschlägt, kann nur die praktische Erfahrung zeigen. Vgl. Schönherr, 1981, S.337

(39) Etwa in dem Sinne der Vorschläge der Dorfversammlungen im UJ-Pilotprojekt oder einer von den Vertretern der Bevölkerung durchgeführten Befragung über die Grundbedürfnisse in einer Region Madagaskars. Vgl. Alamgir, 1981 und Rabevazaha, 1981

(40) Waller, 1975 a, S.23

(41) Streeten, Burki, 1978, S.414

(42) Zu einem Beispiel in dieser Art, einem zuckerprojekt in Südbindien, vgl. Misra, 1980, S.25 ff.

(43) Drechsler, 1981, S.19. Es ist allerdings nicht einzusehen, daß die Beteiligung der Zielgruppen, wie Drechsler ausführt, auf die Pilotphase beschränkt werden muß.

(44) Eine operationale Technik ist der Einbau von Entscheidungsschwellen in die fortlaufende Planung. Vgl. Waller, 1975 b, S.50 und 52

(45) Drechsler, 1981, S.19

(46) Zur Umsetzung des Grundbedürfniskonzepts in der nationalen Entwicklungsplanung und auf projektebenen vgl. Ghai, Godfrey, Lisk, 1979

(47) Eine ausgezeichnete Zusammenstellung dieser Erfahrungen liefern Fischer, 1978 und Schönherr, 1981

LITERATURVERZEICHNIS

- Alamgir, M.K.: Development Strategy for Bangladesh. Dacca 1980, Centre for Social Studies Arbeitsgemeinschaft Planungs- und Entwicklungsländer (APFEL): Ländliche Versorgungszentren in Malawi, in: Bauwelt 1981, H.24, S.966-972
- Belshaw, D.G.R.: Decentralised Planning and Poverty-focused Rural Development: Intra-regional Planning in Tansania, in: Kim, Mabele und Schultheis 1979, S.47-64
- Blenck, J.: Geographische Entwicklungsforschung in: Hottes, Blenck, Scholz 1979, S.11-21
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Die entwicklungspolitischen Grundlagen der Bundesregierung. Bonn, Juli 1980, BMZ
- Burki, S.J. und Haq, M.U.: Meeting Basic Needs:

An Overview in: World Development, Vol.9, 1981, pp.167-182

Drechsler, H.O.: Ländliche Regionalentwicklung - ein neuer Strategieansatz und seine Problematik, in: Innere Kolonisation, Jg.30, H.1 (Jan./Feb. 1981), S.18-21

Dürr, H.: Veränderte Prioritäten der regionalen Raumbauplanung in Ländern der Dritten Welt, in: Innere Kolonisation, Jg.30 (Jan./Feb. 1981), S. 21-28

Fischer, K.M. (Koordinator): Ländliche Entwicklung. Ein Leitfadens zur Konzeption, Planung und Durchführung armutsorientierter Entwicklungsprojekte. Hamburg 1978, Forschungsauftrag des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Fischer und Mühlenberg: Allgemeine Probleme der Konzeption und Umsetzung einer direkt armutsorientierten ländlichen Entwicklungsstrategie, in: Fischer 1978

Friedmann, J. and Weaver, C.: Territory and Function. The Evolution of Regional Planning. London 1979, Edward Arnold

Ghai, Godfrey, Lisk: Planning for Basic Needs in Kenya. Performance, Policies and Prospects. Genf 1979, Internationales Arbeitsamt

Heidemann, C. und Riess, H.O.: Raumordnung, Regional- und Stadtentwicklung - Ein methodisches Konzept. Eschborn 1979, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit

Hottes, Blenck, Scholz (Hrsg.): Geographische Beiträge zur Entwicklungsländerforschung. Bonn 1979, OGFK

Lederer, K.: Needs Methodology: The Environmental Case, in: Lederer, 1980, S.259 ff.

Lederer, K. (ed.): Human Needs. KBNigstein/Is. 1980, Verlag Anton Hain

Mayer, J.: Spatial Aspects of Basic Needs Strategy: The Distribution of Essential Services, in: International Labour Review, vol.118, 1979, No.1, S.59 ff.

Misra, R.P.: Target Groups and Regional Development, in: Regional Development Dialogue, vol.1, No.1 Spring 1980; (United Nations Centre for Regional Development, Nagoya, Japan) S.21-57

Nagel, G.: Die Rolle strategischer Raumplanung für Entwicklungsländer, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg.38, 1980, H.1/2, S.1-2

Otzen, U.: Ernährungsorientierte ländliche Entwicklungsplanung in Botswana, in: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik 1980

Quases, Md.A.: Basic Needs and Rural Development Programmes in Bangladesh. Berlin, May 1981 German Development Institute

Rabevazaha, C.: Control of Development by the People: Regional Planning and Basic Needs in Madagascar, in: International Labour Review, Vol.120, No.4, July-August 1981, S.439-452

Schönherr, S.: Armutsorientierte Entwicklungspolitik. Nürnberg 1981 Habilitationsschrift Universität Erlangen-Nürnberg

Stöhr, W.: Development from Below: The Bottom-up and Periphery-inward Development Paradigm, in: Stöhr and Taylor 1981, S.39-72

Stöhr, W. and Taylor, D.R.F.: Development from Above or Below? The Dialectics of Regional Planning in Developing Countries. London 1981, John Wiley

Streeten, P. and Burki, S.J.: Basic Needs: Some Issues, in: World Development 1978, vol.6, No. 3, pp.411-421

Waller, P.: Probleme und Strategien der Raumplanung in Entwicklungsländern - Dargestellt an Beispiel Peru, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg.29, 1971, H.3, S.97-111

Waller, P. 1975 a: The Reduced Planning Approach for Regional Development Programs in Lagging Areas, in: Bendavid-Val and Waller 1975, S.18-31

Waller, P. 1975 b: The Application of a Reduced Planning Approach: South Madagascar, in: Bendavid-Val and Waller 1975, S.31-56

Waller, P.: Das Grundbedürfniskonzept und seine Umsetzung in der entwicklungspolitischen Praxis in: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik 1980, S.1-11

Werth und Krishnan: Methoden der Zielgruppenermittlung und -analyse, in: Fischer 1978, S.127-213

WOLFRAM MAENNLING
GRUNDELEMENTE ZU EINEM PARADIGMA
DES 'ÜBERLEBENSÖKONOMISCHEN
TERRITORIUMS'

EINFÜHRUNG

Am Ende der 60er Jahre hatte sich bereits gezeigt, daß die aus der Entwicklung der Industrieländer abgeleiteten Modernisierungsstrategien in den Entwicklungsländern kein allgemeines wirtschaftliches Wachstum bewirkt hatten. Wo solches Wachstum überhaupt eingetreten war, hatte es die Lebensbedingungen der Armen nicht verbessert, da die erwarteten 'Sickereffekte' ausblieben; oft verschlechterte sich die Lage der armen Bevölkerung durch die ungleiche Verteilung von Vorteilen und Lasten sektoral und räumlich eng begrenzter Industrialisierungsvorhaben noch weiter. Anfang der 70er Jahre wurden erste Versuche unternommen, durch eine Strategie, die sich direkt auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse der armen Bevölkerung beziehen sollte, den Kampf gegen die Verschärfung der Armut aufzunehmen. Die Diskussion der zweiten Entwicklungsdekade war weitgehend durch Auseinandersetzungen zwischen produktionsorientierten Modernisierungs- und grundbedürfnisorientierten Entwicklungsstrategien gekennzeichnet.

Zur Bekämpfung der Armut in ländlichen Gebieten wurden für die Praxis der Entwicklungshilfe Maßnahmenkataloge, Verfahren zur Zielgruppenbestimmung, zur Projektevaluierung und zur Bündelung von Maßnahmen zu integrierten Entwicklungsprogrammen erarbeitet. Dagegen kamen die methodischen und praktischen Versuche, auch das Elend in den städtischen Armutsquartieren anzugehen, weniger weit voran; es ist vor allem der Sektoralisierung und Zentralisierung der Verwaltungsapparate zuzuschreiben, daß dort Entwicklungsprogramme in der Regel auf weniger effiziente Teilmaßnahmen (z.B. Sites-and-Service-Programme) beschränkt wurden. Die nur unzulängliche interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den für die regionale Entwicklungstheorie relevanten Wissenschaftsbereichen und der streng sektorale Verwaltungsaufbau in den Entwicklungsländern können die Beobachtung erklären, daß der enge Zusammenhang zwischen der marginalisierten Bevölkerung in den Armutssiedlungen der größeren Städte und in den kleinbäuerlichen Regionen nicht als Gegenstand armutsorientierter Analyse und Entwicklungspolitik erfaßt wurde. So lag auch die räumliche Ausformung sozialkultureller und ökonomischer Austauschbeziehungen zwischen den armen ländlichen und städtischen Bevölkerungsgruppen bisher kaum im Wahrnehmungsfeld entwicklungspolitischer Forschung (1).

Das regionale ländlich-städtische Netzwerk marginaler Gruppen wurde bisher fast nur in Untersuchungen zur Land-Stadt-Wanderung behandelt, deren Perspektive aber meist auf 'Struktur' und Umfang, kurzfristig verfolgten Ablauf und 'individuelle' Motivation der Migration beschränkt war, so daß nur unzusammenhängende Ausschnitte aus den für das Überleben notwendigen Aktivitäten der Armen in ihrem regionalen Interaktionsraum aufgezeigt werden konnten.

Um dieses Netzwerk zu erfassen und zu unterstützen gilt es, ein neues integriertes Forschungskonzept bzw. Para-

digma zu entwickeln, welches sowohl der deskriptiven Analyse des regionalen Interaktionsraumes armer kleinbäuerlicher und randstädtischer - in Siedlungen integrierter und über Verwandtschaftsverbände vermittelter - Haushalte dient, wie auch für die armutsorientierte Regionalplanung nutzbar gemacht werden kann.

Dazu können folgende entwicklungstheoretische und -politische Ansätze, Konzepte und Paradigmen im Bereich der Regional- und Sozialwissenschaften reflektiert, modifiziert und zu einem neuen "Ansatz von unten" integriert werden:

- im Bereich der Regionalwissenschaft das durch das 'territoriale Prinzip' bestimmte Paradigma der 'Agropolitischen Entwicklung' (Friedmann 1978) und dessen Weiterführung im Konzept des 'development from below' (Stöhr 1981);
- im Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften die Ansätze zu einer Theorie der Überlebensökonomie armer Haushalte (vor allem Jacobi/Ntef 1980, Evers 1977, 1983, Wallerstein 1979).

Im weiteren tragen die Konzepte, welche sich auf die informellen Formen von Beschäftigung und Erwerb in den Städten der Dritten Welt und auf die Subsistenzproduktion im Agrarsektor beziehen, zur Entwicklung der Fragestellung bei.

Schließlich können die Konzepte des 'Wachstumspols' und der 'Polarisation' bzw. der 'Polarisationsumkehr' im engeren Bereich der regionalen Wachstums- und Entwicklungstheorien (bzw. Modernisierungsstrategien) sowie themenbezogene Aspekte der Migrationsforschung berücksichtigt werden.

In diesem Aufsatz wird auf eine kritische Darstellung des Forschungsstandes zu den genannten Ansätzen aus Platzgründen verzichtet. Es werden die Grundelemente dargestellt, die vom Autor bislang zu einem Paradigma des "Überlebensökonomischen Territoriums" auf Basis der Diskussion der genannten Ansätze und weiterer themenbezogener Literatur (die im Anhang auszugsweise genannt wird) sowie empirischer Beobachtungen in Entwicklungsländern erarbeitet worden sind (Regionalplanung und grassroot activities vor allem in Südamerika, Zentral- und Ostafrika sowie Südostasien).

Dabei wird, wenn zentrale Thesen in der Auseinandersetzung mit den Konzepten bestimmter Autoren entstanden sind, auf diese verwiesen.

BEZUGSOBJEKT DES PARADIGMAS

Die Land-Stadt-Wanderung in den Entwicklungsländern ist einerseits Folge und andererseits auch eine der Ursachen für die zunehmende Verarmung ländlicher Regionen. Sie verstärkt dazu die Pauperisierung in den Städten. Die arme Bevölkerung beider Räume hat besondere Formen informeller Ökonomie (vgl. z.B. Herrle 1983, aber auch Illich 1983) ausgebildet, mit denen sie ihr Überleben zu sichern sucht, da in der formellen Ökonomie keine ausreichenden Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten für sie zur Verfügung stehen. Diese als 'Überlebensökonomie' (vgl. Jacobi-Nieß, Bennholdt-Thomson) zu bezeichnenden Formen sind vor allem dadurch geprägt, daß zur Befriedigung der Grundbedürfnisse die begrenzten Möglichkeiten, Erwerbseinkommen zu erzielen, mit Subsistenzproduktion und Hausarbeit kombiniert werden müssen.

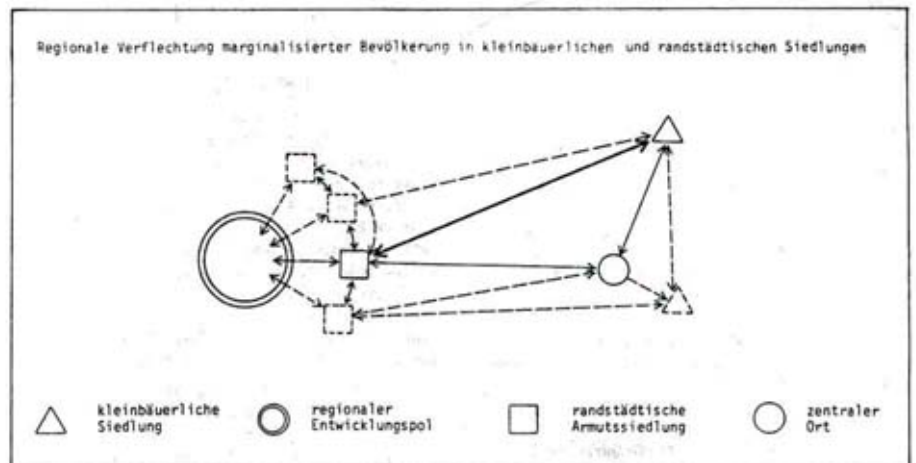
Insbesondere in peripheren, aber auch in anderen Räumen werden in der Folge der Migration ausgeprägte informelle Land-Stadt-Beziehungen aufgebaut, die in der Überlebensökonomie, sowohl für die arme kleinbäuerliche, wie auch für die marginale randstädtische Bevölkerung eine zentrale Rolle spielen.

Die informell-ökonomische Verflechtung zwischen Land und Stadt verdichtet sich besonders intensiv in dem Netzwerk zwischen Randsiedlungen der 'Intermediate Cities' (z.B. Roberts 1978, Salih 1980), die in peripheren Regionen unter bestimmten Bedingungen zu Entwicklungspolen heranwachsen können, und den kleinbäuerlichen Siedlungen des Hinterlandes, die häufig von der Abwanderung besonders stark betroffen sind.

Die Grundzüge werden an randstädtischen und geschlossenen kleinbäuerlichen Siedlungen ausgemacht, bei denen die Austauschbeziehungen am deutlichsten entwickelt sind. Wie weit dies auch für die anderen Typen von Armuts-siedlungen (wie innerstädtische Armutsquartiere und ländliche Streusiedlungen) gilt, ist von allgemeineren sozialkulturellen und spezifischen regionalen entwicklungsgeschichtlichen Faktoren abhängig, die bei der Anwendung des Paradigmas auf bestimmte Länder und Räume jeweils gesondert zu prüfen sind.

Die wichtigsten Grundzüge des Paradigmas werden im folgenden dargestellt.

Regionale Verflechtung marginalisierter Bevölkerung in kleinbäuerlichen und randstädtischen Siedlungen



REGIONALE VERFLECHTUNG MARGINALISIER-TER BEVÖLKERUNG IN KLEINBÄUERLICHEN UND RANDSTÄDTISCHEN SIEDLUNGEN (VOR ALLEM PERIPHERER REGIONEN)

Wie im bestehenden Schema gezeigt, bilden sich formell - und vor allem informell - ökonomische Verflechtungen einerseits sowohl zwischen den randstädtischen Siedlungen und dem Kern des regionalen Entwicklungspols, als auch zwischen den randstädtischen Siedlungen untereinander aus; andererseits bestehen solche Verflechtungen auch zwischen den kleinbäuerlichen Siedlungen und den zugeordneten zentralen Orten. Das Besondere der Existenzbedingungen für große Teile der armen Bevölkerung in peripheren Räumen ist jedoch, daß der siedlungsinterne und mikroregionale Zusammenhang zur Sicherung der Ressourcen für das Überleben überschritten und daß auch über relativ weite Entfernungen ein Austausch von Gütern, Arbeits- und Dienstleistungen zwischen kleinbäuerlichen und randstädtischen Siedlungen aufrecht erhalten wird. Dabei soll hier mit 'mikroregional' der ländliche Siedlungskontext und mit 'regional' der kleinbäuerlich-randstädtische Zusammenhang angesprochen werden.

DIE ZENTRALE STELLUNG DES HAUSHALTS IN DER REALISIERUNG DER AUSTAUSCHBEZIEHUNGEN

Die informell-ökonomischen Austauschbeziehungen der armen Bevölkerung laufen zwischen Haushalten eines Verwandtschaftsverbandes und innerhalb regional geteilter Haushalte ab (vgl. Wallerstein 1979); sie können darüber hinaus auch kommunal organisiert sein.

Die Haushalte bilden die materielle und organisatorische Grundlage für die Befriedigung der Grundbedürfnisse der armen Bevölkerung. Ihre Ökonomie ist darauf gerichtet, durch eine spezifische Allokation ihrer Arbeitsvermögen (Wissen, Fähigkeiten, physische Konstitution, Produktions- und Reproduktionsmittel) das Überleben ihrer Mitglieder in einem gegebenen sozialkulturellen, formell-ökonomischen und politischen Kontext zu sichern. Durch das verfügbare Arbeitsvermögen sind die Handlungsspielräume für überlebensökonomische Aktivitäten und zur Erschließung weiterer Reproduktions- und Produktionsmittel in der Kombination von reproduktiver Arbeit (Subsistenzproduktion, Hausarbeit) und Erwerbsarbeit weitgehend vorgegeben (vgl. vor allem Jacobi-Nieß 1980 sowie Meillassoux 1975 zur Haushaltsökonomie, aber auch Tschajanow 1923 zur Familienökonomie).

Saisonale Migration oder auch zirkuläre, meist an bestimmte Lebensphasen gebundene Land-Stadt-Land-Migration (vgl. Mantra 1979, Henriquez 1980), die nicht zu einem endgültigen Herauslösen einzelner Mitglieder aus dem Haushaltssammenhang führt, ist ein wesentlicher Aspekt dieser Allokation von Arbeitsvermögen. Werden dabei neue Haushalte gegründet, so bleibt die überlebensökonomische Kooperation innerhalb des Verwandtschaftsverbandes weitgehend erhalten. (In diesem Zusammenhang stellt die Emigration/Remigration des gesamten Haushalts einen Sonderfall dar, ebenso der an zwei Standorten angesiedelte "split-household"). Die informell-ökonomischen Austauschbeziehungen sind darauf gerichtet, den komplementären Haushalten bzw. Haus-

haltsteilen den Zugang zu den Ressourcen des jeweils anderen Partners zu erschließen. Dies geschieht über den nicht über Geld vermittelten direkten Tausch von Gütern und Dienstleistungen und über den informellen Markt, auf dem den getauschten Gütern zwar ein monetär vermittelter Preis zukommt, der aber nur in geringem Maß durch 'marktgesetzliche' Zusammenhänge bestimmt wird.

KOMMUNITÄRE UNTERSTÜTZUNG DER AUSTAUSCHBEZIEHUNGEN

Stabilität und Dynamik der Austauschbeziehungen sind wesentlich mitabhängig von der kommunitären Organisation der Siedlungen, welche in den ländlichen Gebieten besonders stark entwickelt ist.

Die kommunitäre Integrität der kleinbäuerlichen Gemeinden nimmt auch Einfluß auf die räumliche und gesellschaftliche Organisation der aus diesen Gemeinden stammenden randstädtischen Siedler. Dabei können enge Verwandtschaftsbeziehungen andere auf den Austausch einwirkende Faktoren wie Distanz, Knappheitsgrade und Verschiedenartigkeit der tauschfähigen Produkte und Dienstleistungen durchaus in ihrer Bedeutung stark relativieren. Die Austauschbeziehungen können vor allem dann kommunal unterstützt werden, wenn die Interessensätze der in sich sozialökonomisch differenzierten armen Bevölkerungsgruppen manifest und über konsensfähige Regeln vereinbar sind und wenn die Interessen der stärker pauperisierten Bevölkerung auch stark zum Ausdruck kommen. Wichtig sind auch über die Siedlungsebene hinausgehende mikroregionale und regionale organisatorische Zusammenschlüsse, soweit sie von der Basis der armen Bevölkerung getragen und essenziell bestimmt werden.

DER GLEICHWERTIGE NUTZEN DER TAUSCHOBJEKTE IN IHRER GESAMTHEIT FÜR DIE HAUSHALTE

Wesentliches Merkmal und Voraussetzung für die Stabilität der Austauschbeziehungen ist die Forderung, daß der Nutzen der getauschten Güter, Arbeits- und Dienstleistungen auf mittlere und längere Frist gesehen als gleichwertig anerkannt wird. In der Bewertung der Tauschobjekte verbinden sich ökonomische und sozialkulturelle Kriterien.

Um die Vielfalt der Ausprägungen der Austauschbeziehungen zu illustrieren, seien einige Beispiele genannt:

Die Haushalte (kleinbäuerlichen) Siedlungen fragen nach, bzw. die Haushalte randstädtischer Siedlungen bieten an: Arbeitsvermögen (zur Verstärkung der Arbeitskraft z.B. bei Aussaat und Ernte); Erleichterung des Zugangs zu Einrichtungen des Bildungs-, Gesundheits- und Rechtswesens in der Intermediate City; Produktionsinstrumente, vor allem aus der informellen Sektorindustrie, Güter für den mittelfristigen Konsum (wie Kleidung, Möbel, Fertigprodukte für den Hausbau), moderne Reproduktionsmittel wie Medikamente; produktions- und reproduktionsorientierte Vermittlung von Fachwissen.

Die Haushalte der (randstädtischen) Siedlungen fragen nach bzw. die Haushalte der kleinbäuerlichen Siedlungen bieten an: Produktionsgüter (Rohstoffe für die informelle Produktion); Reproduktionsmittel für den unmittelbaren Konsum (z.B. Nahrungsmittel, traditionelle Heilpflanzen) wie auch für den mittel-

und langfristigen Konsum, so Dienstleistungen (z.B. Beherbergung in Ferien, Bestandpflege des Altersitzes randstädtischer Siedler); Wissen, besonders im Bereich der traditionellen Medizin.

Auf dieser Interaktion zwischen informellem, vorwiegend haushalts- aber auch gruppenmäßig (auf Siedlungsebene) vermitteltem Angebot und Nachfrage wirken geschlechts- und altersmäßige Differenzierungen stark ein. Daneben beeinflussen auch andere Faktoren wie Jahreszeiten, konjunkturelle Schwankungen der formellen und informellen Ökonomie sowie der Subsistenzwirtschaft.

Intensität und Dauerhaftigkeit der Austauschbeziehungen sind also vor allem von folgenden Bedingungen abhängig:

- von der - auch saisonal schwankenden - Verfügbarkeit von Überschüssen an Produkten, Dienstleistungen und Arbeitskraft, die nach ihrer Art geeignet sind, spezifische Defizite des jeweils anderen Siedlungspols auszugleichen, bzw. zu reduzieren (Komplementarität relativer Überschüsse und Knappheitsgrade);
- von der Gleichwertigkeit des Nutzens, mit dem die Güter und Dienstleistungen bewertet werden;
- von der kommunitären Integrität und ihrer Dauerhaftigkeit in den kleinbäuerlichen Gemeinden, die meist über Verwandtschaftsbeziehungen vermittelt ist; von dem Organisationsgrad der randstädtischen Siedlungen sowie mikroregionaler und regionaler Zusammenschlüsse "von unten".

Die Dichte in Verbindung mit der 'Egalität' bzw. Gleichwertigkeit der kleinbäuerlich-randstädtischen Austauschbeziehungen kann daher als Maßstab für die 'dynamische Stabilität' einer Region, vor allem einer peripheren, dienen: Je stärker die interne Kohäsion eines überlebensökonomischen Territoriums sich entwickelt, desto schwächer ist die Abwanderung seiner armen Bevölkerung in andere Räume ausgeprägt.

DIE REGIONALE AUSPRÄGUNG DER AUSTAUSCHBEZIEHUNGEN

Über die Realisierung verwandtschaftlich und kommunal organisierter Austauschbeziehungen der beschriebenen Formen bilden sich haushaltsspezifische überlebensökonomische Aktionsräume aus. Diese können sich auf regionaler Ebene zu überlebensökonomischen Teilterritorien (2) verdichten. Mit dem Begriff des überlebensökonomischen Teilterritoriums bzw. Teilraums wird ein Gebiet bezeichnet, in dem sich intensive Austauschbeziehungen zwischen einer größeren Zahl von Haushalten einer kleinbäuerlichen Gemeinde und Haushalten einer randstädtischen Armutssiedlung bzw. einer eng begrenzten Zahl solcher Siedlungen des zugeordneten regionalen Zentrums ausbilden.

Die Fähigkeit der armen Bevölkerung in überlebensökonomischen Teilräumen, durch den Austausch 'relativer Überschubproduktion' siedlungsspezifische Knappheitsgrade an Reproduktionsgütern und Produktionsmitteln teilweise auszugleichen, wird als ein zentrales Merkmal der endogenen Ressourcen dieser Räume aufgefaßt.

Das Insgesamt überlebensökonomischer Teilräume, welche auf ein regionales

Zentrum bezogen sind, bildet ein **überlebensökonomisches Territorium**. Seine Reichweite hängt mittelbar auch von der Ausprägung des formellen ökonomischen Sektors ab, vor allem von seiner Verkehrsinfrastruktur; das überlebensökonomische Territorium kann sich jedoch sowohl weiter als auch enger als der an den formellen ökonomischen und politischen Strukturen orientierte Wirtschaftsraum ausbilden.

BEDINGUNGEN FÜR DIE STÄRKUNG DES ENDOGENEN ENTWICKLUNGSPOTENTIALS DES ÜBERLEBENSÖKONOMISCHEN TERRITORIUMS DURCH STAATLICHE PLANUNG

Staatliche Planung, die auf eine Verbesserung der Wirtschafts- und Lebensbedingungen in überlebensökonomischen Teilräumen und Territorien ausgerichtet sein soll, kann bei der permanenten Ressourcenknappheit in Ländern der Dritten Welt ihre Wirkung nur entfalten, wenn sie auf eine Stärkung des endogenen Entwicklungspotentials der armen Bevölkerung zielt, und wenn die knappen Ressourcen auf diejenigen infrastrukturellen Bereiche konzentriert werden, welche für die Entwicklung der überlebensökonomischen Aktivitäten die gravierendsten Restriktionen darstellen.

Grundsätzlich können diese Restriktionen, die durch eine Verbesserung des Angebots an kollektiven Gütern, d.h. durch infrastrukturelle Maßnahmen überwunden werden sollen, in drei Bereichen auftreten:

- in den infrastrukturellen Voraussetzungen für die Herstellung von Reproduktionsgütern und relativer Überschüsse in Hausarbeit, Subsistenzwirtschaft und Produktion im informell-ökonomischen Sektor (vor allem Wasser, Energie, z.T. auch Erschließung der Anbauflächen);
- in den Ausbildungsmöglichkeiten, in der Gesundheitsversorgung und Hygienesicherung; letzteres insbesondere in den randstädtischen Siedlungen durch Entsorgung;
- in der Verfügbarkeit von Netzwerken zur Realisierung der Austauschbeziehungen und zur Erschließung informeller Märkte.

Die Stärkung des endogenen Entwicklungspotentials überlebensökonomischer Teilräume und Territorien durch staatliche Planung mit minimalen Ressourcen muß folgenden Bedingungen genügen:

- Ansatzpunkte der Planung müssen die siedlungsspezifisch schwerstwiegenen Defizite sein; die Identifikation der Defizite kann nicht von einer übergreifenden Analyse regionaler oder mikroregionaler Strukturen geleistet werden; sie muß von der Siedlungsebene selbst und von der Ebene interagierender Siedlungspole ausgehen und von dort her auf den gesamten regionalen Zusammenhang bezogen werden.
- Fördermaßnahmen sind an den Interessen der armen Bevölkerung zu orientieren (3); wird die Produktion relativer Überschüsse unterstützt, so muß die Verwertung der Produkte vor allem ihr zugute kommen. Ziel darf in der Überlebensökonomie nicht die Produktion für außerregionale Märkte sein; die Wahl der geförderten Produkte ist prioritär auf die Defizite in der Grundbedürfnisbefriedigung innerhalb der Region, insbesondere auch in den komplementären Siedlungspolen, auszurichten.

- Bei der Vermittlung der Produkte vom Produzenten zum Konsumenten ist es notwendig, die Gewinnabschöpfung durch den Zwischenhandel weitestmöglich zu verhindern; dazu sind die bestehenden Netzwerke, über welche die informell-ökonomischen Austauschbeziehungen ablaufen, zu stärken und der direkte Gütertausch zu unterstützen.

- **Partizipationspotential:**
Mit dieser Strategie kann der überlebensökonomische Interessenszusammenhang der armen Bevölkerung aufrechterhalten und gestärkt werden. Dies ist wiederum Voraussetzung dafür, das Partizipationspotential der Bevölkerung, welches das zentrale Element der endogenen Ressourcen darstellt, zur Sicherung des Erfolgs der Förderprogramme zu aktivieren. Dies gilt nicht nur für den Einsatz ihrer Kenntnisse, Arbeitskraft und begrenzten materiellen Ressourcen bei der Durchführung der Fördermaßnahmen, wobei die Verwendung traditioneller in Verbindung mit alternativen Technologien zu berücksichtigen ist; es gilt auch für ihre Beteiligung an der Projektplanung, -steuerung und -evaluierung, da nur dadurch die einzelnen Bevölkerungsgruppen, vor allem die besonders benachteiligten, ihre oft gegensätzlichen Interessen einbringen bzw. wiederfinden können (4). Die Effizienz der Partizipation kann als das eigentliche Gütekriterium für die Konzeption und Durchführung überlebensökonomisch orientierter Planungsmaßnahmen betrachtet werden.

ZUM BEGRIFF "ARMUTSORIENTIERTE REGIONALPLANUNG"

Es wird vorgeschlagen, staatliche Regionalplanung, die der Sicherung des überlebensökonomischen Interessenszusammenhangs der armen Bevölkerung in peripheren Räumen verpflichtet ist, als armutsorientierte Regionalplanung zu bezeichnen. Sie muß darauf gerichtet sein,

- die Partizipation der armen Bevölkerung in Bezug auf ihre verschiedenen Interessenlagen an der Konzeption und Durchführung der Planungsmaßnahmen auf der Ebene der Siedlung, des mikroregionalen und des regionalen Zusammenhangs sicherzustellen;
- die Reproduktionsbedingungen innerhalb der Siedlungen durch eine defizitorientierte Förderung der infrastrukturellen Voraussetzungen für die Hausarbeit und Subsistenzproduktion und des Bildungs- und Gesundheitswesens zu verbessern;
- die Förderung der relativen "Überschußproduktion" in der Überlebensökonomie an den Grundbedürfnissen der armen Bevölkerung innerhalb der Region auszurichten;
- die direkte Vermittlung der Güter und Dienstleistungen von den Produzenten zu den Konsumenten über informell-ökonomische Austauschbeziehungen zu fördern, indem vor allem die zwischen den kleinbäuerlichen und randstädtischen Siedlungen bestehenden Netzwerke genutzt und ausgebaut werden.

Aus diesen Prinzipien der armutsorientierten Regionalplanung ist abzuleiten, daß die Analyse der Defizite, die Prioritätsentscheidungen über den Interventionsbereich, die Formulierung der Planungskonzeption und die möglichst weitgehende Kontrolle der Nebenwirkungen im kleinräumlichen Zusammenhang geleistet werden muß. Der angemessene Bezugsraum armutsorientierter Regionalplanung ist daher zunächst der überlebensökonomische Teilraum. Die Ausdehnung armutsorientierter Planungskonzepte auf das überlebensökonomische Territorium ist von seinen Teilräumen her zu entwickeln.

REALISIERBARKEIT ARMUTSORIENTIERTER REGIONALPLANUNG

Notwendige Rahmenbedingung für die staatliche Unterstützung von überlebensökonomischen Räumen ist eine nationale Dezentralisierungsstrategie von Ballungsräumen in Verbindung mit der schwerpunktmäßigen Entwicklung der formellen und vor allem informellen Ökonomie sowie der Subsistenzproduktion in peripheren Regionen (5).

Dem traditionellen Planungsverständnis, sowohl der Länder der Dritten Welt, wie auch der entwicklungspolitischen Institutionen der Industrieländer kann ein auf die Erfassung von 'Mikrostrukturen' angelegtes Vorgehen vor dem Hintergrund weiträumig wirkender regionaler Entwicklungsprobleme zunächst als unangemessen erscheinen. Es ist auch davon auszugehen, daß in den meisten Entwicklungsländern die gegenwärtigen politischen Entscheidungsstrukturen, die eingeführten Planungsmethoden einer flächendeckenden Sektorplanung und die Qualifikation des Fachpersonals nur unzureichende Voraussetzungen dafür bieten, die zu entwickelnden Verfahren einer armutsorientierten Regionalplanung kurzfristig für eine breite Anwendung zu implementieren.

auf der anderen Seite zwingt die Ressourcenknappheit die Rationalität einer Planung geradezu auf, die auf eine Förderung der endogenen Ressourcen der armen Bevölkerung mit einem sehr geringen Mitteleinsatz ausgerichtet ist, und die Überlebensökonomie der armen Bevölkerung durch Überwindung der jeweils am stärksten wirkenden infrastrukturellen Restriktionen unterstützt. Die Erfahrungen mit relativ kostenaufwendigen Projekten der grundbedürfnisorientierten Entwicklungsförderung z.B. durch Sites and Service-Programme für städtische Armutsquartiere und durch integrierte ländliche Entwicklungsprojekte zeigen die begrenzte Reichweite solcher Ansätze.

Der Wirkungsgrad staatlicher Entwicklungsförderung (6) könnte durch die Nutzung des hier in seinen Grundzügen dargestellten und in folgenden Arbeiten (7) zu überprüfenden und weiterzuentwickelnden Paradigmas deutlich gesteigert werden.

ZUSAMMENFASSUNG

Das Paradigma des Überlebensökonomischen Territoriums wird erläutert. Es beschreibt den Raum, den die Bevölkerung kleinbäuerlicher Siedlungen und städtischer, vor allem randstädtischer Armutssiedlungen in peripheren Regionen unterentwickelter Länder durch ihren wirtschaftlichen Überlebenskampf ausbildet. Informell-ökonomische Austauschbeziehungen spielen dabei eine besondere Rolle. Anschließend werden ansatzweise die Rahmenbedingungen und Grundzüge einer armutsorientierten Regionalplanung, die am Paradigma des "Überlebensökonomischen Territoriums" ausgerichtet ist, dargestellt.

ANMERKUNGEN

Anmerkungen zu einem geplanten Forschungsprojekt zur Überprüfung und Weiterentwicklung des Paradigmas als theoretisches und anwendungsbezogenes Konzept.

Es ist beabsichtigt, das Paradigma des Überlebensökonomischen Territoriums als theoretisches und anwendungsbezogenes Konzept in einem auf eine periphere Region in Südperu ausgerichteten zweiphasigen Forschungsprojekt zu validieren und weiterzuentwickeln.

In der ersten zweijährigen Projektphase soll die Struktur der Überlebensökonomie der armen Bevölkerung in randstädtischen und kleinbäuerlichen Siedlungen analysiert und eruiert werden, welche Rolle die informell ökonomischen Austauschbeziehungen zwischen randstädtischen und kleinbäuerlichen Haushalten in ihr spielen und welche Formen Überlebensökonomischer Handlungsformen gebildet werden.

Damit wird darauf hingewiesen, die infrastrukturellen, ökonomischen und sozialkulturellen Bedingungen zu ermitteln, unter denen arme Haushalte zur Befriedigung der Grundbedürfnisse ihr Arbeitsvermögen und ihre Produktionsmittel im Einzugsbereich von 'Intermediäre Cities' wirksamer einsetzen können als in abgeschlossenen Kleinräumen einerseits und Ballungsräumen andererseits, indem sie unterschiedliche Knappheitsgrade an den Austauschpolen teilweise ausgleichen.

In der zweiten ebenfalls zweijährigen Projektphase soll das Paradigma des Überlebensökonomischen Territoriums in seiner anwendungsbezogenen Dimension erarbeitet, d.h. für die arbeitsorientierte Regionalplanung nutzbar gemacht werden. Aus den Erkenntnissen über die Überlebensökonomischen Strategien der armen Bevölkerung, sind Verfahren zur defizitorientierten Bestandsanalyse und Vorbereitung der Planung infrastruktureller Maßnahmen auf jeweils Siedlungs-, mikroregionaler und regionaler Ebene zu entwickeln.

FUSSNOTEN

- (1) Der Autor beabsichtigt, in einem der folgenden Hefte von Dialog die Auseinandersetzung mit der bislang für die Entwicklung des Paradigmas relevant erscheinenden Literatur zu skizzieren.
- (2) Der Territorialbegriff wird in Anlehnung an Friedmann 1982 verwandt.
- (3) Die entwicklungspolitisch übliche Förderung der jeweils ökonomisch relativ stärksten Funktionen darf nur dann als Ansatzpunkt gewählt werden, wenn dadurch nicht die Voraussetzungen der Überlebensökonomie - z.B. die Differenzierung landwirtschaftlicher Produktion - verlorengehen und eine zielgruppenspezifische Verteilung der aus den Förderungsmaßnahmen neu gewonnenen Vorteile gesichert ist.
- (4) Die mittel- und längerfristige Partizipation der marginalen Bevölkerung in regionalen Kontext ist notwendige Voraussetzung für den Erfolg der Förderprogramme, nicht nur bei dem Einsatz ihres wissensreichen und physischen Restentials und ihrer begrenzten materiellen Ressourcen, sondern auch bei der Projektplanung, -steuerung und -evaluierung (vgl. Stöhr 1981, aber auch Henry 1982). Wird dies nicht berücksichtigt, können sich verschiedene Formen von Partizipationsdefiziten herausbilden, wie kollektive Apathie, Verweigerung, passiver und aktiver Widerstand und in der Form 'individueller Verzweiflung' sich nähernde kollektive Selbsterstörung. Diese Partizipationsdefizite können bedingt sein z.B. durch Nicht- oder Fehlinformation, sowie durch Interessengegensätze einzelner Bevölkerungsgruppen oder der Bevölkerung insgesamt bezüglich Teilzielen oder dem Gesamtziel des Entwicklungsplans, wobei sich die Interessengegen-

sätze zumeist aus sozialökonomischen und sozialkulturellen Differenzen herleiten.

(5) Die Polarisierung des nationalen Wirtschaftsraums in Ballungszentren und 'peripherie', d.h. verarmte und stagnierende Räume, wird heute in den meisten Entwicklungsländern als Problem erkannt, und es wird staatlicherseits versucht, ihm mit verschiedenen Entballungsstrategien zu begegnen. Die hierfür konzipierte Förderungspolitik peripherer Regionen beschränkt sich aber bisher zumeist auf die Entwicklung der formellen Ökonomie der urbanen Wachstumspole. Erst wenn zusätzlich schwerpunktmäßig auch die informelle Ökonomie und die Entfaltung von informell-ökonomischen regionalen Austauschbeziehungen als die wesentlichen endogenen Ressourcen Überlebensökonomischer Teilräume und Territorien exogene Unterstützung erfahren, können die Überlebenschancen für die arme Bevölkerung in randstädtisch-ländlichen Kontext peripherer Regionen soweit verbessert werden, daß der Wanderungsdruck auf die Ballungszentren begrenzt wird, d.h. die in die regionalen Entwicklungspole aufgrund eines scheinbar attraktiven Angebots an Arbeitsplätzen im formellen Sektor abgewanderte arme bäuerliche Bevölkerung nicht zu einem zweiten und "letzten" Abwanderungsschritt in die Ballungszentren gezwungen wird.

(6) Zusätzlich könnten auch durch halbstaatliche und ausländische Organisationen betriebene lokal- und regionalbezogene Entwicklungsprojekte durch das Paradigma Orientierungshilfen erhalten; zudem würde die Effizienz der lokalen und vor allem der den Siedlungsrahmen überschreitenden Selbsthilfeprojekte gesteigert werden.

(7) Das Projekt soll im Rahmen der am Institut für Raumplanung (IMPUD), Abteilung Raumplanung, Universität Dortmund laufenden Arbeiten zur Regionalplanung in Entwicklungsländern realisiert werden; Mitarbeiter sind V. Kreibich, P. Debold, C. Maennling und der Autor.

LITERATUR

Balan, Jorge (Hrsg.)
Why people move, comparative perspectives on the dynamics of internal migration, Paris 1981, S. 245-269

Bennholt-Thomsen, Veronika
Subsistenzproduktion und erweiterte Reproduktion - Ein Beitrag zur Produktionsweisediskussion; in: Frauen als Produzierende, Frankfurt a.M. 1981

Bennholt-Thomsen, Veronika
Bauern in Mexiko - Zwischen Subsistenz- und Warenproduktion, Frankfurt a.M. 1982

Borremans, Valentina
Appropriate Technology which lightens women's daily task; in: gate - questions, answers, information Nr.3, Eschborn 1983, S.3-8

Evers, Hans-Dieter
Urban and Rural Subsistence Reproduction. Manuskript, Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Bielefeld 1980

Friedmann, John and Mike Douglass
Agropolitan Development: Towards a New Strategy for Regional Planning in Asia; in: Fu-chen Lo and Kamal Salih (Hrsg.), Growth Pole Strategy and Regional Development Policy, Oxford, N.Y. 1978, S. 163-192

Friedmann, John and Clyde Weaver
Territory and Function. The Evolution of Regional Planning, London 1979

Henriquez, Narda
Migración y problemática urbana; in: Guerra García, Roger y Sara Lafosse V., Ruiz Carillo L. (Hrsg.): Problemas Poblacionales Peruanos, Lima 1980, S. 97-129

Henry, Etienne
La dynamique des secteurs populaires urbains; in: Problèmes d'Amérique Latine Nr.63, Paris (Nancy) 1982, S. 120-146

Herrle, Peter
Der informelle Sektor: Die Ökonomie des Überlebens in den Metropolen der Dritten Welt; in: Institut für wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, Tübingen (Hrsg.), Stadtprobleme in der Dritten Welt. Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebensbedingungen, Tübingen 1983, S. 47-62

Hugo, G.J.
Circular Migration in Indonesia; in: Population and Development Review (N.Y.), Nr.8 (1), March 1982, S. 59-83

Illich, Ivan
Genus, zu einer historischen Kritik der Gleichheit, Hamburg 1983

Institut für wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern Tübingen (Hrsg.)
Stadtprobleme in der Dritten Welt - Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebensbedingungen, Tübingen 1983

Jacobi, Carola und Thomas Nieß
Hausfrauen, Bauern, Marginalisierte: Überlebensproduktion in 'Dritter' und 'Erster' Welt, Bielefelder Studien zur Entwicklungssoziologie, Band 10, Saarbrücken 1980

Kreibich, Volker
Zum Zwangscharakter räumlicher Mobilität; in: Jüngst, P. und H.-J. Schulze-Göbel, H.-J. Wenzel (Hrsg.), Stadt und Gesellschaft - Sozialökonomische Aspekte von Stadtentwicklung, Urbs et Regio, Kasseler Schriften zur Geographie und Planung, Bd.13, Kassel 1979, S. 153-210

Krogh-Bunker, Beate
Dokumentation neuerer Arbeiten zum 'Verhältnis von Subsistenz- und Warenproduktion', Arbeitspapier Nr.22 des Universitätsschwerpunkts Lateinamerikaforschung der Universität Bielefeld, Bielefeld 1980

Mantra, I.B.
Mobilitas sirkular di Indonesia; in: Majalah Demografi Indonesia (Jakarta), Nr.6 (12), Dez. 1979, S. 66-86

Meillassoux, Claude
Femmes, grenier et capitaux, Paris 1975

Roberts, Bryon R.
Cities of Peasants. The Political Economy of Urbanization in the Third World, London 1978

Salih, Kamal
Intermediate Cities in Urban and Regional Development: A Planning Perspective. Manuskript, East-West Population Institute, Workshop on Intermediate Cities, Honolulu, Hawaii, July 16-28 1980

Singer, Paul
Economia politica de urbanizacao, Sao Paulo 1973

Stöhr, Walter, B. and D.R. Fraser Taylor
Development from Above or Below? The Dialectics of Regional Planning in Developing Countries, Chichester, New York 1981

Tschajanow, Alexander
Die Lehre von der bäuerlichen Wirtschaft. Versuch einer Theorie der bäuerlichen Familienwirtschaft in Landbau, Berlin 1923

Wallerstein, Immanuel and William G. Martin, Terry Dickenson
Household Structures and Production Processes. Theoretical concerns, plus data from Southern Africa and nineteenth century United States, Binghamton (N.Y.) 1979

Werlhof, Claudia von
Frauenarbeit: Der blinde Fleck in der politischen Ökonomie; in: Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen (Hrsg.), Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Nr.1, München 1978, S.18-32

TAYLAN DERICIOGLU
EINE URBANISIERUNGSSTRATEGIE ZUR
BESEITIGUNG DER REGIONALEN
DISPARITÄTEN IN DER TÜRKEI

0. EINFÜHRUNG

Die Konsequenzen der von den meisten Entwicklungsländern verfolgten Entwicklungspolitik haben gezeigt, daß ihre modernisierungsorientierten Ansichten zu inneren Unruhen und politischer Labilität geführt haben. Ihre Ziele, die die Realisierung einer möglichst schnellen Entwicklung vorsahen, verursachten regionale Entwicklungsunterschiede und soziale Diskrepanzen. Die Türkei gliedert sich in die Gruppe derartiger Länder ein, die unerwünschte Erfahrungen im Entwicklungsprozeß gemacht haben. Die türkischen Erfahrungen spiegeln einen eigentypischen Zyklus wider, der hauptsächlich aus der Abschließung der Liberalen Perioden (1947-1960, 1963-1971 und 1973-1980) von den Militärinterventionen (27. Mai 1960, 12. März 1971 und 12. September 1980) besteht.

Nach der letzten militärischen Einmischung strebt man wieder eine Rückkehr zur "Demokratie" an. Diese aktuelle Lage zwingt uns nochmals an die Wurzeln der sozialen Spannungen und politischen Instabilität in diesem Land zu denken. Dieser Beitrag beschränkt sich auf die räumliche Dimension einer sozio-ökonomischen, konfliktmindernden Entwicklungsstrategie, die die Verringerung regionaler Disparitäten vornimmt. Dies ist als ein Versuch zur Erfüllung der Grundvoraussetzung für die Initiierung eines gesunden Entwicklungsprozesses zu verstehen.

1. LEITGEDANKEN UND FOLGEN DER MODERNISIERUNGSORIENTIERTEN ENTWICKLUNGSSTRATEGIE

Die Entwicklungsvorstellungen von Planern und Politikern in der Türkei orientierten sich lange Zeit ausschließlich an den Vorstellungen von Modernisierungstheoretikern. Die als Vorbild genommene traditionelle Entwicklungsstrategie bestand hauptsächlich aus der Präzisierung von drei Entwicklungsdimensionen; nämlich, Beschleunigung der Industrialisierung, Modernisierung der Landwirtschaft und Verstärkung (Verein türkischer Architekten, 1971).

Demnach soll der schnelle Ausbau der Industrie einen modernen und dynamischen Sektor etablieren, der eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze anbietet und gleichzeitig sollten die Modernisierungsschritte in den ländlichen Gebieten durchgeführt werden, um die Produktionssteigerungen in diesem Bereich zu realisieren. Der raumdimensionale Treffpunkt der sektoralen Entwicklungsvorstellungen bezog sich auf die Städte, in denen die sekundären und tertiären Sektoren sich durch komplementäre Funktionen verknüpfen.

Die herrschenden realen Bedingungen in der Türkei sind weit davon entfernt, ein befriedigendes Bild über die Erfolge der Entwicklungsbestrebungen zu geben. Als Folgen der im Konsumgüterbereich auf Importsubstitution orientierten Industrialisierungsstrategien der türkischen Entwicklungspolitik und angewandten hohen Produktionstechnologie blieben die Modernisierungsschritte für die Gesamtwirtschaft und Gesellschaft beschränkt. Obwohl die

Anwendung der modernen Technik bei der Ertragssteigerung in der Landwirtschaft erfolgreich war, trägt sie zur Verschärfung von sozialen Problemen bei. Nur die großen landwirtschaftlichen Betriebe konnten ihre Produktion mit modernen Technologien durchführen. Bei der Erhöhung des produktionstechnologischen Niveaus wurden die Arbeitsplätze in den landwirtschaftlichen Betrieben gefährdet, Pachtverhältnisse aufgelöst, Mittel- und Kleinbetriebe vernichtet und arbeitsfähige Menschen in den ländlichen Gebieten marginalisiert.

Die durch Modernisierungsmaßnahmen in den ländlichen Gebieten freigesetzten Arbeitskräfte und ihre Familienangehörigen wanderten in die Großstädte und Ballungsgebiete, die Arbeitsplätze, Unterkünfte und Versorgungseinrichtungen benötigen. Als Folge der Standortbegünstigung mit Hilfe der sozialen und technischen Infrastrukturinvestitionen und der Konzentration von Aktivitäten wurde die Attraktivität der Metropolen ständig erhöht. Aus diesem Grunde bestand eine asymmetrisch hierarchisierte Siedlungsstruktur in der Türkei, die sich als raumdimensionaler Spiegel der demographischen und sozio-ökonomischen Disparitäten erkennen läßt.

2. RÄUMLICHE AUSPRÄGUNG DER MODERNISIERUNGSSTRATEGIE

Die Information über die räumlichen Disparitäten bedarf einer systematischen Untersuchung. Ein zu diesem Zweck dienendes Informationsinstrument soll grundsätzlich raumrelevante Lebensbereiche beinhalten und sie quantifiziert darstellen. Eine indikatorengestützte Raumbewertung ermöglicht die Entwicklungsniveaus der Teilräume in einem betrachteten Großraum zu ermitteln; die regionalen Problemlagen zu erkennen und zu beurteilen; und die Wirkungen politischen Handelns auf die Raumentwicklung festzustellen (Naylor, 1978). Ein Indikatorensystem, das die Lage der Untersuchungsteilräume sowie ihre sektoralen Teilsysteme differenziert beschreibt und mit der Situation anderer Teilräume vergleichbar macht, legt ferner eine Basis zur raumstrukturellen Typisierung (Schneider, 1978).

Das angewandte Bewertungsverfahren, bestehend aus Teilindikatoren zur Ermittlung der demographischen, wirtschaftlichen und versorgungsbezogenen Eigenschaften (siehe Tab. 1) bestätigen, daß zwischen den Provinzen der Türkei erhebliche Entwicklungsunterschiede bestehen (Dericioğlu, 1983).

In das Bewertungsverfahren werden (i) Bevölkerungsdichte, Bevölkerungswachstumsrate, Verstärkerungsrate, Wanderungsrate; (ii) Standortquotienten in primären, sekundären und tertiären Wirtschaftssektoren; und (iii) schulische, medizinische, verkehrsbezogene, kommunikative Versorgungsgrade in den jeweiligen Provinzen der Türkei als Teilindikatoren der Untersuchungsgebiete (i) "Bevölkerung", (ii) "Beschäftigung" und (iii) "Versorgung" einbezogen.

Die von den betrachteten Teilräumen erreichten Indikatorenwerte werden mit dem durchschnittlichen Wert relativiert. Auf diese Weise werden provinzspezifische Abweichungswerte ermittelt und die Intensität der regionalen Disparitäten in der Türkei operationell geschildert. Um die Anschaulichkeit der voneinander abweichenden Ergebnisse der Teilindikatoren zu gewährleisten, wird hier eine vereinfachte Skalogrammanalyse angewandt. Ausgangspunkt dieses Verfahrens ist, die Abweichungen der jeweiligen variablen Werte vom Durchschnitt aller 67 Provinzen durch positives und negatives Vorzeichen zu kennzeichnen, Entsprechen die jeweiligen variablen Werte dem Durchschnitt, so wird dem Teilraum ein Nullzeichen zugeordnet; liegen sie unter (bzw. weit unter oder über (bzw. weit über) dem Durchschnitt, so wird dem Teilraum ein (bzw. doppel) Minuszeichen oder ein (bzw. doppel) Pluszeichen zugeteilt. Während die starke Häufung von Minuszeichen bei einem bestimmten Teilraum als Kennzeichen einer besonderen Förderungsbedürftigkeit anzusehen ist, bedeutet starke Häufung von Pluszeichen eine überdurchschnittliche Förderung. Beziehen auf die regionalen Strukturuntersuchungen, die eine Reihe von sozio-ökonomischen Indikatoren beinhalten, sind bestimmte Raumtypen zu definieren (siehe Abb. 1). Der Raumtyp 1 besteht aus den Provinzen Istanbul, Kocaeli, Sakarya und Bursa. Nach Ermittlungen der Staatsplanungsorganisation wird die Großstadt Istanbul mit ihrem Weltstadtkarakter und höchster Zentralität in der zentralörtlichen Hierarchie in die erste Ordnung eingestuft. Dieses metropolitane Zentrum von internationaler Bedeutung wird von einer 'metro-shadow-subregion' umgeben. In dieser Subregion befinden sich zur dritten Ordnung gehörende Nachbarzentren der Großstadt Istanbul; namentlich Izmit, Adapazari und Bursa, die die Eigenschaften einer 'multi-centered core region' in diesem Raum vervollständigen. Eine kontinuierliche Konzentra-

Tab. 1: Skalogramm-Analyse zur Messung provinzspezifischer Lebensbedingungen in der Türkei (1955-1975)

Teilräume (Regionen, Subregionen, Provinzen)	Bevölkerung				Beschäftigung				Versorgung							
	Dichte	Wachstum	Verstärkung	Wanderung	Primärsektor	Sekundärsektor	Tertiärsektor	Altenheim	Freizeit- und Sozial	Kranken-	häuser	Arzte	Apotheken	PKW	Fernsehen	Telefon
I. Marmara-Region																
I.1.1. Istanbul-Subregion	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++
I.1.2. IZMIR	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++
I.1.3. Bursa	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++
I.1.4. Kocaeli	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++
I.1.5. Sakarya	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++
I.2. SW-Marmara-Subregion																
I.2.1. Balıkesir	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
I.2.2. Canakkale	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
I.3. Thrazien-Subregion																
I.3.1. Edirne	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
I.3.2. Kizilirmak	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
I.3.3. Tekirdag	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
II. Mittel-Anatolien-Region																
II.1. Ankara-Subregion																
II.1.1. Ankara	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++
II.1.2.	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++
II.1.3.	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++	++

Dr. Ing. Taylan Dericioğlu, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Raumplanung der Universität Dortmund

nistrativen und fiskalischen Befugnisse an regionale und lokale Instanzen zuzustimmen.

In der Vorbereitung und Praktizierung der türkischen nationalen Entwicklungspläne wurde das Konzept "Raumorganisation" nicht genügend erwähnt. Die sektorale Basis der nationalen Entwicklungsplanung hat die Folge, daß die Ansätze einer sektoral und räumlich koordinierten Zielplanung fehlen. Das Bestehen der sowohl gleichgewichtigen als auch ungleichgewichtigen wachstumsorientierten Ziele in den nationalen Entwicklungsplänen führt zu Ambiguitäten, die die Kohärenz der Planung stören. Die Beseitigung dieser Mißstände benötigt die Berücksichtigung (i) des Lokationsfaktors in den Planzielsetzungen, damit räumliche und temporale Synchronisierung der intersektoral koordinierten infrastrukturellen und industriellen Investitionen gewährleistet wird und (ii) der politischen Realisierbarkeit der Planziele, damit die nationalen Entwicklungspläne ihre Funktionsfähigkeit gewinnen können.

Im hoch zentralistischen und funktionell schwach dezentralistischen politisch-administrativen System der Türkei ist die Stellung der nationalen Raumordnungsinstitutionen gegenüber den territorialen Körperschaften sehr stark. Es fehlen leistungsfähige Verwaltungs- und Entscheidungsstrukturen auf regionaler, subregionaler und lokaler Ebene. Die lokalen Gebietskörperschaften sind neben ihren Ziel- und Maßnahmeentscheidungen auch finanziell und personell von der Zentralregierung abhängig (Geray/Keles/Yavuz, 1978). Dies führt zur Funktionsunfähigkeit der zentralen Autoritäten in der Erfüllung ihrer regionalen und lokalen Aufgaben. Die Dezentralisierung der hochzentralisierten Ausstattungen sowie der Entscheidungskompetenz auf der regionalen Ebene ist zur Beseitigung des planungsrelevanten Mißstandes unvermeidbar (Staatliche Planungsorganisation, 1977).

Das dem Staat zur Verfügung stehende Finanzpotential ist tatsächlich so knapp, daß es für eine adäquate Förderung aller Klein-, Mittel- und Oberzentren in entwicklungsbedürftigen Teilräumen nicht ausreicht. Neben finanziellen Engpässen, auf die der Zentralstaat gestoßen ist, leiden die lokalen Autoritäten auch unter den ihnen verfügbaren, beschränkten Finanzquellen. Steuerungskompetenz dieser Autoritäten führt zu ihrer finanziellen Abhängigkeit vom Zentralstaat. Die Entwicklung einer zweckmäßigen Finanzpolitik und die gesetzmäßige finanzielle Verstärkung der lokalen Autori-

täten sind für die Realisierung der erwünschten nationalen Raumentwicklung und einer spannungslosen Durchführung der kommunalen planungs- und versorgungsmäßigen Pflichten von vitaler Bedeutung.

ANMERKUNGEN

DERICIOGLU, K.T.

"Köy-Kent" Dorfentwicklungsprogramme in der Türkei, in: Aspekte der Raumplanung in Entwicklungsländern, hrsg. von B. Janssen/K.R. Kunzmann, Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Band 13, Dortmund 1982, S.224-243.

DERICIOGLU, K.T.

Konzepte zur dezentralen Raumentwicklung in der Türkei, Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Band 35, Dortmund 1983, S.73 ff.

FRIEDMANN, J.

Basis Needs, Agropolitan Development and Planning from Below, in: New Dimensions of Spatial Development, Proceedings of the International Symposium of Regional Development, held on 9th June 1978, Seoul/Korea

GERAY, C., KELES, R., YAVUZ, F.

Sehirclilik, Uygulama ve Politika (Städtebauprobleme, Praxis und Politik), Ankara Üniversitesi Siyasal Bilgiler Fakültesi Yayınları (Veröffentlichungen der Universität Ankara, Fakultät für Politische Wissenschaften) Nr.415, Ankara 1978, S.538 f. und 545 ff.

JANSSEN, B., KUNZMANN, K.R.

Raumentwicklung in Entwicklungsländern - Eine Einführung, in: Aspekte der Raumplanung in Entwicklungsländern, hrsg. von B. Janssen/K.R. Kunzmann, Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Band 13, Dortmund 1982, S.14 f.

NAYLOR, H.

Einführung, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8/9, 1978 Laufende Raumbesichtigungen, hrsg. von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn 1978, S.581-583.

RONDINELLI, D.A., RUDDLE, K.

Urbanization and Rural Development - A Spatial Policy for Equitable Growth, New York 1978

SCHNEIDER, R.

Überlegungen zum Raumbezug von Indikatoren, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8/9, 1978 Laufende Raumbesichtigungen, hrsg. von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn 1978, S.705.

STAATLICHE PLANUNGSORGANISATION

The Report of Turkey for the United Nations World Conference on Human Settlements, held in June 1976, Vancouver, S.10 f.

STAATLICHE PLANUNGSORGANISATION

Dördüncü Bes Yillik Kalkinma Planı (Der Vierte Fünfjahresentwicklungsplan) 1979-1983, Ankara 1977, S.296.

VEREIN TÜRKISCHER ARCHITECTEN

Türkiye'de Kentleşme (Verstädterung in der Türkei), Ankara 1971.

BERNHARD MÖLLER

POLITIK MITTLERER ZENTREN IN MEXIKO: ZUR UMSETZUNGSPOLITIK RÄUMLICHER ENTWICKLUNGSSTRATEGIEN

Lange Zeit wurde die Entwicklungsstrategie Mexikos als ein erfolgversprechender Weg angesehen, durch Wirtschaftswachstum und Industrialisierung die Merkmale von Unterentwicklung zu überwinden. Besonderen Aufwind erhielten die günstigen Prognosen, als in den 70er Jahren große Erdöl- und Erdgasvorkommen entdeckt wurden, die man als sichere Basis für die Finanzierung einer forcierten Modernisierungspolitik ansah. Mit Hilfe eines verzweigten Systems nationaler Entwicklungsplanung auf der Grundlage von sowohl wachstumsorientierten als auch ausgleichspolitischen Zielvorstellungen sollten die finanziellen Mittel kanalisiert und den als entwicklungspolitisch prioritär erachteten Verwendungen zugeführt werden.

Die Ziele waren ehrgeizig, die Kalkulation riskant: zur Ankurbelung des Erdölsektors und zur Schaffung ausreichender Förderkapazitäten mußten umfangreiche Kredite im Ausland aufgenommen werden, die das chronische Zahlungsbilanzdefizit Mexicos sprunghaft emporschnellen ließen. Heute ist Mexiko zwar die viertgrößte Erdölfördernation der Welt, steht aber auch - in absoluten Zahlen und im Verhältnis zu seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit - neben Brasilien weit an der Spitze der meistverschuldeten Länder.

Angesichts der Folgen von Wirtschaftskrise und drohendem Staatsbankrott im Jahre 1982 ist festzustellen, daß die hochgesteckten Entwicklungsziele bei weitem nicht erreicht wurden: Die innenpolitischen Spannungsfelder - ungleiche Einkommenverteilung, Arbeitslosigkeit, Bevölkerungswachstum, Industriekonzentration, Städtewachstum, extreme regionale Ungleichgewichte - sind weder einer Lösung nähergebracht worden, noch haben sie an Brisanz verloren. Vielmehr ist in der Zukunft eine Verschärfung der bestehenden Konflikte zu erwarten.

Die Ursachen für diese Entwicklung sind bei weitem nicht allein darin zu suchen, daß die mexikanische Strategie auf falschen Finanzierungsvoraussetzungen aufbaute. Sie sind vielmehr zum Teil schon in der Entwicklungskonzeption selbst begründet - eine Tatsache, die für die Beurteilung der Perspektiven nicht ohne Bedeutung ist. Am Beispiel der Politik mittlerer Zentren - dem raumordnungspolitischen Eckpfeiler der Gesamtkonzeption - läßt sich dies verdeutlichen.

GRUNDLAGEN DER POLITIK MITTLERER ZENTREN IN MEXIKO

Seit Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre sind räumliche Aspekte zunehmend in die mexikanische Entwicklungspolitik eingeflossen. Dabei orientierten sich die Strategien nach einer Phase überwiegend sektoral orientierter Wirtschaftspolitik zunächst am Wachstumspolkonzept. Während der Amtszeit von Präsident Echeverría (1970-76) wurden mehrere spektakuläre Industrie- und Fremdenverkehrsprojekte begonnen (z.B. Cancún an der Karibikküste oder Lázaro Cárdenas und Ixtapa-Zihuatanejo an der Pazifikküste). Von ihnen erhoffte man

Dr.rer.nat. Bernhard Müller, Geograph, Institut für Landesplanung und Raumforschung, Universität Hannover

BÜCHER
BÜCHERBOGEN
BOGEN
Architektur
Kunst
Design
Film
Fotographie
StadtbahnboGen 593 Am Savignyplatz
D-1000 Berlin 12 Telefon 312 19 32

sich neben gesamtwirtschaftlichen Wachstumsimpulsen vor allem auch regionale Dynamisierungseffekte.

Parallel zu Entwicklungen in anderen Ländern verdichteten sich diese Einzelansätze trotz oder gerade aufgrund erheblicher Fehlschläge des Wachstumspolkonzepts zu einem nationalen System integrierter Entwicklungsplanung, das 1980 mit dem Globalen Entwicklungsplan (Plan Global de Desarrollo) seinen planerischen Höhepunkt erreichte. Im Rahmen dieses Ansatzes wurde seit dem Amtsantritt von Präsident Lopez Portillo (1976-82) eine Konzeption entwickelt, die sich als "Politik mittlerer Zentren" bezeichnen läßt. Sie kombiniert im wesentlichen Elemente der Raumordnungspolitik mit solchen der regionalen Wirtschaftsförderung, wird aber als Teil der Gesamtstrategie - auch von Programmen anderer Bereiche (z.B. zur Fischereientwicklung, Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft, Entwicklung der Agroindustrie) beeinflusst. In ihrer konkreten Ausgestaltung wurde die Politik mittlerer Zentren als eine Förderstrategie für periphere Regionen außerhalb der Ballungsräume von Mexiko, Guadalajara und Monterrey konzipiert.

Im Jahre 1977 wurde auf Staatssekretärscherebene (Finanzen, Haushalt, Industrieförderung, Handel, Landwirtschaft, Verkehr, Agrarreform, Fremdenverkehrsplanung, Gesundheit, Arbeit) die Nationale Kommission für Stadtentwicklung (Comisión Nacional del Desarrollo Urbano) eingesetzt, die unter Führung des Ministeriums für Siedlungswesen und öffentliche Arbeiten (SAHOP) (2) den Nationalplan zur Städtischen Entwicklung (Plan Nacional de Desarrollo Urbano) erarbeitete. 1978 wurde der Nationalplan vom Staatspräsidenten genehmigt und um den raumordnungspolitisch ebenfalls bedeutsamen Nationalen Industrieentwicklungsplan (Plan Nacional de Desarrollo Industrial) ergänzt. Beide zusammen bilden die wichtigsten Grundlagen der Politik mittlerer Zentren in Mexiko.

NATIONALPLAN ZUR STÄDTISCHEN ENTWICKLUNG

Der Nationalplan zur Städtischen Entwicklung nennt als langfristige Entwicklungsziele:

- eine ausgewogenere räumliche Verteilung von Bevölkerung und Wirtschaft, wobei die Entwicklung in den Landesteilen mit dem größten Ressourcenpotential Vorrang haben soll;
- die Förderung einer integrierten und ausgewogenen Entwicklung der Städte;
- die Herstellung von Bedingungen unter denen die Bevölkerung ihre Bedürfnisse nach Grund und Boden, Wohnung, öffentlichen Dienstleistungen, infrastruktureller Versorgung etc. in vollem Umfang befriedigen kann;
- die Verbesserung und Erhaltung der Umwelt.

Diese Ziele sollten im Rahmen von Einzelprogrammen verwirklicht werden (vgl. hierzu HUGO 1982, 156 f.).

Als ein erster und wesentlicher Ansatz wurde in diesem Rahmen das Programm zur räumlichen Dezentralisierung der Bundesverwaltung (Programa Nacional de Desconcentración Territorial de la Administración Pública Federal) in die Wege geleitet. Das Programm sah die Verlagerung von Behörden aus der Hauptstadt in die Region ihres jeweiligen Hauptaufgabenbereichs vor.

Im Nationalplan zur Städtischen Entwicklung wurden aufgrund von räumlichen Entwicklungspotentialanalysen zehn Vorrangregionen (Zonas Prioritarias) ausgewiesen, die als Gegengewichte zu den Agglomerationsräumen dienen sollten. Diese wiederum wurden als Ordnungsräume klassifiziert. Ergänzt wurde dieses Konzept durch ein nationales Städtensystem ("Sistema Urbano Nacional"), das zur Entwicklung einer ausgeglichenen Siedlungsstruktur beitragen sollte (vgl. Abb. 1 und HUGO 1982, 153 ff.).

In den Vorrangregionen wurde jeweils eine sogenannte "Comisión de Conurbación" (3) geschaffen, die sich aus Vertretern der betroffenen Gemeinden, den Gouverneuren der jeweiligen Bundesstaaten und den Minister für Siedlungswesen und öffentliche Arbeiten (4) als Vertreter der Zentralregierung und gleichzeitigem Vorsitzenden der Kommission zusammensetzt und die für die Erarbeitung von Entwicklungskonzepten und für die Umsetzung der Strategie auf regionaler/kommunaler Ebene zuständig ist. Die Beschlüsse der Kommission werden durch ein in der jeweiligen Region neu errichtetes Planungsamt neu vorbereitet (MÜLLER 1983, 152 ff.).

NATIONALER INDUSTRIENTWICKLUNGSPLAN

Orientiert sich der Nationalplan zur Städtischen Entwicklung in erster Linie an ausgleichsorientierten Zielen, so vereinigt der Nationale Industrieentwicklungsplan ausgleichsorientierte mit wachstumsorientierten Zielvorstellungen, wobei das Schwergewicht auf letzteren liegt. Mit dem Plan sollte sichergestellt werden, daß neue Investitionen einen Beitrag leisten zur

- Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung
- Stärkung der nationalen Investitionsgüterproduktion,
- Harmonisierung der Industriestruktur
- Verbesserung der Zahlungsbilanz durch Erhöhung der Exportkapazitäten),
- räumliche Dezentralisierung der Industrie,
- Senkung der Arbeitslosenquote,
- Erhöhung der wirtschaftlichen Wachstumsraten (SPFI 1980).

Im Nationalen Industrieentwicklungsplan wurden Schwerpunktreionen und -sektoren festgelegt. In vier Städten der höchsten Förderpriorität sollte der Hafenausbau Vorrang haben; daneben wurden 99 Städte und Gemeinden im Binnenland, an den Küsten und entlang der Staatsgrenzen als Fördergebiete für

eine industrielle Entwicklung in städtischen Regionen ausgewiesen (vgl. Abb.2). Weitere 1975 Gemeinden sollten durch Programme der Bundesstaaten gefördert werden. Die Hauptstadtregion wurde in zwei Gebiete unterteilt: In der Zone mit kontrolliertem Wachstum wurden keine Investitionsanreize gewährt, in der Konsolidierungszone sollte dagegen die Standortwahl von Unternehmen durch differenzierte Anreize beeinflusst werden. Zur Umsetzung dieser Konzeption bediente man sich der traditionellen Instrumente regionaler Wirtschaftsförderung - nämlich direkter und indirekter Investitionsanreize wie Steuervergünstigungen, Kredite zu Vorzugsbedingungen, differenzierten Energiepreisen (5), Infrastrukturinvestitionen etc. (vgl. GOPA-COTINCO o.J., 39 ff.).

POLITIK MITTLERER ZENTREN ZWISCHEN ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

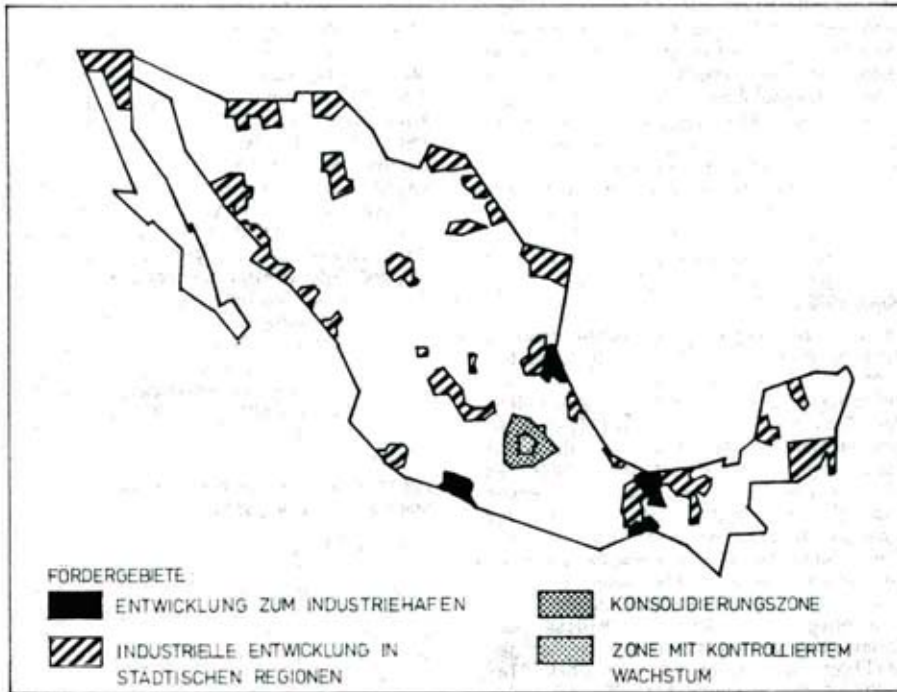
Die Politik mittlerer Zentren in Mexiko verbindet in der Kombination von Elementen der Raumordnung und der regionalen Wirtschaftsförderung sowie von weiteren flankierenden Maßnahmen und Programmen Entwicklungsstrategien,

- die initiiert wirken sollen, mit solchen, die in unabhängige Entwicklungsprozesse regulierend eingreifen. Einerseits sollte die Mittelzentrenstrategie - in Fortführung bzw. Weiterentwicklung des Wachstumspolkonzepts der früheren siebziger Jahre - Impulse zur regionalen Wirtschaftsentwicklung geben, andererseits sollte sie zu einer möglichst frühen Steuerung der Siedlungsentwicklung in dynamischen Regionen ausserhalb der Ballungsräume beitragen, um die Wiederholung vorangegangener Fehlentwicklungen (z.B. in Acapulco) zu verhindern.

- die auf den ländlichen Raum abzielen, mit solchen, die in Ballungszentren ansetzen. Primär handelt es sich um eine Entlastungsstrategie für Ballungszentren (insbesondere der Hauptstadt). Durch die Bündelung landwirtschaftsbezogener Infrastruktur und die Förderung von Agroindustrieprojekten sollte sie aber auch zur Entwicklung peripherer ländlicher Regionen und als städtische Unterstützung der ländlichen Entwicklung dienen.

- die eine punktorientierte Stadtentwicklung in den Mittelpunkt stellen, mit solchen, die eine flächenhafte Regionalentwicklung anstreben. Ein wesentliches Merkmal der Politik mittlerer Zentren bestand darin, Entwicklungsprozesse sowohl inner-





cion Manzanillo-Barra de Navidad" (COCOMABA) sollen die Probleme, die sich daraus ergeben, verdeutlicht werden.

FALLBEISPIEL MANZANILLO

Die COCOMABA wurde 1978 per Präsidentsdekret ins Leben gerufen und ist für die Planung in einer der kleinsten im Nationalplan zur Städtischen Entwicklung angewiesenen Vorrangregionen zuständig (vgl. Abb. 1). Das Planungsgebiet umfaßt sieben Municipien an der mexikanischen Pazifikküste in den Bundesstaaten Jalisco und Colima mit einer Fläche von 6.300 km² und einer Einwohnerzahl von 200.000, wovon sich etwa 30 % im unmittelbaren Verstädterungsraum von Manzanillo konzentrieren (vgl. Abb. 4c).

Der Hafen von Manzanillo, Tourismus und Fischerei an der Küste sowie Landwirtschaft und Eisenerzbergbau (mit Umschlag in Manzanillo) im Hinterland bilden die wichtigsten ökonomischen Grundlagen der Region, die in den siebziger Jahren aufgrund erheblicher staatlicher und privater Investitionen nach einer langen Periode der Stagnation einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebte, der zu einer sprunghaften Steigerung der Einwohnerzahlen im Verstädterungsraum von Manzanillo führte und die üblichen Probleme der Stadt- und Regionalentwicklung mit sich brachte (6) (vgl. MÜLLER 1983).

1981 legte die COCOMABA einen ersten Regionalplan vor, der neben einer umfangreichen Bestandsaufnahme und Analyse aktueller Probleme und zukünftiger Entwicklungstendenzen ein traditionelles raumordnerisches Konzept formuliert, das sich im wesentlichen an Zentrale-Orte-System und Entwicklungsachsen orientiert. Zur Umsetzung dieses Konzeptes werden zahlreiche Programme und Einzelmaßnahmen vorgeschlagen, angefangen von Ortsentwicklungsplänen der Gemeinden in der Region über Umweltschutzmaßnahmen, Wohnungsbau- und Infrastrukturprogramme, politik- und verwaltungswissenschaftliche Untersuchungen zur Bürgerbeteiligung und zum Aufbau kommunaler Planungsämter bis hin zu Wirkungsanalysen öffentlicher und privater Investitionen in der Region (COCOMABA 1981).

Daneben hat die COCOMABA seit 1979 zahlreiche Einzelpläne und Studien erstellt bzw. in Auftrag gegeben und sich an den Planungen anderer öffentlicher Institutionen beteiligt. In diesen Arbeiten werden nicht nur weitere Teiluntersuchungen definiert, sondern auch detaillierte Maßnahmenkataloge präsentiert. So enthält der 1982 vorgelegte Stadtentwicklungsplan von Manzanillo insgesamt 40 Maßnahmenpakete, wobei vor allem dem Wohnungsbau (Sanierung bestehender und Erschließung neuer Wohngebiete, Bodenmarktkontrolle), der Verkehrsentwicklung (Umgehungsstraßen, innerstädtisches Verkehrssystem, Bahnhofneubau, öffentlicher Personennahverkehr), der Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Dienstleistungen und der Freiraumentwicklung hohe Beachtung geschenkt wurden.

Es muß allerdings betont werden, daß alle von der COCOMABA vorgeschlagenen Maßnahmen lediglich den Charakter von Empfehlungen haben. Die Regionalplanungsbehörde kann zwar entsprechende Untersuchungen durchführen und Detailplanungen erarbeiten, der Kommission fehlen aber einerseits die finanziellen Ressourcen zur Umsetzung der vor-

städtisch als auch im Stadtumland zu initiieren bzw. zu steuern.

- die eine Einführung von oben ("development from above") begünstigen, mit solchen, die eine Entwicklung von unten ("development from below") fördern. Einerseits zielte die Politik mittlerer Zentren in Mexiko auf ein nationales Städtesystem ab und mußte insofern zentral eingeleitet und nach überregionalen Gesichtspunkten gesteuert werden. Andererseits wurden Kompetenzen auf die Bundesstaatliche und kommunale Ebene verlagert, und darüber hinaus sollte die Beteiligung breiter Schichten am Entwicklungsprozeß nicht nur im Sinne einer passiven, sondern auch einer aktiven Partizipation (z.B. bei der Erstellung von Gemeindeentwicklungsplänen) ermöglicht werden.

Die Politik mittlerer Zentren in Mexiko ist in vieler Hinsicht ein umfassender und integrierender Planungs- und Strategieansatz. Gerade wegen dieser Spannweite muß sie aber - mehr als andere Entwicklungsstrategien - im Spannungsfeld zwischen dem Anspruch weitreichender Zielvorstellungen und der Wirklichkeit konkreter Vollzugsobjekte gesehen werden.

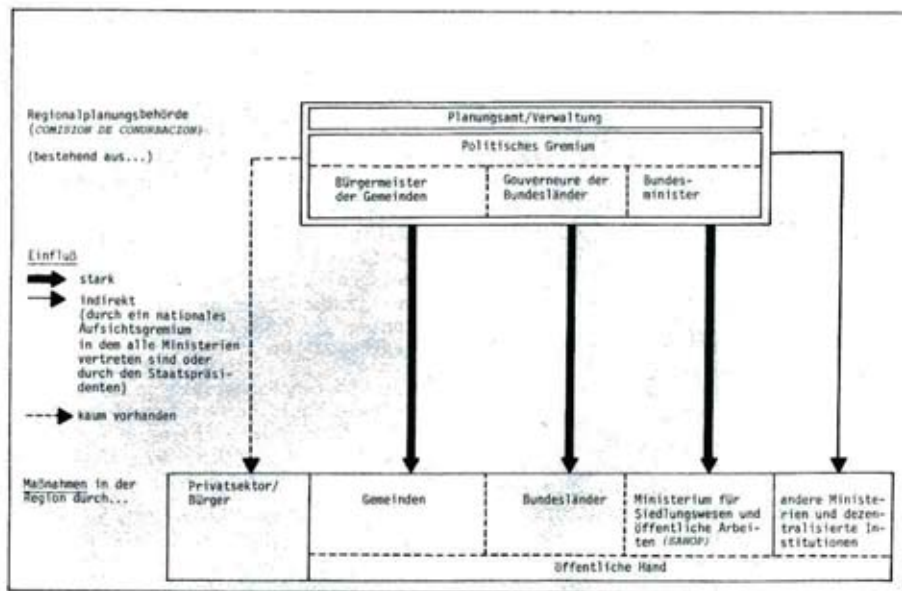
Ein primäres Problem bei der Umsetzung von Dezentralisierungsprogrammen wie der Politik mittlerer Zentren dürfte in den politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen liegen. Dezentralisierung von Entscheidungs- und Handlungsbefugnissen führt zu Machtverlagerungen zwischen den Entscheidungsebenen, indem der Zentralregierung nachgeordneten Ebenen (z.B. Bundesstaaten, Gemeinden) eine größere Planungs- und Entscheidungsautonomie eingeräumt wird. Dies ist aus Sicht der Zentralregierung aber mit der Gefahr verbunden, daß eine direkte zentrale Kontrolle der regionalisierten Planungs- und Entscheidungsinstanzen geschwächt wird oder weitgehend verlorengeht. Daher erschöpfen sich Dezentralisierungsstrategien nicht selten in Leerformeln, mit denen bestehende Abhängigkeitsstrukturen nicht wesentlich verändert werden.

Darüberhinaus sind eine Reihe weiterer Umsetzungsprobleme zu erwarten: Abgesehen vom hohen Finanzbedarf - der an dieser Stelle nicht erörtert werden soll - ist der Bedarf an projektinterner Steuerung sehr groß, da die relativ hohe Konfliktintensität eines solchen Ansatzes leicht dazu führen kann, daß sich die Programme gegenseitig blockieren, oder in inhaltlosen Formelkompromissen erschöpfen. Zudem erfordert ein erhöhter Koordinationsbedarf die Kooperationsbereitschaft zwischen den Sektorressorts und zwischen den verschiedenen Planungs- und Entscheidungsebenen. Außerdem werden hohe Anforderungen an die administrative Kapazität nicht nur auf der höchsten sondern insbesondere auch auf der untersten Ebene gestellt.

Für die Durchschlagskraft der Politik mittlerer Zentren vor Ort ist das Steuerungs- und Koordinationspotential der "Comisiones de Conurbación" in den Vorrangregionen von entscheidender Bedeutung, da diese im wesentlichen die Regionalentwicklung steuern sollen. Im einzelnen gehört zu den Aufgaben einer "Comisión de Conurbación":

- ein regionales Raumordnungsprogramm zu erarbeiten, das dem Staatspräsidenten zur Genehmigung vorzulegen ist,
- die Nutzung der natürlichen Ressourcen im Sinne des Gemeinwohls zu fördern,
- ein Inventar aller regional verfügbaren Ressourcen zu erstellen,
- kurz-, mittel-, und langfristige Programme zur städtischen und ländlichen Entwicklung vorzuschlagen,
- die Koordination von Maßnahmen der öffentlichen Hand in horizontaler und vertikaler Richtung zu fördern,
- die Mitwirkung der Einwohner sowohl bei der Planung als auch bei der Durchführung zu fördern (COCOMABA 1981).

Dieser Aufgabenkatalog ist in seinen Zielsetzungen zwar relativ umfassend, allerdings auch durch viele "weiche" Formulierungen gekennzeichnet. Die Instrumente zur Erfüllung der Aufgaben werden an keiner Stelle spezifiziert. Am Beispiel der "Comisión de Conurbación"



geschlagenen Maßnahmen, und andererseits liegt die konkrete Durchführung z.T. außerhalb ihres Kompetenzbereichs (vgl. Abb. 3). So können Beschlüsse einer "Comisión de Conurbación" bei Bundesministerien (außer dem Ministerium für Siedlungswesen und öffentliche Arbeiten) und dezentralisierten, staatlichen Institutionen nur indirekt über die "Comisión Nacional del Desarrollo Urbano" oder den Staatspräsidenten selbst durchgesetzt werden. Dies entspricht aber einer freiwilligen Selbstbindung der Institutionen auf Bundesebene, wie insgesamt eine Koordination bei der Durchführung von Entwicklungsmaßnahmen auf allen Ebenen auf diesem Prinzip beruht. Der Privatsektor wird durch die Beschlüsse ohnehin kaum erreicht.

Auch einem direkten persuasiven Einfluß, der eventuell die Durchsetzungsfähigkeit der Regionalplanung erhöhen könnte, sind enge Grenzen gesetzt. Dies gilt insbesondere für die Koordination von Maßnahmen, die in der Trägerschaft des Bundes und der Bundesstaaten liegen, da die Ansprechpartner der Planungskommissionen auf lokaler und regionaler Ebene in der Regel zentralstaatliche Ausführungsorgane mit nur geringen Handlungsspielräumen sind.

Ist das Fortbestehen hierarchischer Strukturen und sektoraler Verantwortlichkeit bei der Durchführung von Entwicklungsmaßnahmen schon ein Indiz dafür, daß es sich bei der Politik mittlerer Zentren lediglich um ein begrenztes Dezentralisierungsprogramm handelt, so wird dieses bestätigt durch die Stimmverhältnisse innerhalb der Kommissionen.

Bei Abstimmungen verfügen die Gemeindevertreter zusammen lediglich über 25 % der Stimmen und können somit keinen der übrigen Beteiligten majorisieren. Die räumliche Dezentralisierung ist somit in erster Linie im Sinne einer stärkeren Partizipation der Bundesstaaten und weniger der Gemeinden zu verstehen. Im übrigen ist auch die Beteiligung der Betroffenen bisher nicht über wohlmeinende aber relativ ineffektive Ansätze hinausgekommen. 1982 erstellte die Cocomaba Broschüren und Informationsblätter, in denen sie die Bevölkerung über die Grundzüge ihrer Arbeit oder über aktuelle lokale und allgemeine Entwick-

lungsprobleme (z.B. Umweltverschmutzung) informierte. Don Liborio und Chema rufen zwar am Ende einer solchen Broschüre dazu auf, sich an der Planung zu beteiligen, solche Aufrufe gehen aber über die Angabe von Adresse und Telefonnummer des Planungsamtes oder an anderer Stelle über Appelle zur persönlichen Verhaltensänderung (z.B. Umweltbewußtsein) nicht hinaus. Insofern ist der Planungsansatz insgesamt noch relativ weit von der Verwirklichung eines "bottom-up"-Konzepts entfernt.

PERSPEKTIVEN

Ist der bisherige Erfolg der Planungsarbeit in Manzanillo und in anderen Vorrangregionen schon eher bescheiden gewesen, so sollte man sich angesichts der in der Konzeption enthaltenen Probleme auch künftig davor hüten, die Regionalplanung in Mexiko mit zu hohen Erwartungen zu betrachten. Ist deshalb aber die Politik mittlerer Zentren in Mexiko generell in Frage zu stellen oder als Makulatur abzutun?

Eine solche Konsequenz wäre übereilt, denn es ist zu bedenken, daß die Politik mittlerer Zentren den Anfangspunkt der Institutionalisierung räumlicher Planung in Mexiko markiert - entwickelt in einer Phase der Planungseuphorie. Ein Blick auf andere Länder - u.a. auch auf die BRD - lehrt, daß in einer solchen Phase die Wirkungen räumlicher Planungskonzepte nicht selten überschätzt werden. Zudem könnten von der Konzeption verschiedene positive Wirkungen ausgehen, so z.B. im Hinblick auf die am Einzelobjekt umfassend zu realisierende Zusammenarbeit der Institutionen sowohl in horizontaler als auch in vertikaler Richtung oder im Hinblick auf das Recht, Projektvorschläge auf der lokalen/regionalen Ebene zu erstellen. Es wäre zu hoffen, daß sich ähnlich wie WADEHN (1980) dies am Beispiel Brasiliens darstellt - dabei auf der Bundesebene die Erkenntnis einstellt, daß Munizipien nicht grundsätzlich planungs- und durchführungsfähig sind.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Politik mittlerer Zentren besteht darin, daß damit ein Instrument geschaffen wurde, auf lokaler und regionaler Ebene systematisch Problemfelder zu ermitteln und vor allem gegenüber dem Bund und den Bundesstaaten in Form von Forderungskatalogen - eventuell mit

Unterstützung durch eine breite Öffentlichkeit - zu artikulieren. Dies wird dazu beitragen, das Bewußtsein für die vollständige Ausschöpfung von bestehenden oder die Suche nach neuen Konfliktverarbeitungsmechanismen zu schärfen. Sollte die Politik mittlerer Zentren in Mexiko - wie Kritiker meinen - bisher weniger ein Konzept zur Lösung von Problemen als vielmehr eine Strategie zur Aufschiebung von Konflikten gewesen sein, so wird es angesichts der wirtschaftlichen Situation Mexikos in der gegenwärtigen Ernüchterungsphase umso dringender sein, die Politik mittlerer Zentren zu einer wirksamen Entwicklungsstrategie weiterzuentwickeln, die sich an der Kompatibilität von Zielen und Instrumenten zur Umsetzung orientiert.

ANMERKUNGEN

(1) Es ist zu beachten, daß dieser Begriff in den offiziellen Verlautbarungen nicht verwendet wird, die Konzeption jedoch de facto eine Strategie mittlerer Zentren verfolgt.

(2) Der Begriff "Städtische Entwicklung" umfaßt sowohl die Siedlungsstrukturentwicklung als auch ihr Komplement im innerstädtischen Bereich. Der ursprünglich geplante treffendere Name "Plan Nacional de Desarrollo Regional y Urbano" wurde auf Drängen des Wirtschaftsministeriums aufgegeben.

(3) Nach dem Raumordnungsgesetz (Ley General de Asentamientos Humanos) von 1976 ist unter einer "Conurbación" ein Gebiet zu verstehen, in dem zwei oder mehrere Städte aufeinander zuwachsen und eine Einheit in geographischer Hinsicht bilden. Der Staatspräsident kann eine solche Region zur "Zona Conurbada" erklären, wenn sich diese Entwicklung über die Grenze von Bundesstaaten hinaus erstreckt.

(4) Nach dem Präsidentenwechsel von 1982 wurde das Ministerium für Siedlungswesen und Öffentliche Arbeiten (SAHOP) aufgelöst. Die Leitung der Comisiones de Conurbación wurde dem neugeschaffenen Ministerium für Stadtentwicklung und Umweltschutz (SEDOU) übertragen.

(5) In Mexiko wird der Energiesektor staatlich gelenkt.

(6) Da der gegenwärtig amtierende Staatspräsident Miguel de la Madrid aus dem Bundesstaat Colima stammt, wird in Mexiko allgemein erwartet, daß die staatlichen Investitionen und Investitionsanreize in Manzanillo in den kommenden Jahren erheblich zunehmen werden.

LITERATUR

- COCOMABA (1979): Plan de ordenación de la zona conurbada de Manzanillo Barra de Navidad. Manzanillo.
- FÜRST, D.; HESSE, J.J. (1981): Landesplanung. Düsseldorf.
- GOPA-COTINCO (o.J.): Investitionsführer Mexiko. Bad Homburg, Hamburg.
- HEIDEMANN, C.; RIES, H.O. (1979): Raumordnung, Regional- und Stadtentwicklung - ein methodisches Konzept. Eschborn.
- HUGO, K. (1982): Regionalentwicklung und Raumordnungspolitik in Mexiko. In: Raumforschung und Raumordnung, 4, S. 167-174.
- MILDNER, S. (1981): Arbeitsschwerpunkte der technischen Zusammenarbeit im Bereich der Stadt- und Regionalentwicklung. In: Raumforschung und Raumordnung, 4, S. 167-174.
- MÜLLER, B. (1983): Fremdenverkehr und Entwicklungspolitik zwischen Wachstum und Ausgleich: Folgen für die Stadt- und Regionalentwicklung in peripheren Räumen. Mainzer Geographische Studien, Heft 25.

OESTERICH, J. (1981): Was ist und wem dient Regionalplanung in der Dritten Welt? Gedanken zur Realität und zum Potential einer Disziplin. In: Raumforschung Raumordnung, 4, S. 175-182.

SAHOP (1978): Plan de desarrollo urbano para la zona metropolitana de la ciudad de Manzanillo, Col. México D.F.

SPFI (SECRETARIA DE PATRIMONIO Y FOMENTO INDUSTRIAL) (1980): Invest in Mexico 1980, Mexiko D.F.

WADEHN, M. (1980): Stadt- und Regionalentwicklung in Brasilien. Die Politik der mittleren Zentren. In: Raumforschung und Raumordnung, 1-2, S. 32-41.

BERND JENSSEN ARGUMENTE VON 'OBEN' FÜR 'UNTEN'

Das Wachstumspolkonzept als die regional wissenschaftliche Variante der allgemeinen Wachstumstheorie ist gescheitert, obwohl es als Bestandteil räumlicher Strategien unter bestimmten Bedingungen durchaus Brauchbares leisten kann. Droht den regionalplanerischen Ansätzen neuerer Art ('agropolitan development' autozentrierte Regionalentwicklung, grundbedürfnis-, zielgruppen- und armutsorientierte Regionalplanung) ein ähnliches Schicksal, weil

- Wünschenswertes mit Möglichem verwechselt wird,
- die Annahmen an gesellschaftlichen Realitäten vorbeigehen,
- per Konzeption regionale Widerstände und Interessen nicht überwunden werden und
- aus Gründen ideologischer Reinheit auf Argumente von 'oben' für 'unten' verzichtet wird,

so daß sie kaum über die akademische Diskussion hinausreichen und ihr Beitrag zur Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse gering bleibt?

Mit 'oben' meine ich die Metropolen, mit 'unten' die Regionen. Innerhalb der Argumente von 'oben' befasse ich mich mit den räumlichen Schäden der Metropolen, die in sofern regionale Entwicklungen unterstützen würden, wenn der Standort Metropole an Attraktivität verliert und Investoren auf dezentrale Standorte ausweichen. Deglomerationseffekte wären neben Ausbreitungseffekten ein Faktor von 'oben', die zusammen mit den regionalen Ressourcen von 'unten' regionale Entwicklung auslösen und tragen.

Räumliche Schäden sollen hier als Belastungen verstanden werden, die Dritten oder der Allgemeinheit in den Metropolen aus der privatwirtschaftlichen Tätigkeit erwachsen und nicht in die Wirtschaftsrechnung ihrer Verursacher eingehen. Sie binden und vernichten knappe gesellschaftliche Ressourcen und werden damit zu einem Faktor

von Unterentwicklung. Werden dagegen Kapital-, Waren- und Bewohnerströme von der Metropole auf regionale Standorte umgelenkt, treten Entlastungseffekte auf, die ein weiteres Anwachsen der räumlichen Schäden verhindern/vermindern und Investitionen freisetzen. Gleichzeitig werden regionale Ressourcen der gesellschaftlichen Nutzung zugeführt und Vorteile der Metropolen erhalten.

Die Rolle und Funktion der Metropole im nationalen Entwicklungsprozeß ist aber so strittig wie ihre polarisierte Struktur.

In Anlehnung an die Agglomerationstheorie und polarisations- und innovationstheoretische Vorstellung vertreten die Befürworter der Großstädte die Auffassung von den Metropolen als Zentren der Innovation und ökonomischer Effizienz. Ihre Argumentation stützt sich auf Agglomerationsvorteile, auf positive externe und interne Ersparnisse, die aus der Konzentration von Betrieben, entsprechenden Bezugs- und Absatzmärkten, dem qualifizierten Arbeitskräfteangebot, dem dichten Handwerks- und Reparaturbetriebsbesatz, den Verkehrsverbindungen, der Informationsdichte, der Nähe zu den Zentren, der politischen Macht, zum Banken-, Versicherungssystem und zu den internationalen Computerzentren erwachsen. Aufgrund des Investitions- und Innovationsklimas entscheiden sich immer mehr Investoren für den Standort Metropole, sodaß sich der Konzentrationvorgang verstärkt, bis ein Höhepunkt erreicht ist und Nachteile die Vorteile ausgleichen.

Demgegenüber wird argumentiert, daß die Tendenz zur industriellen Stadtentwicklung unter dem Gesichtspunkt voraussichtlicher privater Kosten und Erträge einer vollkommenen Vernachlässigung der tatsächlichen sozialen Kosten gleichkommt, und daß im Fall einer Anlastung, viele der externen Vorteile in den Metropolen durch die Nachteile aufgewogen werden (Kapp, 1979).

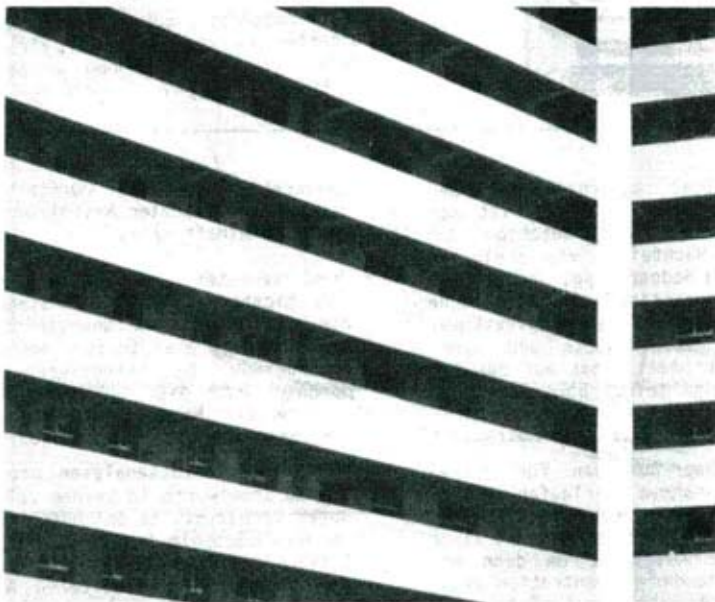
Die Argumentation stützt sich auf explodierende Bodenpreise, Verkehrschaos, zusammenbrechende Versorgungs- und Entsorgungssysteme, hohe Lebenshaltungskosten. Die hohe Umweltbelastung, Gesundheitsschäden, weite Wege, die Zerstörung von Realkapital durch Verdrängungsprozesse, technologische und strukturelle Entwicklungsbarrieren, wachsende Elendsviertel, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind weitere typische Attribute der Metropole. Um zu überleben, wächst die Zahl der Kriminalisierten und der Zwang zur Prostitution. Die ineffiziente Problemverarbeitung zentraler Entscheidungsinstanzen, Bürokratie und unkontrollierte Entwicklungen sind ebenso wie der Verlust kulturspezifischer Werte, Anonymität und soziale Desintegration typische Charakteristika des sogenannten modernen Großstadtlebens in den Metropolen.

Angesichts der wachsenden Sozialkosten ergeben sich gegenüber den Behauptungen der Großstadtvertreter erhebliche Vorbehalte, ob die Metropolen tatsächlich zur sozialen und wirtschaftlichen Integration der Volkswirtschaften beitragen und als wichtige Impulsgeber die nationale Entwicklung vorantreiben.

Aber nicht nur aus der Perspektive Sozialer Kosten ergeben sich Zweifel an der ökonomischen Effizienz der Metropolen.

- Die Behauptung, Ausbreitungseffekte würden irgendwann einmal in der Zukunft Kontereffekte übersteigen, ist empirisch leer.
- Bei der erwarteten räumlichen Ausbreitung der Innovationen von der Metropole kommt es zu Störungen, weil die Siedlungsstruktur eine 'primacy' Verteilung aufweist (Haggenrand, 1966).
- Die von den Nachteilen in den Metropolen ausgelösten Sickerseffekte dürften kaum wie Hirschmann erwartet, die Regionen erreichen, sondern sub-urbane Prozesse stützen.
- Die These vom 'polarization reversal', die RICHARDSON aktualisierte und die Diskussion um die Verdichtungsräume in Europa um die Jahrhundertwende bestimmte, geht solange an der Realität vorbei, solange Nachteile nicht internalisiert werden und der Staat nicht interveniert.
- In den Metropolen halten soziale Gruppen die Macht in den Händen und verhindern die Integration des gesamten Zentrum-Peripherie-Systems, in dem sie die Macht an andere urbane Zentren nicht weitergeben (Friedmann 1972).
- Als Vermarktungs- und Weiterverarbeitungszentren peripherer Produkte fließen periphere Gewinne in die Metropolen, ohne die der Ausbau der Standortvorteile nicht denkbar gewesen wäre. Beispielsweise werden die Industrielöhne und Lebenshaltungskosten der Industriearbeiterschaft durch niedrige staatliche Ankaufpreise landwirtschaftlicher Produkte zu Lasten der Landbevölkerung subventioniert und so der internationale Wettbewerbsvorteil des Billiglohnländers erzielt. Durch den Export peripherer Rohstoffe und Halbprodukte über die Metropole werden gleichzeitig siedlungsstrukturelle Impulse der Peripherie exportiert.
- Durch den ungleichen Tausch zwischen Metropole und Peripherie findet ein Belastungstransfer statt, der zirkulär regionale Unterentwicklung und Nachteile in der Peripherie verursacht, die der Metropole anzulasten wären. Andererseits erhält die Metropole im internationalen System des ungleichen Austauschs weniger als sie gibt, sodaß externe Faktoren wachsende Nachteile verursachen.

Die Frage nach Argumenten von 'oben' für 'unten' stößt auf erhebliche methodische und theoretische Probleme. Schließlich sind Glanz und Elend der Metropolen die zwei sich bedingenden Seiten ein und derselben Medaille und liegen nicht nur in den Metropolen der Entwicklungsländer eng beieinander. Um befriedigende Antworten auf drängende Fragen zu geben wäre es notwendig, Vor- und Nachteile untereinander aufzurechnen. Noch besser wäre es, wenn Nach- und Vorteile innerhalb und zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen aufgerechnet werden könnten. Aber weder das eine noch das andere ist gegenwärtig machbar.



- Vier Millionen Bombayer leben in Slums. Jeden Tag verpestet 255 Tonnen Schwefeldioxyd die Luft. Jeden Tag sterben 40 Menschen bei Verkehrsunfällen. Keiner weiß, ob es noch 300.000 oder eine Million sind, die von den 9 Millionen Einwohnern auf der Straße übernachten müssen.

- Mexiko: Die meisten der 14,5 Millionen Menschen müssen mehr als das Doppelte der amtlich als gefährlich eingestuftes Giftkonzentration einatmen. Würde man westliche Normen anlegen, müßte ständig Smogalarm herrschen. Lungenemphyse, Kreislauf- und Magenkrankheiten, Hautallergien und beginnende Taubheit sind die Folgen der Umweltbelastung. (Friedrich Kanebeer: Mexiko Stadt. Absacken ins Chaos. In: Süddeutsche Zeitung, 23.3.1981). Die Gesundheitsbehörden beziffern die durch Luftverschmutzung verursachten Todesfälle auf jährlich 70.000. Millionen von Menschen sind auf überfüllte Busse und U-Bahnen angewiesen und brauchen mehr als vier bis sechs Stunden täglich für ihren Weg zum Arbeitsplatz. Es ist absehbar, wann sich die mittlere Verkehrsgeschwindigkeit eines PKW der eines Fußgängers annähert.

aber?

- "Entweder wir regieren gut, oder die Regierten werden uns lynchen". (Bürgermeister von Mexiko)

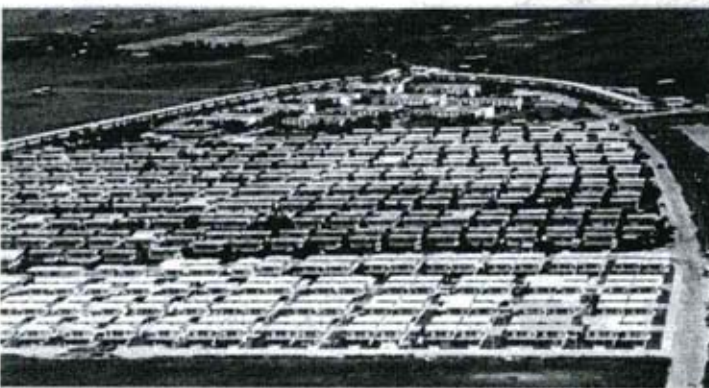
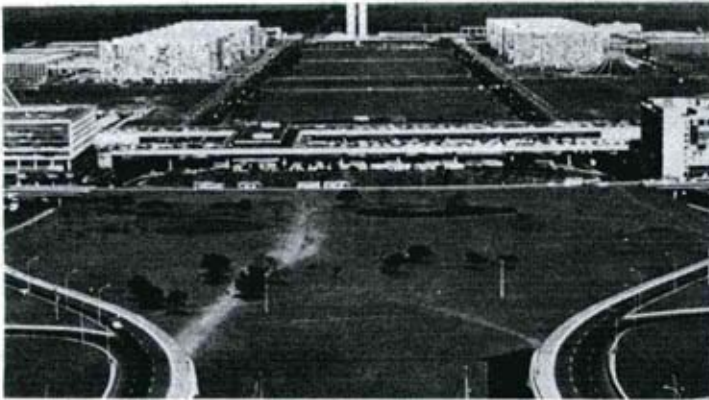
- "(...) in terms of economic efficiency, even the largest metropolitan area in the world is likely to be less than the "optimal" size (...)"

- "Large cities are more productive and that the largest cities are likely to be particularly more productive relativ to others in a less developed country". There is a positive correlation between the growth of large cities and economic development in developing countries".

- "However, higher expenditures in large cities are attributable more to the greater willingness of large city residents to pay for public services than to diseconomies of large scale" (Mera, 1978)

aber?

- Rio de Janeiro: Mit 2.826 Morden hat die Achtmillionenstadt letztes Jahr selbst New York (1.757) an Gewalttätigkeit übertrifft, während die in Sachen Banküberfällen den ersten Rang Sao Paolo überlassen mußte. Keiner, der sein Haus verläßt, kann sicher sein, unversehrt zurückzukehren. Eine Umfrage des GALLUP-Instituts ergab, daß 38 % der Bevölkerung mindestens einmal überfallen wurde. Polizisten betrachten Spielhöllen, Hahnenkämpfe, die Ausbeutung von Motels und Prostituierten, wie auch den illegalen Verkauf von allerlei Ausweisen und Rauschgifthandel als reguläre Einkünfte und bekämpfen mit allen Mitteln das Banditentum, um sich an ihre Stelle zu setzen.



aber?

- Vom Standpunkt der ökonomischen Effizienz haben die großen Städte ihre maximale Größe noch nicht erreicht (Alonso, 1979).
- Bei Überschreiten eines bestimmten Schwellenwertes soll die Arbeitslosigkeit den Zuwanderungsstrom in die Metropole einschränken (Friedmann, 1966).

aber?

- Hong Kong: Die durchschnittliche Netto-Wohnfläche je Hütte in den Squattergebieten liegt bei 6,9 qm, die durchschnittliche Belegungsdichte war 1,6 und die niedrigste 0,6 qm/Person, wobei 9 Personen in einer kleinen dunklen Hütte von 5,2 qm mit einem Raumvolumen von 12,7 m³ lebten.

aber?

- "Policies designed to improve the internal efficiency of the largest cities must therefore be vigorously pursued (...)" (Renaud, 1981).
- "Falls die Kosten, in der Metropole zu leben im Verhältnis zu den Kosten, auf dem Land größer sind, werden die Menschen nicht kommen" (Cohen, 1976).

aber?

- In Hong Kong müssen neue Wohngebiete praktisch aus den Hügeln "herausgehackt" oder dem Meer durch Aufschüttungen und Trockenlegungen abgewonnen werden. Neue Trinkwasserreservoirs werden in die Berge gesprengt. 4,5 Millionen der Einwohner in Bombay leben bereits auf Flächen, die aus dem Meer gewonnen wurden. Auch in Manila kann das Stadtzentrum nur erweitert werden, wenn entsprechende Flächen aus dem Meer gewonnen werden. In Seoul werden immer mehr Steilhänge besiedelt und natürliche Barrieren überwunden. Um Flächen zu sparen, werden teilweise Wohnanlagen und Straßen über bestehenden errichtet und Einkaufszentren unter die Erde verlegt. In Bangkok sinkt der Baugrund ständig, so daß die Einsturzgefahr wächst. Wegen der Trinkwasserknappheit muß Teheran über Hunderte von Kilometern mit Trinkwasser aus den Regionen versorgt werden.

Trotz dieser pessimistischen Einschätzung gibt es eine Reihe von Einzelargumenten, die gegen die Metropolen und für die Regionen sprechen.

- Nach Dillinger würde eine 1 % ige Abnahme im 'primacy index' (Einwohnerzahl der größten Stadt zur gesamtstädtischen Bevölkerung) das 'gross national product' um 3 % Punkte erhöhen. Allerdings streuen die Ergebnisse so stark, daß verallgemeinerungsfähige Aussagen problematisch sind und immer von Einzelfällen ausgegangen werden muß.

Als Leistungsmaßstab ist der Indikator nicht umstritten, da nur monetär bewertbare Sachverhalte berücksichtigt werden und immaterielle Größen, (zu denen natürlich auch Nutzenfak-

toren zählen) außerhalb der Betrachtung bleiben. Ferner ist bei der Interpretation zu beachten, daß wachsende Nachteile, wie steigende Faktor- und Bodenpreise, überproportionale Investitionen für technische Versorgungs- und Entsorgungssysteme, zunehmende Verkehrstote und -verletzte sich unmittelbar auf das GNP auswirken und selbst hohe GNP Werte kein eindeutiger Beleg für die Effizienz der Metropolen sein müssen.

- Die pro-Kopf-Ausgaben für Infrastrukturmaßnahmen verlaufen U-förmig. (Kwon, 1980, Hagenbrock, et.al. 1979). Mit zunehmender Konzentration fallen die Ausgaben, um dann mit fortschreitender Konzentration anzusteigen. Ob hohe pro-Kopf-Ausgaben in den Metropolen auf eine hohe Fi-

nanzkraft hinweisen, dürfte wegen der hohen nationalen Mittelzuweisungen zweifelhaft sein.

- Pohl vermutet, daß die Kommunikationsdichte dezentraler Standorte die der Metropolen übersteigt und Mittelzentren eher in der Lage sind, Zuwandernde zu integrieren, was durchaus auch die niedrigere Geburtenrate der Mittelstädte gegenüber der Metropole erklären könnte.
- Nach Marginalitätsanalysen von Kwon stehen Inputwerte in keinem vertretbaren Verhältnis zu den Outputwerten in der Metropole Seoul, so daß sich Entwicklungsmaßnahmen in den Regionen gegenüber dem weiteren Ausbau der Metropole durchaus als vorteilhafter erweisen können.

- Vergleichende Kostenanalysen am Beispiel Südkorea illustrieren den sehr engen Zusammenhang zwischen Faktorpreisen und Standortwahl innerhalb des Siedlungssystems. So betragen die Kostendifferenzen für ein und dasselbe städtebauliche Entwicklungsprojekt an unterschiedlichen Standorten (Metropole, Ober-, Mittel-, Kleinzentrum) bis 45 %. Bei gleichem Budget können also in den Regionen gegenüber der Metropole nahezu doppelt soviel Wohnungen geschaffen werden. Die Krise in der Wohnungsversorgung ist also nicht nur ein strukturbedingtes Problem, sondern auch eine Frage der räumlichen Organisation. Wenn es gelingt, Wanderungs- und Kapitalströme auf dezentrale Standorte umzulenken, könnten bei einer anderen räumlichen

Entwicklungspolitik innerhalb von fünf Jahren Mittel eingespart werden um zusätzlich 200.000 Wohnungen zu bauen. (Jenssen, 1983)

- Das Belastungsniveau innerhalb der Siedlungshierarchie weist eine eindeutige zentral-periphere Abnahme auf, wie die Analyse regionaler Indikatoren wiederum am Beispiel der Metropole Seoul zeigt (vgl. Abb.). Haushalte in der Metropole sind also höheren Belastungen ausgesetzt als Haushalte in den regionalen Standorten. Die Chancen höhere Belastungen durch höhere Einkommen auszugleichen, dürfte die Ausnahme, aber nicht die Regel sein (Jenssen, 1983). Zusammengenommen gibt es also durchaus eine Reihe von Gründen, an der ökonomischen Effizienz zu zweifeln und für

den verstärkten Ausbau der Regionen zu plädieren. Die Konfrontation von Aussagen und Realität (Kontraste) zeigt, wie eindimensional häufig das Problem unter einem extremen Realitätsverzicht betrachtet wird.

Wenn hier als Folge wachsender Nachteile für dezentrale Entwicklungsprozesse schließlich, sondern zentrale und dezentrale Standorte proportionaler zu fördern. Grundlegendes des Element einer solchen Politik ist die behutsame Wahrung und Pflege vorhandener Standortvorteile der Metropole bei einem gleichzeitigen systematischen Ausbau der Regionen und peripheren Städte (Dezentralisierung durch Urbanisierung) zu einem System von Städten unterschiedlicher Funktion und Bedeutung. In der Metropole ist ein Mindestmaß an "Annehmlichkeit" nicht zu überschreiten. Bestimmte Probleme der Metropolen müßten gegenwärtig in Kauf genommen werden. Ihre Beseitigung wäre erst langfristig möglich.

Im Rahmen einer Dezentralisierung durch Urbanisierung sollen die verdeckten, bislang nur unzureichend genutzten Ressourcen dezentraler Standorte für die gesellschaftliche Entwicklung erschlossen und das Absorptionspotential erhöht werden, so daß der Zuwanderungsdruck reduziert und ein weiteres Ansteigen von Nachteilen in der Metropole vermieden wird. Dezentralisierung durch Urbanisierung

- nutzt den engen Zusammenhang zwischen Urbanisierung und ökonomischer Entwicklung

- verhindert oder mindert doch zumindest ein weiteres Anwachsen sozialer Kosten in den Metropolen und

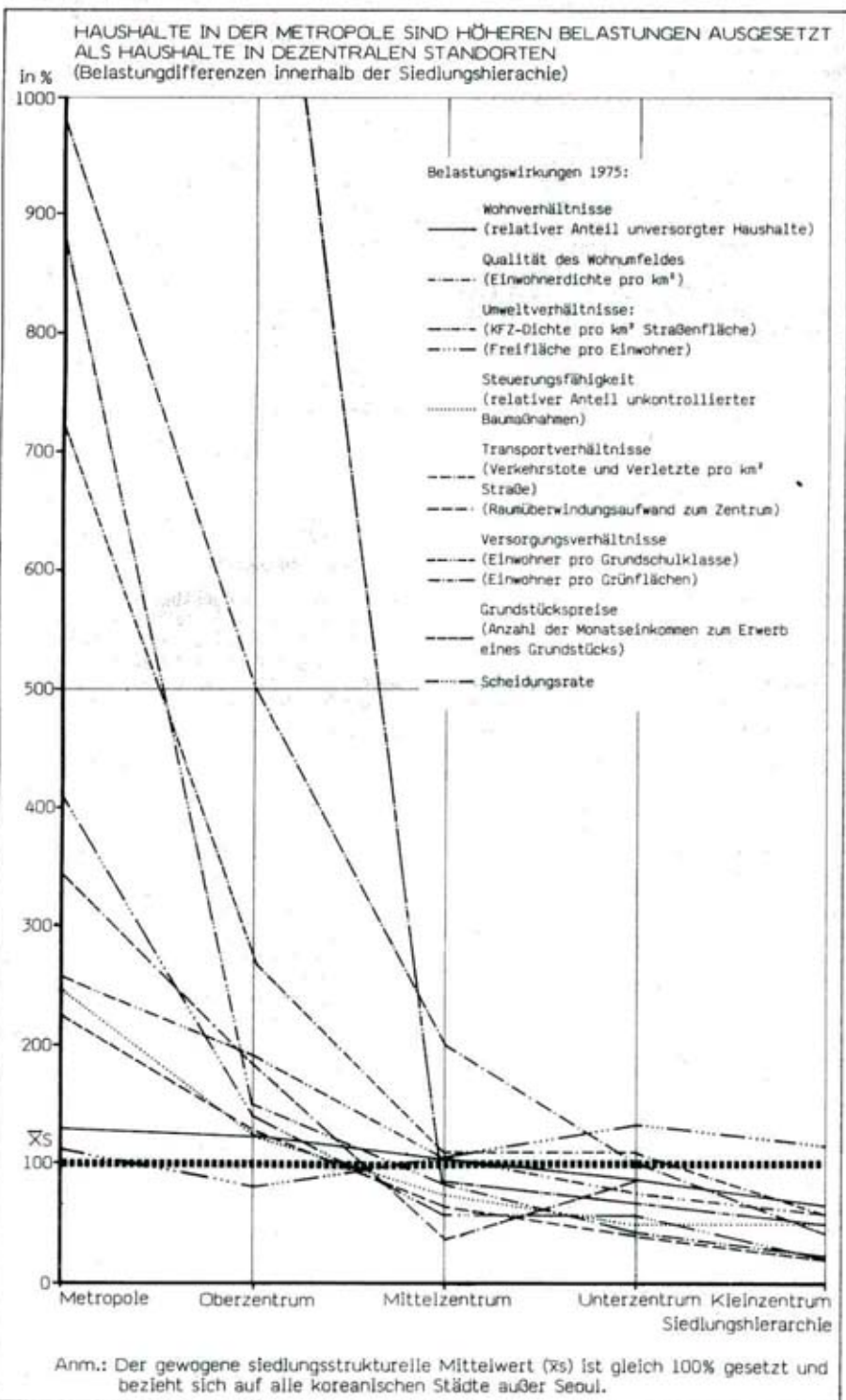
- erschließt bislang verdeckte, nicht oder nur unzureichend genutzte Ressourcen dezentraler Standorte (unternehmensbezogene Standortbedingungen mittlerer Qualität) der gesellschaftlichen Nutzung.

Wachsende Nachteile auf der Haushaltsseite lösen kaum automatisch Deglomerationseffekte aus, die regionale Entwicklungen von 'oben' unterstützen würden. Die Abwanderung von Haushalten in die Metropole erfolgt auf der Grundlage subjektiver Einschätzungen, die mit den objektiven Bedingungen nicht übereinstimmen müssen. Auch ist die Zuwanderung arbeitsplatzorientiert, so daß erst über die Beeinflussung der betrieblichen Standortwahl Wanderungsströme von der Metropole auf andere Standorte umgelenkt werden können.

Auch auf der Unternehmensseite werden nennenswerte Deglomerationseffekte kaum automatisch eintreten solange Nachteile unter die Bedingungen der unvollständigen Konkurrenz durch höhere Preise aufgefangen und wahrscheinlich an die Peripherie, nicht aber aus Gründen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit an den Weltmarkt weitergegeben werden.

Im Fall einer Internalisierung von Nachteilen wären räumliche Effekte zu erwarten, wenn Betriebe ihren Standort dort wählen wo - ceteris paribus - die auf sie zurückgewälzten Bedingungen am geringsten sind. Nennenswerte Deglomerationseffekte sind jedoch kaum zu erwarten, wenn

- die Nachteile dezentraler Standorte die Kosten der Internalisierung übersteigen,



- die Betriebsverlagerung höhere Kosten verursacht, als die Internalisierung,
- unter den Bedingungen unvollständiger Konkurrenz internalisierte Nachteile über höhere Preise weitergegeben werden,
- wegen der Belastung Betriebe auf Standorte außerhalb des Landes ausweichen oder
- sich Betriebe am Rand der Metropole und nicht in den dezentralen urbanen Zentren ansiedeln und so zur flächenmäßigen Ausdehnung der Metropole beitragen (Suburbanisation).

Da die Chance einer Internalisierung von Nachteilen nach dem Verursacherprinzip in den meisten Gesellschaften illusorisch ist, lösen Nachteile möglicherweise gegenteilige Effekte aus, die die regionalen Entwicklungsprojekte bedrohen. Unter dem Zwang sich verschlechternder Arbeits- und Lebensbedingungen und unter dem Druck von Massenunruhen, werden in der Regel staatliche Beschwichtigungsprogramme in den Metropolen zu Lasten der Peripherie verstärkt. Gleichzeitig werden die staatlichen Investitionen erhöht, um auf der Investorenseite die wachsenden Standortnachteile auszugleichen. Beides zusammen bindet staatliche Investitionen, unterläuft regionale Entwicklungen und verstärkt sogar noch den Konzentrationsvorgang. Auf diese Weise erzeugt eine staatliche Investition automatisch die Nachfrage nach weiteren, weil die mit einer Investition erzielten Effekte schnell durch den Zuwanderungs- und Ansiedlungsdruck überkompensiert werden. In diesem Vorgang liegt ein absurder Zwangscharakter.

Einmal werden Nachteile zu Vorteilen. Jede Entwicklungsmaßnahme zur Beseitigung von Nachteilen in den Metropolen wird sicherlich durch Nutzen-Kosten-Analysen zu rechtfertigen sein. Aber ist es sinnvoll Probleme in den Metropolen entstehen zu lassen, die durch eine andere räumliche Entwicklungspolitik garnicht erst entstanden wären. Ignorieren Nutzen-Kosten-Analysen nicht den Systemcharakter der Siedlungsstruktur, in dem sie Varianten innerhalb der Metropole, nicht aber Investitionsalternativen innerhalb der Siedlungsstruktur bewirken?

Zweitens, die politische Dimension. Welcher Politiker kann, darf und will sich dem Zwangscharakter der Nachteile in den Metropolen entziehen und nationale Subventionen und Investitionen der Metropole kürzen, wenn er damit gegen Interessen und Denkstrukturen verstößt und möglicherweise das Gesellschaftssystem auf's Spiel setzt.

Die Frage läßt sich kaum mit dem Mitteln der Planung beantworten, obwohl in dem Vorschlag einer proportionalen Entwicklung durchaus ein konsensfähiger Weg liegt, der sehr schnell als reformtistisch interpretiert wird, aber doch zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bewohner beiträgt und Handlungsspielräume erweitert, so daß Planung zur Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse beiträgt.

Die wenigen Anhaltspunkte sollen eine Vorstellung von räumlichen Schäden der Metropolen als Argumente von 'oben' für 'unten' liefern. Verallgemeinerungsfähige Aussagen sind bestenfalls für die Metropolen der Schwellenländer mit einer hohen Industrialisierungs- und Urbanisierungsrate möglich. Ob das Ziel einer proportionaleren Entwicklung zentraler und regionaler Standorte angenommen und erreicht wird, ist sicherlich nicht nur eine Frage überzeugender Argumente, sondern auch eine Frage des politischen Willens und der Entscheidungsfreiheit.

Alonso, W.: Zur Ökonomie der Stadtgröße. in: Fürst, O. (Hrsg.) Stadtökonomie, Wirtschaftliches Seminar, Band 6 1977, S.59

Cohen, M.A.: Städte in Entwicklungsländern. in Finanzierung und Entwicklung, Nr.1, 13.Jg., 1976, S.14

Dillinger, W.: A National Urban Data File for 114 Countries, World Bank, 1979

Friedmann, J.: Regional Development Policy, A Case Study of Venezuela, 1966, S.36

Hagenbrock, T., Pohl, H., Ries, H.O., Spenger, U., Springer, W.: Aufgaben und Chancen von Regionalentwicklungspolitik in Entwicklungsländern, GTZ, 1979, S.136

Hägerstrand, T.: Aspects of the Spatial Structure of Social Communication and the Diffusion of Information, in: Regional Science Association Papers and Proceedings 1966, S.40 ff.

Hirschmann, A.O.: The Strategy of Economic Development, 1962

Jensen, B.: Ich beziehe mich hier auf ein gemeinsames Forschungsprojekt des Instituts für Raumplanung der Universität Dortmund (IRPUD) und der Graduate School of Environmental Studies der Universität Seoul (GSES), 1983 Veröffentlichung in Vorbereitung

Kapp, K.W.: Soziale Kosten der Marktwirtschaft, Ausgabe 1979 S.190 f

Kwon, M.Y.: Economic Impact of Industrial Relocation. The Case of Seoul. Paper presented at the International conference: The Year 2000. Urban growth and perspectives for Seoul 1980

Mera, K.: On the Urban Agglomeration and Economic Efficiency, in: Bourne, L.S., Surinam, J.W. (ed.): System of Cities, Readings on Structure, Growth and Policy, 1978, S.445, 455, 456, 497

Pohl, H.: Stadtentwicklung für mittlere Zentren in Brasilien, unveröff. Manuskript, Universität Dortmund (IRPUD), 1982

Renaud, B.: National Urbanization Policy in Developing Countries, 1981, S.113

Richardson, H.W.: Polarisation Reversal in Developing Countries, in: Regional Science Association Vol.45, 1980

ERHARD KROPP GESTALTUNG VON PROGRAMMEN ZUR LÄNDLICHEN REGIONALENTWICKLUNG UNTER BERÜCKSICHTIGUNG DER GRUNDBEDÜRFNISSTRATEGIE (1)

1. LÄNDLICHE REGIONALENTWICKLUNG, KONZEPTION UND UMSETZUNGSSTRATEGIE

1.1 DEFINITION UND STRATEGIEANSATZ

Ländliche Regionalentwicklung (LRE) ist eine Entwicklungsstrategie, die die Erschließung, Nutzung und langfristige Sicherung lokaler Ressourcen zur nachhaltigen Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Bevölkerung einer ländlichen Region zum Ziel hat. Diese Strategie versucht sicherzustellen, daß vor allem die ärmeren Bevölkerungsgruppen einer Region in die Lage versetzt werden, ihre Lebensverhältnisse eigenständig zu gestalten. Hierbei wird gleichzeitig eine Mobilisierung des vielfach ungenutzten oder unterbeanspruchten Produktionsfaktors "Arbeit" angestrebt.

Ländliche Regionalentwicklung zielt darauf ab, einen sich selbsttragenden Entwicklungsprozeß einzuleiten. Da Unterentwicklung nicht von einem einzigen Faktor verursacht wird, sind nicht punktuelle Eingriffe in ein System, sondern vernetzte sozio-ökonomische Programme erforderlich, die durch den Aufbau der Planungs- und Implementierungskapazität der Verwaltung abzielen. Dieser Programmtyp wird nicht nur zur Verbesserung intraregionaler Einkommensgefälle, sondern auch zum Abbau interregionaler Entwicklungsgefälle eingesetzt.

1.2 FÖRDERMASSNAHMEN

Verbunden mit projektbegleitender Planung, aus der die zeitliche, räumliche, instrumentelle und funktionale Vernetzung der Aktivitäten hervorgeht, werden in der Regel Aktivitäten in folgenden Bereichen durchgeführt:

Maßnahmen

- zur Steigerung und langfristigen Sicherung der Produktion in der Landwirtschaft (zur Verbesserung der Eigenversorgung als auch zur Erhöhung der vermarktbareren Überschüsse, insbesondere bei Nahrungsmitteln) durch
 - (1) Erprobung und breite Anwendung standortgerechter Landbau- und Betriebssysteme, die für Kleinbauern geeignet sind. Sie können sich erstrecken auf angepaßte Bodenbearbeitung, Agro-Forstwirtschaft, Bewässerungswirtschaft, Trockenfeldbau, Viehhaltung, Futterbau, Baumkulturen usw. in ökologisch sensiblen Gebieten.
 - (2) Förderung wirtschaftlich angepaßter produktionstechnischer Systeme (insbesondere Saat- und Pflanzgutvermehrung, Einsatz verbesserter Betriebsmittel, Pflanzenschutzdienst, Bewässerung, landtechnische Entwicklungsmaßnahmen usw.)

Dr. Erhard Kropp, Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Eschborn



(3) Ausbau von Institutionen zur Forschungsförderung, Beratung und Beraterausbildung sowie zur zeit- und sachgerechten Belieferung mit landwirtschaftlichen Betriebsmitteln, einschließlich Bereitstellung von Zugkraft.

(4) Absatzmarktförderung und Agrarfinanzierung (möglichst unter Einbeziehung mobilisierbarer lokaler Ersparnisse), Förderung der Sachkapitalbildung durch Arbeitskräfteeinsatz sowie der Selbstfinanzierung von Betriebsentwicklungsinvestitionen.

- zur Förderung der Forstwirtschaft, insbesondere Walderhaltung und Aufforstung zur Bekämpfung von Bodenerosion und Desertifikation, bzw. Rehabilitation degradierter Gebiete und zur Energieversorgung der Bevölkerung,
- zur Förderung der Küsten- und Binnenfischerei,
- zur Förderung von Kleingewerbe im Bereich des Landhandwerks und Kleinindustrie bzw. Verarbeitungsindustrie, des Transports, des Handels und anderer Dienstleistungsbereiche einschließlich Förderung aller Maßnahmen, mit denen zusätzliche Beschäftigung und Einkommen für die ärmere Bevölkerung geschaffen werden (Arbeitsbeschaffungsprogramme),
- zur Förderung örtlich produktiver Techniken ("upgrading") im Sinne von Aufwertung und von konstruktiver Weiterentwicklung statt Import europäischer Technologie, von Ausnahmen abgesehen,
- zur Entwicklung alternativer Energieressourcen,
- zur Unterstützung gemeinwirtschaftlicher (z.B. Selbsthilfeorganisationen) und privatwirtschaftlicher Initiativen (z.B. im Kleinunternehmensbereich) durch besondere Förderung aller damit befaßten Institutionen (Banken, NGO's, berufsständische Vertretungen usw.) einschließlich ihrer Programme wie z.B. Entwicklung eines ländlichen Kreditwesens usw.
- zur Förderung von Frauen in der Subsistenzproduktion, im Gartenbau, in der Kleintierzucht, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte oder im Kleinhandwerk, in Wasserversorgung und Hygiene, Kinderpflege, Ernährungslehre (z.T. aus Sondermitteln für Frauenprojekte finanziert).

Horizontale Maßnahmen auf Produzentenebene (Kleinbauern, Handwerker etc.) werden mit vertikalen Förderungsmaßnahmen in vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen so verbunden, daß eine stärkere Vernetzung aller ökonomischen Sektoren in der ländlichen Wirtschaft möglich ist und sich der lokale Güter- und Dienstleistungsaustausch verstärken kann.

Unabdingbar für die Vernetzung landwirtschaftlicher und nichtlandwirtschaftlicher Produktionssysteme ist die Verbesserung der materiellen und sozialen Infrastruktur, wie Förderung

- des lokalen Verkehrs- und Nachrichtenwesens, der Energie- und Wasserwirtschaft,
- von Erziehung und beruflicher Ausbildung,
- ländlicher Gesundheitsdienste incl. Familienplanung, Trinkwasserversorgung sowie von Einfachwohnungsbau,
- entsprechender staatlicher Verwaltungsinstitutionen.

Das entsprechende Angebot an sozialen Infrastruktureinrichtungen (Gründer-

ziehung, Gesundheitsdienste und Familienplanung, Trinkwasserversorgung usw.) soll die Betroffenen besser qualifizieren und die Lebensbedingungen auf dem Lande attraktiver machen. Diese Strategie verfolgt damit die Versorgung von Zielgruppen nicht nur mit dem Mindestbedarf an einkommensgebundenen Gütern wie Nahrung, Unterkunft, Kleidung sondern auch an öffentlichen Dienstleistungen wie Trinkwasser, sanitäre Einrichtungen, Gesundheitsdienste und Familienplanung und an Bildungseinrichtungen.

Die Versorgung der Zielgruppen mit einkommensgebundenen Gütern ist nicht bloß über die Schaffung eines gerechteren Zugangs zu Produktionsmitteln zu erreichen. Idealerweise gehörte zu den Maßnahmen auch eine Änderung der Agrarverfassung, bei der es zu Eingriffen in die Verfügungsgewalt über Boden und über landwirtschaftliche Arbeitskräfte zugunsten der ländlichen Armen kommt (Verbesserung der Verteilung der Pächter sowie Anhebung der landwirtschaftlichen Lohnsätze). Diese liegen weitgehend außerhalb des TZ-Einflußbereichs.

Entscheidend für den Programmsatz "Ländliche Regionalentwicklung" ist:

- Je nach Ausgangslage werden technische, wirtschaftliche infrastrukturelle Elemente bzw. Aktivitäten in verschiedenen Sektoren so zusammengeführt, daß die Gesamtwirkung auf den Entwicklungsprozeß höher ist als die Summe der Einzelwirkungen isolierter Maßnahmen, um Komplementaritätswirkung auszuschnöpfen. In der zeitlichen, räumlichen und funktionalen Vernetzung der Aktivitäten liegt die eigentliche Kunst in der Umsetzung dieser Strategie.
- Die sektoralen Operationsbereiche (landwirtschaftliche Produktionsförderung, Kleingewerbeförderung, Transportwesen etc.) werden mit dem Aufbau bzw. der Verbesserung der Leistungsfähigkeit geeigneter Durchführungsinstitutionen, dem Aufbau bzw. der Qualifizierung regionaler Planungs- und Koordinationseinheiten sowie mit infrastrukturellen Maßnahmen verknüpft.

Jedes LRE-Vorhaben muß deshalb in seiner Art auf die jeweiligen lokalen Bedingungen maßgeschneidert werden.

1.3 DIE ROLLE DER TZ

Bei ländlicher Regionalentwicklung handelt es sich nicht um ein Projekt, sondern um ein Programm, zu dem mehrere Projekte aufgrund inhaltlicher, räumlicher und organisatorischer Gemeinsamkeiten gebündelt und durch ein fest umrissenes Konzept zusammengefaßt werden.

Die Technische Zusammenarbeit (TZ) kann in der Regel ein LRE-Programm nicht selbst durchführen, sondern es allenfalls initiieren, das ganze als Programm planen und es durch Einzelprojekte und -maßnahmen in Engpaßbereichen fördern. Sie kann auch einzelne Programmkomponenten im Rahmen eines vom Gastland vorbereiteten Programms übernehmen.

1.4 BESONDERE TZ-FÖRDERUNGSTRUMENTE

Wichtig ist, innerhalb der im Lande vorhandenen administrativen Strukturen auf regionaler Ebene einen Programmträger zu finden, der über entsprechende Planungserfahrungen verfügt und

der fachliche Erfahrung in einem der dominanten Maßnahmenbereiche hat (regionale Planungsbehörde, landwirtschaftliche Fachbehörde). Die entsandten Berater werden vornehmlich dort eingesetzt. Trägerneugründungen außerhalb bestehender Institutionen bilden eher eine Ausnahme. Dem Träger stehen in der Regel Koordinationsinstitutionen auf regionaler - z.T. auch auf lokaler und nationaler - Ebene zur Seite. Er sollte bereit sein, möglichst viele Aufgaben an Nichtregierungsorganisationen und auf die Zielgruppen zu verlagern.

Mitglieder der Zielgruppe werden gezielt in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen einbezogen und durch Medieneinsatz informiert und motiviert. Dem Projektmanagementsystem (ZOPP, Monitoring und Evaluation) an flexibel handhabbare Finanzierungsfonds (ohne vorgegebenes Mengengerüst) zur Verfügung gestellt.

Hierzu zählen:

Fonds zur Finanzierung

- vertrauensbildender Maßnahmen
- von Studien
- von Ausbildungsmaßnahmen
- von Testmaßnahmen
- Fonds zur Bereitstellung von Finanzmitteln zum Zweck der Endkreditgewährung.

Eine gleichzeitige Qualifizierung zielgruppennah agierender Banken zur flankierenden Finanzierung von Programmkomponenten ist eine wichtige Voraussetzung für die Einleitung nicht nur eines sich selbst tragenden sondern eines sich selbst finanzierenden Entwicklungsprozesses. Hierbei sollte nicht nur die Kreditgewährung sondern insbesondere auch die Sparförderung im Vordergrund stehen. Über solche Bankeninstitutionen kann man im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit Kreditlinien zur flankierenden Finanzierung von Programmkomponenten leiten. Durch Entsendung von Regierungsberatern wird nach Möglichkeit auf nationaler Ebene die politische Akzeptanz der Grundsätze des Konzeptes sichergestellt und werden operationale Umsetzungsstrategien für die Entwicklung des ländlichen Raumes konzipiert.

1.5 PLANUNGS- UND DURCHFÜHRUNGSVERFAHREN

Die der Projektdurchführung vorzuschaltende Rahmenplanung muß auf Basisinformationen aus drei Themenbereichen aufbauen:

- die Ermittlung der Rahmenbedingungen für das Gesamtprogramm
- die Erkundung der Situation innerhalb der Planungsregion und Identifizierung der Grundbedürfnisse
- die Analyse der Zielgruppen (Klassifizierung, Kausalanalyse für Defizitstrukturen, d.h. Identifizierung mangelverursachender Hemmnisse und Strukturen und ihre Beseitigung).

Hieraus werden Problemlösungen abgeleitet und einzelne Projekte ermittelt, die mit den Zielgruppen abzustimmen sind. Die ermittelten einzelnen Maßnahmenbündel bzw. Subprojekte werden dann in der Programmformulierung zu einem komplexen ländlichen Entwicklungsvorhaben zusammengefügt. Entsprechend ist der Finanzbedarf der Durchführung und der nach der Durchführung anfallenden Folgekosten zu ermitteln und sind die potentiellen Finanzierungsquellen zu erfassen (einheimisches Budget, Banken, externe Hilfe).

Dem folgt eine detaillierte Operationsplanung der einzelnen Maßnahmen und Maßnahmenbündel (die das erwartete Ergebnis und die anzuwendenden Verfahren beschreibt und die erforderlichen Personal-, Sach- und Finanzleistungen festlegt sowie die Ausführungsorganisation bestimmt). Dem Prinzip der begleitenden Planung folgend, sollte die Mittelbereitstellung flexibel sein. Eine Mitfinanzierung aus mobilisierten Ersparnissen der Region sollte unbedingt vorgesehen sein.

1.6 PROGRAMMABLAUF

Ein ländliches Entwicklungsprogramm wird in folgende Phasen - bei fließendem Übergang - eingeteilt:

- (1) **Projektidentifizierung**, die prüft, ob und wie unter den gegebenen Rahmenbedingungen die Durchführung eines Programms möglich ist.
- (2) **Projektprüfung**, in der die erforderlichen Planungsgrundlagen und Aktivitäten für die nachfolgende Orientierungsphase erarbeitet werden und in der der Mittelbedarf festgestellt wird. In einem Planungsteam arbeiten Ethnologen und Soziologen, aus dem Lande, die später mit der Planung und Durchführung befaßt sind.
- (3) In Regierungsverhandlungen wird über die Programmdurchführung entschieden.
- (4) **Orientierungsphase**: sie baut auf der Programm- und Operationsplanung auf und dient der Implementierung damit zusammenhängender vertrauensbildender Maßnahmen, Ausbildungsmaßnahmen und Testmaßnahmen. Gleichzeitig werden in dieser Phase die zielgruppenorientierten Maßnahmenbündel im Dialog mit den Zielgruppen ermittelt und die Programmplanung für die Durchführungsphase vorgenommen.
- (5) **Durchführungsphase**: In dieser Phase kommt es zur Durchführung der geplanten Maßnahmenbündel (Projekte); es erfolgt die Planung neuer Projekte und die Anpassung der Planung laufender Projekte.
- (6) **Nachbetreuungsphase** (ebenfalls erforderlich)

1.7 GRUNDSÄTZE UND STRATEGISCHE LEITLINIEN FÜR DIE UMSETZUNG

Das eigentlich Neue der genannten Entwicklungsstrategie ist, daß dieser multisektorale Planungs- und Durchführungsansatz nach folgenden Grundsätzen und Verfahrensweisen umgesetzt wird:

- (1) Berücksichtigung des Prinzips der Armutbezogenheit der durchzuführenden Einzelprojekte ("poverty and basic needs oriented approach")
- (2) Berücksichtigung des Prinzips der Zielgruppenbezogenheit in der Maßnahmengestaltung ("target group approach"); Zielgruppenbezogene Maßnahmenausrichtung bedeutet, daß die Maßnahmenbündel oder die angebotenen Neuerungskpakete auf die Bedürfnislage, die Ressourcenausstattung und die Handlungsspielräume der Zielgruppen abzustellen sind. Sie sollten aber gleichzeitig integraler Bestandteil eines regionalen Entwicklungskonzeptes sein. Hierzu zählen die Maßnahmen des Abschnitts 1.6. Nicht alle Maßnahmen eines Programms der ländlichen Entwicklung können ausschließlich

direkt zielgruppenbezogen ausgerichtet sein.

- Zum Beispiel dienen Infrastrukturverbesserungsmaßnahmen wie z.B. Bau einer Erschließungsstraße letztlich der gesamten im Gebiet lebenden Bevölkerung.
- (3) den Regionalbezug mit der schwerpunktmäßigen Ausrichtung auf die bisher vernachlässigten ländlichen Teil-Regionen;
 - (4) die enge Verknüpfung von Projektplanung und Implementierung in Form einer stufenweisen Projektdurchführung (sequentielle Vorgehen bzw. "sequential implementation");
 - (5) die Verfolgung des Grundsatzes der lokalen Beteiligung ("participation") und der Eigeninitiative der Zielbevölkerung. Dieser sollte vier Elemente umfassen:
 - einen Prozeß der "animation", der Bewußtseinsbildung und Mobilisierung,
 - eine Methode zur Herausbildung partizipatorischer Strukturen bzw. Gruppen auf Dorfebene,
 - ein Trainingssystem für Aktivisten auf Dorfebene (community organizer usw.),
 - Teilnahme der Zielbevölkerung an der Planung und selbstverantwortlichen Durchführung von Maßnahmen.
 - (6) der Einbau des Programms in die im Gastland vorhandenen Verwaltungs- und Organisationsstrukturen und Verbesserung der Planungsfähigkeit.
 - (7) Multisektoraler Maßnahmenbund dabei geht man von drei grundlegenden Annahmen aus:
 - Landwirtschaftliche Produktionssteigerungen sind Voraussetzungen für eine Entwicklung des ländlichen Raumes.
 - die Entwicklung des Agrarbereiches muß von einer Entwicklung des sekundären und tertiären Sektors begleitet werden,
 - bei der ländlichen Regionalentwicklung spielt die Einbeziehung aller sozialen Kräfte einschließlich der administrativen Entscheidungsträger eine wichtige Rolle.

In der Regel beginnen Maßnahmen zur Ländlichen Regionalentwicklung in den Bereichen **Landwirtschaft und Nahrungsmittelerzeugung**. Die Möglichkeiten zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung von Klein- und Kleinbetrieben sind vielfältig. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß eine Förderung landwirtschaftlicher Kleinbetriebe überwiegend nicht über Flächenausweitung (1), sondern nur über eine **Intensivierung der Erzeugung auf vorhandenen Flächen** erfolgen kann.

1.8. DIE BERÜCKSICHTIGUNG DER ÖKOLOGISCHEN BELASTUNGSGRENZEN

Die Berücksichtigung der ökologischen Belastungsgrenzen ist bei Maßnahmen zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion durch Intensivierung der Bodennutzung oder Ausweitung der landwirtschaftlichen Nutzflächen grundsätzlich notwendig. Dies gilt insbesondere für die Kleinbauernförderung, da die kleinbäuerliche Produktionsflächen meist durch ungünstige natürliche Standortbedingungen (z.B. Hanglage, ertragsarme Boden) und den Zwang zur intensiven Dauernutzung der verfügbaren Flächen ökologischen Problemen und Erosion in besonderem Maße ausgesetzt sind.

Die Technische Zusammenarbeit trägt diesen Problemen der Ökologiebelastung durch folgende spezielle Vorkehrungen und Maßnahmen Rechnung:

- **Entwicklung, Erprobung und Einführung von Verfahren der Bodenerhaltung und angepaßten Bodennutzung** (standortgerechter Landbau, angepaßte Bodenbearbeitung, Agro-Forstwirtschaft) in ökologisch sensiblen Gebieten (Projektbeispiele u.a.: Costa Rica, Mexiko, Brasilien, Senegal, Obervolta, Indien, Thailand, Ruanda),
 - Durchführung aufeinander abgestimmter Fördermaßnahmen, mit denen der nicht-landwirtschaftliche Erwerbsbereich der Kleinbauern (durch Schaffung nicht-landwirtschaftlicher Beschäftigung wie Bienezucht, Angorakaninchenzucht, Seidenraupenzucht etc. sowie durch Arbeit bei Infrastrukturverbesserung) gestärkt wird und nutzungsstabilisierende Maßnahmen für den landwirtschaftlichen Bereich getroffen werden (Terrassenbau, Walderhaltung, Einführung von Biogas statt Brennholz, Boden- und Erosionsschutzmaßnahmen); Projektbeispiele hierzu gibt es in Indien, Nepal, Tanzania und Jordanien,
 - Maßnahmen der Walderhaltung und Aufforstung zur Bekämpfung von Boden-erosion und Desertifikation bzw. Rehabilitation degradierter Gebiete (Projektbeispiele u.a. Algerien, Gambia, Obervolta, Mali, Niger, Äthiopien, Arabische Republik Jemen, Peru, Bolivien).
- Forstmaßnahmen dieser Zielsetzungen werden nach Möglichkeit in ländliche Entwicklungsprogramme integriert oder auf deren Zielsetzung ausgerichtet,
- Aufklärung, Information und Motivation der lokalen Bevölkerung zu ökologiegerechteren Wirtschaftsformen.

2. BISHERIGE ERFAHRUNGEN IN DER ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DER LÄNDLICHEN REGIONALENTWICKLUNG

Die im Umgang mit den verschiedensten Förderungsinstrumenten gewonnenen Erfahrungen der Vergangenheit konnten bei der Konzipierung der Ländlichen Regionalentwicklung genutzt werden.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß der Schlüssel für Ländliche Regionalentwicklung nach wie vor das landwirtschaftliche Wachstum ist. Deshalb dürfte es richtig gewesen sein, die bisherigen Ländlichen Regionalentwicklungsvorhaben stark auf die Wirtschafts- und Institutionenförderung und auf die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion auszurichten. Mit der gleichzeitigen Entwicklung des ländlichen Gewerbezweiges und des Dienstleistungssektors sollen zusätzliche Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Dies wird durch öffentliche Investitionen (Berufsausbildung, Gewerbeschulen usw.) und durch die Förderung privater Investitionen über Beratung, gewerbeförderndes Kreditprogramm, Förderung neuer industrieller Standorte bzw. Ansiedlungen an zentralen Orten in ländlichen Regionen ermöglicht. Einkommens- und Beschäftigungsmultiplikatoren (bei forward und backward linkages) von lokalen Investitionsmaßnahmen laufen dann innerhalb der Sektoren der ländlichen Wirtschaft ab. Die Produktion kann sich dann stärker auf die Kaufkraft der ländlichen Massen und hier insbesondere auf die Deckung der Grundbedürfnisse ausrichten. Dieser

Programmteil ist bei LRE-Vorhaben noch weiter auszubauen.

Die Risikobelastbarkeit in Klein- und Kleinstbetrieben ist nur sehr begrenzt vorhanden. Daher dürfen dieser Zielgruppe nur erprobte und sichere Technologien angeboten werden. Dies erfordert eine enge Mitwirkung und Mitentscheidung (Partizipation) der Begünstigten bei der Planung der Maßnahme.

Im Rahmen des zielgruppenorientierten Vorgehens müßten bereits während der Planung und Projektvorbereitung die unterschiedlichen Wirkungen auf die verschiedenen Gruppierungen der auf dem Lande lebenden Bevölkerung erfaßt und berücksichtigt werden, da die Interessen innerhalb der Zielgruppen unterschiedlich, sogar konträr sein können. Die in Angriff zu nehmenden Maßnahmen dürfen keine Verschärfung der Gegensätze bewirken.

Das Mitwirken und Mitbestimmen der Zielgruppen von Anbeginn einer Maßnahme an als ein weiteres Kennzeichen für Ländliche Regionalentwicklungsmaßnahmen, ist ein wichtiger Grundsatz zur Mobilisierung der Eigeninitiative und Selbsthilfe bzw. Selbstverantwortung. Es handelt sich hierbei um teils aus der praktischen Vorgehensweise abgeleitete, teils aus konzeptionellen Vorgaben der Bundesregierung neuerlich aufgenommene Elemente zur Programmgestaltung Ländlicher Regionalentwicklungsvorhaben. Historisch gewachsene Projekte sind nicht durchgängig einheitlich nach diesen Elementen gestaltet worden, sondern werden erst neuerdings danach ausgerichtet.

Ländliche Entwicklungsvorhaben zeichnen sich nicht zuletzt wegen Beteiligung der Zielbevölkerung durch ein schrittweises Vorgehen aus. Praktische Erfahrungen haben gezeigt, daß lange Planungs- und Vorbereitungsphasen sich nachteilig auf die Bereitschaft der Zielgruppe zur Mitarbeit auswirken. Daher ist möglichst frühzeitig die Planung durch erste konkrete Durchführungsmaßnahmen, mit denen das Vertrauen der Zielgruppe erworben wird, zu ergänzen. Auch können nicht alle Einzelmaßnahmen gleichzeitig in Angriff genommen werden.

Angesichts der großen Masse der ländlichen Armen und der sehr begrenzt verfügbaren Mittel in öffentlichen Budgets

- ist ein hoher Aufwand an Eigenleistung der Zielbevölkerung und des Nehmerlandes erforderlich
- sind die flankierenden Programmausgaben je Kopf der Zielbevölkerung relativ niedrig zu halten, bzw. ist mit dem getätigten Aufwand eine möglichst hohe Zahl von aktiven Teilnehmern am Programm zu erreichen,
- sind entsprechend angepasste kostengünstige Technologien einzusetzen.

Die Zahl der aktiven Teilnehmer am Programm ist ein wichtiger Indikator für die Effizienz der Maßnahme (hoher Wirkungsgrad des Mitteleinsatzes).

Im ländlichen Raum ist ein Angebot an landwirtschaftlichen Dienstleistungen (einschl. der Verfügbarkeit von Produktionsmitteln wie Saatgut, Dünger und tierischer Zugkraft) sowie an Diensten im Bereich Grunderziehung und im Basisgesundheitswesen oft nicht vorhanden. Daher trägt der Ausbau von infrastrukturell günstig gelegenen Dörfern zu ländlichen Zentren, die über ein derartiges Angebot verfügen,

zur Verbesserung der Lebensbedingungen im ländlichen Raum bei. Auch dies kann sich direkt auf die Beschäftigungssituation in der Region auswirken. Daneben mußte auch die sektorale Entwicklung unter raumwirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgewogen sein, d.h. es wurde auf eine standortspezifische Ausrichtung der Investitionen geachtet (zentrale Orte, Neusiedlungsgebiete), um einen Damm gegen Landflucht zu erreichen und der Slumbildung in städtischen Ballungsräumen wenigstens partiell entgegenzuwirken.

Gleichzeitig wurde eine Verzahnung der Planung und Planungsbehörden von oben nach unten (top-down) und von unten nach oben (bottom-up) angestrebt. Den Vorhaben wurde ein reduzierter Planungsansatz unter Berücksichtigung nationaler Programme vorgeschaltet. (2) Das Ergebnis dieses iterativen Suchprozesses sind implementierungsfähige Einzelprojekte bzw. Programme, die in der späteren Phase der Durchführung ständig evaluierte und in ständiger Koordination mit den Vorhaben der lokalen Fachbehörden auf Distrikt- bzw. Provinzebene abgestimmt werden.

(1) Der Beitrag ist ein Auszug aus: Ländliche Regionalentwicklung - ein Orientierungsrahmen, GTZ-Schriftenreihe, Eschborn 1983.

(2) vgl. den Beitrag von Waller in diesem Heft

ROLAND ZISS ÖKONOMISCHE DETERMINANTEN DER SELBSTHILFE IN SPONTANSIEDLUNGEN

1. EINLEITUNG

Spontansiedlungen (1) entstehen durch illegale Landnahme, -aufteilung und -weitergabe und entwickeln sich ohne behördliche Genehmigung und staatliche Unterstützung durch die Selbsthilfe der meist einkommensschwachen Bewohner. Im Laufe der 70er Jahre veränderten immer mehr Regierungen der Dritten Welt ihre Politik gegenüber den am Rand der großen Städte wild ausufernden Spontansiedlungen, von einer restriktiven Beseitigungspolitik über ein Gewährenlassen in Distanz bis hin zur aktiven Förderung der Selbsthilfeaktivitäten (United Nations 1982, 179-190). Das Einschwenken auf die Politik des staatlichen Eingreifens in die Entwicklung von Spontansiedlungen mit dem Ziel der Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse wurde zweifellos durch die massive Unterstützung der internationalen Finanzierungs- und Entwicklungshilfeinstitutionen erleichtert (2).

Der Selbsthilfeförderung geht die Abschätzung des Selbsthilfepotentials voraus. Die Analyse der Möglichkeiten und Grenzen der Selbsthilfemobilisierung stellt sich als ein Problem heraus, das praktisch und theoretisch neuartige Anforderungen an Projektplaner stellt. So wurde etwa bei der Planung des großen Tondo-Projektes in Ma-

nila der Bevölkerung kaum zur Beteiligung Gelegenheit gegeben; die Berücksichtigung des Selbsthilfepotentials beschränkte sich auf die Beschäftigung der Bewohner als billige Bauarbeiter (Drakakis-Smith 1981, 138). Oder aber die hochgesteckten Erwartungen der Planer an das Selbsthilfepotential stehen im krassen Widerspruch zu dem geringen Ausmaß an tatsächlich entfalteter Selbsthilfe, wie das Beispiel des Lusaka-Projektes zeigt (Pasteur, 87 ff.).

Die falsche Einschätzung des Potentials und Mißerfolge bei der Mobilisierung beruhen auf Konzepten von Selbsthilfe, die sich nur wenig an den ökonomischen Bedingungen in Spontansiedlungen orientieren. Einerseits wird unter Selbsthilfe lediglich der Einsatz von eigener Muskelkraft im Bauprozeß verstanden. Andererseits wird Selbsthilfe idealisierend zum Prinzip lokaler Autonomie und Selbstverwaltung hochstilisiert und mit missionarischem Eifer zur Lösung aller Wohnungsfragen propagiert (Turner 1978, 85) (3).

Angesichts der Unbestimmtheit und schillernden Verwendung des gängigen Selbsthilfebegriffs versucht der Artikel, Selbsthilfe in Spontansiedlungen ökonomisch zu fundieren. Indem der Selbstbau als Sektor anderen Bausektoren gegenübergestellt wird, soll zunächst Selbsthilfe in ihrer ökonomischen Funktion charakterisiert werden; hierzu wird es erforderlich sein, Selbsthilfe historisch in die Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften der Dritten Welt zu plazieren. Der Notwendigkeit problembezogener und planungsrelevanter Eingrenzungen folgend werden dann Selbsthilfepotential und Entfaltungschancen anhand eines Inputmodells für den Wohnungsbau in Spontansiedlungen diskutiert; dabei nennen wir exemplarisch einige planerische Maßnahmen, die auf Wohnungsebene zur Mobilisierung von Selbsthilfeaktivitäten beitragen.

2. ZUR ÖKONOMISCHEN FUNKTION DER SELBSTHILFE

Um Selbsthilfebauaktivitäten ökonomisch einzuordnen, erscheint es hilfreich, sie zu anderen Bauaktivitäten in Beziehung zu setzen, in denen Selbsthilfe nicht in Erscheinung tritt. Solche Sektoren von Bauaktivitäten unterscheiden sich hinsichtlich des Stands der eingesetzten Technik, nach der Art des Bauprozesses, nach Qualifikation der Arbeitskräfte und Beschäftigungsformen, durch ihre verschiedenen Inputs, durch ihre spezifischen Produkte für unterschiedliche Nachfrager, etc. (vgl. Tabelle 1). In Ländern der Dritten Welt können Bauaktivitäten, in Anlehnung an Turin (4), nach folgenden idealtypischen Sektoren klassifiziert werden:

- Industrialisiertes Bauen
- Kleingewerbliches Bauen
- Selbstbau

Unter Bezugnahme auf die Grundkategorie der klassischen Ökonomie, den Wert, ist das Charakteristische am Selbstbau die Gebrauchswertproduktion, das Bauen für die unmittelbare Nutzung des Wohnens, während sowohl der kleingewerbliche als auch der industrialisierte Bausektor Tauschwerte produzieren, für einen Markt bauen, um die Produkte zu verkaufen, ehe sie ihrer Nutzung zugeführt werden (5). Entscheidend für die

Organisation des Bauens in den jeweiligen Sektoren wirkt sich das Produktionsmotiv aus: Nicht für Austausch oder Verkauf wird in Selbsthilfe gebaut, sondern für die Eigennutzung, da Produzent und Nutzer in einer Person zusammenfallen (Burgess 1982, 70). Das bedeutet freilich nicht, daß ein in Selbsthilfe erbautes Haus keinen Tauschwert besitzt; es bildet mit seinem Gebrauchswert, mit seiner Nützlichkeit, ja gerade den "stofflichen Träger" von Tauschwert und stellt eine potentielle Ware dar, deren Tauschwert realisiert werden kann, sobald sich der Nutzer zur Nutzungsaufgabe entschließt.

Die drei Sektoren verkörpern gleichsam historische Stufen der kapitalistischen Durchdringung des Bauens. Während ursprünglich ausschließlich Selbsthilfe gebaut wurde, ohne Finanzierung und Bezahlung der Arbeit für die Nutzung eines Mitglieds der Gemeinschaft, wird mit der kleingewerblichen Produktion Geld und Kapital eingeführt; der Nutzer wird zum Kunden, der Aufträge erteilt und für spezialisierte Arbeiten Handwerker bezahlt. Im industrialisierten Bausektor wird nicht mehr wie im handwerklichen Sektor nur auf Bestellung, sondern auch für einen anonymen Markt produziert. Wie in anderen Sektoren der industriellen Produktion entwickelt sich ein spezifischer technischer Fortschritt, der die Nutzung von Massenproduktions- und Spezialisierungsvorteilen erlaubt (6). Eine Voraussetzung hierzu ist die Zentralisierung der Produktion. Beim Bauen geschieht das durch konsequente Verlagerung der wertschöpfenden Stufen des Bauprozesses von der Baustelle weg in die industrielle Vorfertigung (Baumaterialien, Fertigteile, Fertighäuser).

Die kapitalistische Durchdringung des Bauens ist von einem Prozeß sich ständig verändernder Qualifikationsanforderungen begleitet. Mit der Zentralisierung der Produktion findet notwendigerweise eine Entqualifizierung der an der Baustelle verbleibenden manuellen Tätigkeiten statt; gleichzeitig werden, besonders durch Veränderungen der Arbeitsorganisation, neue Qualifikationen nötig. Während einst im Selbstbau an der Baustelle umfassende Kenntnisse über lokales Klima und lokale Materialien erforderlich waren (in der Person des Baumeisters überlebten diese Kenntnisse auch später noch), teilt die kleingewerbliche Produktion die Arbeit an der Baustelle in Gewerke auf, die von hochqualifizierten Handwerkern ausgeführt werden. In der industrialisierten Bauproduktion werden vorgefertigte Bauteile nach einem im zentralen Konstruktionsbüro festgelegten Plan von Arbeitskräften zusammengefügt, an die nur geringe Qualifikationsanforderungen gestellt werden; Bauleiter erfüllen dabei Überwachungs- und Kontrollfunktionen.

Die Industrialisierung des Bauens führt zu einer beträchtlichen Produktionssteigerung, so daß immer weniger Arbeitszeit zur Erstellung eines Quadratmeters Wohnraum notwendig wird, bzw. sich die Qualität der Wohnung erhöht, d.h. die Wohnung dauerhafter und weniger reparaturanfällig wird. Die speziellen Eigenschaften der Ware Wohnung, Gebundenheit an Boden und Unbeweglichkeit, verhindern allerdings von der Produktionsseite her vollständige Industrialisierung in verallgemeinerter Form. Wettbewerbseinschrän-

kende gesellschaftliche Bedingungen, wie Bodenspekulation, Monopolisierung der Produktion von Baumaterialien und Kartellisierung industrieller Baufirmen, verhindern zudem, daß sich die Produktivitätssteigerung in der Senkung des Preises für die Ware Wohnung niederschlägt.

Wenn aber die Industrialisierung der Bauproduktion nicht zur Verbilligung der Ware Wohnung führt, ist ihre Ausdehnung auch von der Nachfrageseite her begrenzt, solange es Armut in der Gesellschaft gibt. Menschen sind auf eine Wohnung angewiesen und müssen selbst dann unterkommen, wenn sie nicht mehr die Wohnung als Ware kaufen können. Gesellschaftlicher Konsens darüber, daß jedem Mitglied der Gesellschaft eine Wohnung zusteht, die Anerkennung des Grundbedürfnisses Wohnen, verleiht dem Produkt Wohnung sozialen Charakter und hebt es aus der kapitalistischen Warenproduktion für den Markt heraus.

Die drei Sektoren, die idealtypisch historische Stufen der Bauproduktion mit ihren jeweilig spezifischen Produktionsweisen darstellen, verschmelzen in der heutigen gesellschaftlichen Realität der Dritten Welt. Der industrialisierte Sektor greift auf der Suche nach neuen Märkten tief in die Prozesse des Selbstbaus hinein, indem er ihn z.B. mit industriellen Baumaterialien versorgt. Dennoch wird der Selbsthilfesektor nicht aufgesogen, sondern mit neuen Qualitäten ständig neu erzeugt. Wachsende Arbeitslosigkeit und zunehmende Einkommensungleichheit schließen immer größere Bevölkerungsteile von der Marktfähigkeit aus; sie greifen zur Selbsthilfe, da sie keine ökonomische Alternative haben (Harms 1982, 20).

Selbsthilfeaktivitäten nehmen umso stärker zu, je weniger der Bedarf gedeckt ist, weil entweder Wohnraum nicht vorhanden oder der vorhandene Wohnraum zu teuer ist, bzw. je weiter die Schere zwischen Baukosten oder Kostenmiete und dem für Wohnzwecke verfügbarem Einkommen auseinanderklafft. Diese Marktdynamik wird teilweise außer Kraft gesetzt, wenn der Staat in die Bresche springt, entweder durch Subventionierung der Baukosten oder durch eine dezidierte Politik der Einkommenssteigerung, bzw. gleichmäßigeren Einkommensverteilung. Da in den meisten Ländern der Dritten Welt die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse kein soziales Engagement des Staates in der Wohnungsversorgung in dem Umfang erlauben oder erfordern, wie es zur Befriedigung des Grundbedürfnisses Wohnen aller notwendig wäre, bildet Duldung und Förderung des Selbsthilfesektors auch die ökonomische Alternative für den Staat.

Das städtische Bauen in Selbsthilfe hebt zwar die fortgeschrittene Arbeitsteilung der Marktsektoren auf und verzichtet zugunsten distributiver Wirkungen auf Produktivität. Dennoch bedeutet es nicht einen Rückfall in die unproduktive vorkapitalistische Produktionsweise des traditionellen dörflichen Bauens. Städtischer Selbstbau integriert nämlich Elemente sowohl des kleingewerblichen als auch des industriellen Sektors, wenn diese sich auf Teilmärkten ökonomisch durchsetzen. Als Beispiel hierfür steht der Einsatz von industriellen Baumaterialien, wie etwa Zement und Wellblech, die zwar kurzfristig teuer sein mögen,

trotzdem aber über einen längeren Zeitraum billiger als entsprechende Produkte des Selbsthilfesektors. Ebenso greifen Selbsthelfer bei bestimmten Aufgaben auf erfahrene Handwerker zurück, z.B. auf Zimmerleute für das Dach, die sie im Hinblick auf Qualität und Sicherheit der Ausführung bezahlen. Dadurch entwickelt das Bauen in Selbsthilfe bei geringem Kapitaleinsatz relativ hohe Produktivität und verbindet durch niedrige Kosten günstige Verteilungswirkungen mit ökonomischer Effizienz (7).

Selbsthilfe im Wohnungsbau entsteht somit als Reaktion auf das doppelte Versagen der klassischen Allokationsmechanismen Markt und Staat, wenn einerseits die marktorientierten Bausektoren nicht in der Lage sind, billig genug zu bauen, um Haushalte mit niedrigem Einkommen über den Markt zu versorgen, andererseits der Staat weder die Angebotslücke schließen, noch die kaufkräftige Nachfrage der Unterversorgten erhöhen kann. Die Ausdehnung des Selbsthilfesektors steht dennoch nicht im Widerspruch zum Wachstum der Marktsektoren, die sich Innovationspotential, Flexibilität und Experimentierfreudigkeit des Selbsthilfesektors zunutze machen und dadurch neue Märkte erobern können. Für den Staat erweist sich die Existenz des Selbsthilfesektors als politischer Regulator; indem die Befriedigung von Grundbedürfnissen auf die Ebene des individuellen Haushalts verwiesen wird, erlaubt Selbsthilfe den haushaltsentlastenden Rückzug des Staates aus sozialen Verpflichtungen. Dabei leidet nicht einmal die politische Legitimation als Sozialstaat, wenn die Förderung der Selbsthilfe zum politischen Programm erhoben wird. Selbsthilfe erfüllt also eine Pufferfunktion zwischen der Diskriminierung durch Marktausschluß und Ansprüchen an staatliche Sozialleistungen und leistet einen wichtigen Beitrag zur politischen Stabilisierung.

3. DAS SELBSTHILFEPOTENTIAL IN SPONTANSIEDLUNGEN

Die Förderung der Selbsthilfeaktivitäten in Spontansiedlungen setzt die planerische Aufgabe der Erfassung von Möglichkeiten und Grenzen der Selbsthilfeentfaltung voraus. Entscheidend für die Analyse ist das Verhältnis von Eigenleistungen zu Fremdleistungen. Das Selbsthilfepotential ist groß, wenn unter Verzicht auf Fremdleistungen möglichst viel Eigenleistungen erbracht werden können; es ist gering, wenn Fremdleistungen nicht durch Eigenleistungen zu ersetzen sind.

Ein integrierter Ansatz zur Erfassung des Selbsthilfepotentials müßte all jene Produktions- und Reproduktionsbereiche einschließen, die die Befriedigung der Grundbedürfnisse sichern, also etwa auch Ernährung, Kleidung, Bildung und medizinische Versorgung. Wir wollen uns hier bewußt auf die Selbsthilfe im Wohnungsbau beschränken, zum einen, aus methodischen Gründen, weil wir eine Stufe der Konkretisierung anstreben, die auch die Diskussion von Maßnahmen zuläßt, zum anderen wegen der entwicklungspolitischen Bedeutung des Wohnungsbaus; in keinem anderen Bereich werden in Spontansiedlungen privat höhere Mittel investiert verwendet, bzw. verschmelzen Konsumtion und Produktion derartig, so daß die ökonomische Determinierung der Selbsthilfe deutlich in Erscheinung tritt.

Wie sich der Umfang der Selbsthilfe bestimmt, könnte in neoklassischer Manier als Entscheidungsproblem des individuellen Haushalts definiert werden: Der Haushalt, dessen Einkommen für die gewünschte Wohnform nicht ausreicht, nimmt eine Nutzenabwägung zwischen Eigenarbeit und Freizeit vor und maximiert seinen Nutzen, indem er soviel Eigenarbeit investiert, bis der Grenznutzen der Freizeit erreicht ist (8). Abgesehen vom ideologischen Gehalt der Problemformulierung und der Fragwürdigkeit der zugrundeliegenden Konzepte in Spontansiedlungen, individualisiert ein derartiges Vorgehen einen Prozeß, der sich gerade durch seinen sozialen Charakter auszeichnet. Die Aufteilung in Fremd- und Eigenleistungen hängt ganz wesentlich von den sozialen Beziehungen innerhalb des Wohngebiets ab; unmittelbaren Einfluß auf das Selbsthilfepotential des Wohnungsbaus haben neben den Bodenbesitzverhältnissen und der Infrastruktur auch Erfahrungen mit gemeinschaftlichen Organisationsformen (9).

In die Wohnungsproduktion gehen verschiedene Inputs ein, die entweder als Fremdleistung gegen Barzahlung bezogen werden oder in Eigenarbeit ohne Bezahlung selbst erstellt werden. Die Inputs, die in ihrer Kombination das Produkt Wohnung ergeben, sind Boden, Infrastruktur, Material, Werkzeuge, Arbeit und Kapital. Sie unterliegen jeweils eigenen Produktions- und Marktbedingungen, die im spezifischen Fall darüber entscheiden, ob sie als Fremdleistung in die Wohnungsproduktion eingehen oder in Selbsthilfe erstellt werden. Die Erfassung des Selbsthilfepotentials läßt sich somit durch die Abschätzung der Selbsthilfemöglichkeiten in der Beschaffung und Kombination der einzelnen Produktionsinputs operationalisieren (vgl. Tabelle 2).

3.1. BODEN

Bodenbeschaffung in Selbsthilfe erfordert gemeinschaftliche Organisationsformen; Spontansiedlungen werden in der Regel mit der kollektiven Besetzung von ungenutztem Land gegründet.

Auch wenn die Landbesetzung toleriert wird, ist die Bodenbeschaffung für die späteren Nutzer nicht selten mit Kosten verbunden. Siedler müssen z.B. den politischen Führern eine Gebühr entrichten, für die sie eine scheinlegale Urkunde mit Nutzungsrecht erhalten. Manchmal wird das Land auch im Anschluß an die Besetzung parzelliert und illegal weiterverkauft (Conolly 1982, 154 f.). Dennoch ist das informell und in Selbsthilfe beschaffte Bauland immer noch billiger als der Grundstückskauf auf dem formellen Bodenmarkt (Ward 1983, 41).

Für die allmähliche Verbesserung der Wohnverhältnisse ist es eine unerläßliche Bedingung, daß die Bewohner von Spontansiedlungen nicht in ständiger Furcht vor Vertreibung leben. Sie sind nur bereit, einen Teil ihres niedrigen Einkommens und ihre eigene Arbeitskraft zu investieren, wenn sie eine sichere Perspektive des Verbleibens gewinnen. Sicherheit vor Vertreibung ist gleichbedeutend mit Sicherheit des Besitzes. Die Duldung und Anerkennung des Landbesitzes wird als die entscheidende Voraussetzung für die Mobilisierung der Selbsthilfe in Spontansiedlungen angesehen (United Nations 1982, 185 f.). Regulierung und Legali-

sierung der Besitzverhältnisse sind daher die obersten Forderungen an eine auf Integration der Spontansiedlungen ausgerichteten Boden- und Siedlungspolitik (Blitzer/Hardoy/Satterthwaite 1982, 448).

Dabei ist die Anerkennung der Besitzverhältnisse nicht notwendigerweise mit der Verleihung von Eigentumsrechten verbunden. Eigentum ist nur eine Form der Besitzsicherung; daneben existieren andere Formen, wie kostenfreie Pacht oder Erbpacht, Nießbrauch, Nutzrecht und Gemeinschaftsbesitz, die von Behörden bisher kaum in Betracht gezogen werden, möglicherweise aber viel besser an die Situation in Spontansiedlungen angepaßt wären (Ward 1982 c, 91).

3.2. INFRASTRUKTUR

Wegen ihrer Illegalität werden Spontansiedlungen nicht, wie Stadtteile von Bewohnern mit höherem Einkommen, mit Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen versorgt. Die Folgen sind u.a.: unzureichende und unhygienische Wasserversorgung, wilde Müllhalden wegen fehlender Abfallbeseitigung, Mangel an Schulen und Krankenhäusern und schlechte Straßen- und Transportverhältnisse (United Nations 1982, 173 f.).

Mit einem bestimmten Grad der Konsolidierung einer Spontansiedlung wird ein Mindestmaß an infrastruktureller Versorgung zum wichtigsten Bedürfnis der

Bewohner, so daß sie zur Selbsthilfe greifen. Die mannigfaltigen Aktivitäten der kollektiven Selbsthilfe, wie z.B. Wegebau und Ausheben von Wassergräben, geben Auskunft darüber, was als dringlichster Notstand empfunden wird, und sind Ausdruck von sozialem Konsens und Organisationsfähigkeit, im Wohngebiet aus Betroffenheit gewachsen und auf Verbesserung der Lebensverhältnisse gerichtet.

Ähnlich wie die Landbesetzung das bestehende Bodenrecht verletzt, überschreiten Selbsthilfeaktivitäten im Infrastrukturbereich die Grenzen der Legalität und führen zu Konflikten mit dem staatlichen, bzw. kommunalen Monopol über Erstellung und Aufrechterhaltung; das in vielen Spontansiedlungen zu beobachtende Anzapfen von Stromleitungen belegt dies auffällig. Die technische Kompliziertheit und die vielfach unvermeidlichen hohen Investitionskosten beschränken allerdings den Einsatz der Selbsthilfe außerordentlich. Externe Beratung und Anleitung könnten das Selbsthilfepotential im Infrastrukturbereich erheblich steigern und im Rahmen von Sanierungsprogrammen die organisierte Selbsthilfe auf Wohngebietsebene fördern.

3.3. MATERIAL

Das Selbsthilfepotential in der städtischen Baumaterialbeschaffung wird erst in jüngster Zeit von Planern wiederentdeckt, nachdem die Industrialisierung der Baumaterialproduktion

TABELLE 1: SEKTOREN DES BAUENS IN STÄDTEN DER DRITTEN WELT

SEKTOR	TECHNIK	BAUPROZESS	ARBEIT	PRODUKTBEISPIELE	NACHFRAGER
Industrialisiertes Bauen	importiert, kapitalintensiv, stark arbeitsteilig	standardisierte Verfahren, zentralisierte Entscheidungen, so weit wie möglich industrielle Vorfertigung	Großfirmen, formelle Qualifikationen, regelmäßige Beschäftigung, relativ gute Bezahlung	Verwaltungsgebäude für Regierung u. Wirtschaft, Hotels, Großprojekte	große Organisationen, Industrie, Banken, Staat
Kleingewerbliches Bauen	national, qualifikationsintensiv, arbeitsteilig in Gewerken	Baustellenfertigung mit Erfahrung, Verwendung von Fertigteilen	kleine u. mittlere Baufirmen, formelle u. informelle Qualifikationen, unregelmäßige Beschäftigung, schlechte Bezahlung	Wohnungen für Mittelschicht, Geschäftshäuser, Schulen	Bezieher regelmäßiger Einkommen, gewerbliche Wirtschaft, Staat
Selbstbau	lokal, arbeitsintensiv, wenig arbeitsteilig	Baustellenfertigung ohne Erfahrung, Ad-hoc-Entscheidungen an der Baustelle	kleine Gruppen, informelle Qualifikationen, bei Fremdhilfe keine Beschäftigung weil keine Bezahlung, Gegenleistungen meist in Arbeit	Wohnungen in Spontansiedlungen	Haushalte mit unregelmäßigem Einkommen, Eigennutzung

TABELLE 2: INPUTMODELL DES WOHNUMBAUS ZUR ERMITTLUNG DES SELBSTHILFEPOTENTIALS

INPUT	FORM DER FREMDLEISTUNG	FORMEN DER SELBSTHILFE
Boden	Kauf oder Pacht	Besetzung (Squatting)
Infrastruktur	Kommunale Dienstleistungen, Nutzung gegen Gebühren u. Abgaben (Wasser, Wege, Strom etc.)	Kollektive u. organisierte Selbsthilfe, z.T. kostenlose Nutzung (z.B. illegales Anzapfen von Strom)
Material	Industrielle Produktion, Lieferung durch Baustoffhändler	Genossenschaftl. Produktion u. Distribution (z.B. lokaler Bauhof, Materialdepot)
Werkzeug	Kauf beim Händler	Gemeinschaftl. Nutzung
Arbeit	Bezahlte Arbeit nach Auftragserteilung	Familienselbsthilfe, Nachbarschaftshilfe
Kapital	Bankenkredit	Genossenschaftskredit



Selbsthilfe in der Landbeschaffung. Die Mitglieder einer Siedlungsgenossenschaft besichtigen ein Gelände am Stadtrand und prüfen, ob es für die Anlage ihrer Siedlung geeignet ist.



Nachbarschaftshilfe: Handtransport der Zuschlagstoffe für Beton



Kollektive Selbsthilfe bei der Anlage von (Sportplatz-) Tribünen an einem Sport- und Versammlungsplatz. An einem Sonntag treffen sich Mitglieder einer Genossenschaft zur Durchführung von Gemeinschaftsarbeiten.
El Comité del Pueblo, unabhängige (Wohnungsbau- und) Siedlungsgenossenschaft in Quito/Ecuador.

nicht zur erhofften Bereitstellung von billigen Baumaterialien guter Qualität in ausreichender Menge geführt hat. Durch geringe Kapazitätsauslastung und hohe Importabhängigkeit ist die kapitalintensive Baumaterialindustrie nicht einmal produktiver als arbeitsintensive Produktionsverfahren (Ganesan 1979, 34). Als monopolistischer Anbieter auf geschützten Märkten kann sie dennoch steigende Preise durchsetzen; künstliche Verknappung durch Hortung in einem spekulativen Distributionssystem trägt ein übriges dazu bei, daß der Materialkostenanteil an den Gesamtkosten des Wohnungsbaus ständig gestiegen ist (Ziss/Schiller 1981, 37 ff.) und Materialien heute die wichtigste Kostenkomponente darstellen (Drakakis-Smith 1981, 175 f.).

Selbsthilfe in der Baumaterialbeschaffung beschränkt sich im allgemeinen auf nicht dauerhafte und gebrauchte Materialien, obwohl es sich selten um echte Selbsthilfe handelt. Spontansiedlungen versorgen sich vielfach über informelle Märkte für Abfallmaterialien, wie z.B. Kistenholz, Blechdosen, Textilien, Pappe und Kunststofffolien von Verpackungen, die in provisorischen Hütten wieder eine neue Verwendung finden (Sethuraman 1981 b, 181 ff.).

Die Selbsthilfeproduktion beschränkt sich fast ausschließlich auf wenig dauerhafte Materialien aus in der Umgebung vorgefundenen natürlichen Rohstoffen (z.B. Lehmsteine in Afrika, Bambusmatten in Asien). Trotz ökonomischer Vorteilhaftigkeit entwickelt sich nur wenig Selbsthilfe in der Verbesserung von traditionellen Materialien. Neben technischen und organisatorischen Problemen spielen auch psychologische Faktoren eine Rolle; industrielle Baumaterialien, wie Zement und Stahl, besitzen in Spontansiedlungen einen hohen Statuswert, den verbesserte traditionelle Materialien, wie stabilisierte Lehmsteine, nicht haben, auch wenn sie bautechnisch funktional sind (Martin 1982, 267).

Das Selbsthilfepotential, sowohl in der Produktion als auch in der Distribution von dauerhaften Baumaterialien, ist hingegen beträchtlich, wenn es genossenschaftlich mobilisiert wird (10). Die dabei auftretenden organisatorischen Probleme können Spontansiedler nur selten aus eigener Kraft lösen, sie sind auf Unterstützung von außen angewiesen, auf technische Beratung bei der Organisation von Produktionsgenossenschaften und genossenschaftlichem Baumaterialhandel (Niermann 1978, 151 ff.). Ein finanzieller Beitrag von außen, etwa Gründungshilfe bei der Einrichtung eines lokalen Bauhofes oder eines Materialdepots, könnte darüber hinaus den langwierigen Mobilisierungsprozeß abkürzen und effektiver gestalten.

Maßnahmen zur Mobilisierung der Selbsthilfe in der Baumaterialbeschaffung bleiben unwirksam, wenn sie nicht von der Veränderung politischer Rahmenbedingungen begleitet werden; so müßten beispielsweise Normen und Bauvorschriften abgeschafft werden, die den Einsatz industrieller Materialien einseitig begünstigen bzw. den Einsatz lokaler Materialien praktisch verhindern (Blitzer/Hardoy/Satterthwaite 1982, 439). Kostenrelevanz und Versorgungsempässe sollten für eine ressourcen- und nutzerorientierte Siedlungspolitik die Kriterien sein, um

sich gerade im Bereich der dauerhaften Baumaterialien der technischen Hilfe zu öffnen (Riedel/Schultz 1980, 57 ff.).

3.4. WERKZEUGE

Die direkt und indirekt beim Wohnungsbau benötigten Werkzeuge und Maschinen könnten ebenfalls über genossenschaftliche Organisationsformen den Selbsthilfebauherren in Spontansiedlungen billig zur Verfügung gestellt werden. Eine Ursache für die geringe Produktivität der Selbsthilfe beim Bauen ist das Fehlen entsprechender Arbeitsmittel; ein an Bauhof oder Materialdepot angegliedertes Werkzeuglager bietet durch gemeinschaftliche Nutzung die Möglichkeit, Selbsthelfer mit Werkzeugen auszurüsten, deren kommerzieller Erwerb für sie einzeln unerschwinglich wäre, und trägt zur Produktivitätssteigerung der Selbsthilfe bei.

3.5. ARBEIT

Ersetzen von Fremdleistungen durch Selbsthilfe bedeutet letztlich immer Einsatz von eigener Arbeit. Die Selbsthilfe im Bauprozeß nimmt eine individuelle Form an, wenn die Mitglieder des Haushalts selbst anpacken, statt einen Auftrag zu erteilen und für fremde Arbeit zu bezahlen. Die Familienselbsthilfe oder gegenseitige Hilfe von Fremden und Kollegen ergänzt werden; die Gegenleistung erfolgt dann in der Regel nicht in Geld sondern in Arbeitsstunden. Dabei besteht die Produktivkraft der Selbsthilfe nicht unbedingt nur in körperlicher Arbeit. Turner hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die kostenreduzierende Funktion der Selbsthilfe viel mehr auf Organisationsfähigkeit als auf Muskelkraft beruht (Turner 1982, 102). Allerdings geht erst von einem bestimmten Einkommen an, das die Verwendung von Überschüssen für Fremdleistungen zuläßt, die Bedeutung der Selbsthilfe als Muskelkraft zurück. Je geringer diese Finanzierungsmöglichkeiten, umso stärker ist die Notwendigkeit des in Selbsthilfe bauenden Haushalts, zusätzlich zur Organisationsfähigkeit die eigenen Körperkräfte einzusetzen.

Ward bestätigt auf der Grundlage empirischer Untersuchungen den Zusammenhang zwischen dem Umfang der Selbsthilfe und der Konsolidierungsstufe des Haushalts (Ward 1982 b, 200). Bei Baubeginn ist der Selbsthilfeanteil hoch; beim Ausbau und bei der Verbesserung des Hauses, die häufig mit der Ersetzung von provisorischen durch dauerhafte Materialien einhergeht, tritt die Selbsthilfe in den Hintergrund. Mit wachsendem Einkommensüberschuß kommt Fremdarbeit zum Einsatz, nicht zuletzt auch deswegen, weil die Arbeiten höhere Qualifikationsanforderungen stellen.

Während das Einkommen über die Bereitschaft zur wohnwertverbessernden Selbsthilfe entscheidet, bestimmen Qualifikationen und verfügbare Arbeitszeit über die Fähigkeit zur Selbsthilfe. Fehlende Qualifikationen über sorgfältige Planung und fachgerechte Durchführung des Bauprozesses können wirkungsvoll mit Kursen oder dem Bau eines Modellhauses unter Anleitung behoben werden (Lewin 1981, 141 f.). Qualifikationsbildende Maßnahmen, organisiert und durchgeführt von genossenschaftlichen Trägern, staatlichen Aus- und Fortbildungsinstitutionen oder der technischen Zusammenarbeit, können das Selbsthilfe-

potential in Spontansiedlungen wesentlich erhöhen. Das Kernproblem des Einsatzes von Selbsthilfe ist die dem Haushalt zur Verfügung stehende Arbeitszeit. Die bei vielen Weltbank-Projekten getroffene Annahme, Bewohner von Spontansiedlungen hätten aufgrund von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung genügend Zeit für Selbsthilfe, bzw. die Opportunitätskosten für den Einsatz ihrer Arbeitszeit seien vernachlässigbar gering, muß abgesehen der Erfahrungen verworfen werden (Jimenez 1980, 116). In der Tat bedeutet Arbeitslosigkeit noch lange nicht freie Verfügbarkeit von Arbeitszeit, da die Arbeitssuche selbst viel Zeit in Anspruch nimmt. Die Mitglieder eines Haushalts werden keine Zeit für die Verbesserung ihrer Wohnsituation finden, wenn sie dazu gezwungen sind, zur Sicherstellung des Überlebens ihre Zeit auf einkommensschaffende Beschäftigung oder die Suche danach, bzw. auf Selbsthilfeaktivitäten in existenziell wichtigere Bereiche, wie Ernährung, zu verwenden.

Selbsthilfe im Wohnungsbau setzt daher eine minimale Sicherheit in der Beschäftigungssituation voraus. Beschäftigte hingegen können sich nur am Feierabend oder am Wochenende der Selbsthilfe widmen. Hohe Belastungen am Arbeitsplatz, die entsprechende Erholungszeiten erfordern, lange Transportstrecken und vielfältige soziale Verpflichtungen sind einige Faktoren, die die für Selbsthilfeaktivitäten im Wohnungsbau zur Verfügung stehende Zeit weiter zusammenschumpfen lassen. Die logische Folge ist, daß sich der Bauprozeß in Selbsthilfe über einen viel längeren Zeitraum hinzieht als der mit bezahlter Arbeit durchgeführte Wohnungsbau. Indem auch die entsprechenden, nicht durch Selbsthilfe zu ersetzenden Kosten über einen längeren Zeitraum erstreckt werden, gelingt es erst vielen Haushalten, den Wohnungsbau aus dem laufenden Einkommen zu finanzieren (Connolly 1982, 160).

In welchem Umfang bezahlte Fremdarbeit durch Selbsthilfe ersetzt wird, hängt nicht nur von Einkommen, Qualifikationen und verfügbarer Arbeitszeit, den "Nachfragedeterminanten" der Bauherren, sondern auch vom Preis der angebotenen Bauleistungen ab. Den Markt für Bauleistungen, wie sie in Spontansiedlungen nachgefragt werden, prägen typische Merkmale des informellen Sektors, wie unregelmäßige Beschäftigung, hohe Fluktuation, Nichtbeachtung von Sicherheitsvorschriften und Arbeitsgesetzen, keine gewerkschaftliche Organisation und starker Konkurrenzdruck, so daß Bauleistungen extrem billig angeboten werden. Die Arbeitskosten machen gegenüber den Materialkosten folglich auch nur einen geringen Teil der gesamten Baukosten aus (11). Wenn aber Preis- und Mengenregulierung auf dem Markt für Bauleistungen funktionieren, besteht kein Anlaß für Selbsthilfe. Bauherren in Spontansiedlungen bauen daher oft viel weniger selbst, als Planer erwarten, und richten ihre Selbsthilfeaktivitäten ökonomisch rational auf andere Produktionsinputs als die Arbeit.

3.6. KAPITAL

Indem Selbsthilfe Fremdleistungen ersetzt, verringert sie automatisch den Kapitalbedarf zur Finanzierung eben jener Fremdleistungen. Ein völlig in Selbsthilfe gebautes Haus, auf besetztem Land mit eigenem Brunnen, die Wän-

1000 + 100

de aus dem Lehm der Baugrube, benötigt kein Kapital. Nur läßt die städtische Lage der Spontansiedlungen kein Bauen in totaler Selbsthilfe zu; noch erfordert die zumindest partielle Integration der Siedler in die städtische Wirtschaft die Mühsal der reinen Selbsthilfe. Für das Bauen in Spontansiedlungen sind heute Finanzierungsmittel unumgänglich, auch wenn sie noch so gering sind. Erst ein Minimum von Finanzierungsmitteln schafft die Voraussetzung für die Verwirklichung von Selbsthilfe (Ward 1982 b, 200 f.).

Die konventionellen Wege der Kapitalbeschaffung bleiben allerdings den Bewohnern von Spontansiedlungen in der Regel verschlossen. Sie sind weder in der Lage, die Sicherheiten zu bieten, von der Banken die Kreditvergabe abhängig machen (regelmäßiges Einkommen einer bestimmten Höhe und Bürgschaften), noch können sie die Konditionen des formellen Kapitalmarktes erfüllen: Mindestkreditsummen und Zinssätze sind in der Regel zu hoch, Laufzeiten zu lang und die in regelmäßigen Abständen fälligen gleich hohen Beträge der Zins- und Tilgungszahlungen entsprechen nicht der wenig stabilen ökonomischen Situation der Haushalte. Staatliche Finanzierungsprogramme dagegen scheitern häufig an den hohen Verwaltungskosten und erreichen fast nie die Einkommensgruppen, für die sie entwickelt wurden (United Nations 1978, 10 ff.).

Zur Kapitalbeschaffung in Selbsthilfe nutzen Bauherren ihre persönlichen Beziehungen zu Verwandten oder Freunden. Wenn sie auf diese Weise nicht genügend zinsfreie Mittel erhalten, sind sie auf Geldverleiher angewiesen, die ihnen nicht selten Kredite nur zu Wucherzinsen zur Verfügung stellen. Eine Alternative bietet eine auf Selbsthilfeaktivitäten ausgerichtete Spar- und Darlehensgesellschaft (Wegener 1980, 352 ff.); sie ist das Kernstück eines Selbsthilfeberatungszentrums, nimmt kleine Sparbeträge entgegen, gibt kleine Bankkredite nicht als Bargeld sondern in der Form von Baumaterialien aus und paßt sich so in Organisation und Leistungen an die wechselhafte ökonomische Situation ihrer Mitglieder an. In einem Handbuch führt Lewin (1981) aus, wie sich Haushalte mit niedrigem Einkommen genossenschaftlich organisieren und den Wohnungsbau in Selbsthilfe finanzieren können. Durch die kollektive Sammlung kleiner Ersparnisse gelingt es einer Genossenschaft, die Selbstfinanzierungsfähigkeit in Spontansiedlungen zu stärken; gemeinsame Verantwortung mit einem internen System der Kontrolle hält den Verwaltungsaufwand gering; durch die Einrichtung eines Reservefonds können fehlende Sicherheiten der Genossen ausgeglichen werden.

Auf Subventionen und öffentliche Mittel kann eine solche Genossenschaft weitgehend, aber nicht völlig verzichten; der Staat müßte die Kosten für die technische Beratung tragen, vor allem beim Aufbau der Genossenschaft (Lewin 1981, 74). Mit der Würdigung einiger erfolgreicher Beispiele unkonventioneller Organisationsformen der Wohnungsbaufinanzierung in verschiedenen Ländern der Dritten Welt kommt ein Bericht der Vereinten Nationen zu einem ähnlichen Ergebnis: Nicht umfangreiche staatliche Hilfsprogramme sind vonnöten, sondern die gezielte Unterstützung der Selbsthilfeorganisationen in Form von Startkapital, tech-

nischer Hilfe, Ausbildungskursen und ggf. Garantieverpflichtungen gegenüber formellen Institutionen (United Nations 1978, 85 ff.).

4. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Selbsthilfe in der Wohnraumbeschaffung ist die notwendige Antwort auf Unterversorgung durch Markt und Staat; das Selbsthilfepotential wird makroökonomisch von der Funktionsfähigkeit des Marktes und dem Ausmaß der Übernahme von sozialen Verpflichtungen durch den Staat bestimmt. Selbsthilfe im Wohnungsbau ist gebrauchswertorientiert und hebt tendenziell die Teilung der Arbeit auf, die tauschwertorientierte Produktionsweisen als Fortschritt hervorgebracht haben; bei positiven Verteilungswirkungen erweist sich Selbsthilfe dennoch als produktiv im Sinne einer rationellen Ressourcenallokation.

In Spontansiedlungen ist das Selbsthilfepotential größer, als es erste Erfahrungen mit Sanierungsprojekten vermuten lassen. Mit Hilfe eines Inputmodells des Wohnungsbaus lassen sich Möglichkeiten und Grenzen der Selbsthilfe auf Wohngebietsebene systematisch aufzeigen. Die Mobilisierung der Selbsthilfe zur Verbesserung der Wohnverhältnisse ist im Rahmen eines Modells von den jeweiligen Markt- und Produktionsbedingungen der einzelnen Inputs abhängig. Selbsthilfe entfaltet sich dann, wenn nicht entsprechende Fremdleistungen auf dem Markt zu beschaffen sind; die Entfaltung der Selbsthilfe scheitert häufig an Voraussetzungen, die außerhalb der Reichweite der Selbsthelfer liegen.

Wenn der Staat nicht in der Lage ist, die nicht marktfähigen Haushalte mit Wohnungen zu versorgen, bietet die Förderung von Selbsthilfeaktivitäten die ökonomische Alternative, die Wohn- und Lebensverhältnisse breiter Bevölkerungsgruppen zu verbessern. Selbsthilfeförderung läuft auf die Schaffung und Entwicklung der Voraussetzungen hinaus, die für die Entfaltung von Selbsthilfe unabdingbar sind. Ohne Hilfe keine Selbsthilfe - aktuelle Erfahrungen mit Selbsthilfeorganisationen in Ländern der Dritten Welt bestätigen dies ebenso wie historische Beispiele mit der frühen Genossenschaftsbewegung in den heutigen Industrieländern. Schon durch relativ einfache Hilfsmaßnahmen von außen können in Spontansiedlungen brachliegende Selbsthilfereserven mobilisiert, bzw. die Produktivität der Selbsthilfeaktivitäten erheblich verstärkt werden.

Allgemein schaffen solche Maßnahmen ein Minimum an Sicherheit und Zukunftsperspektiven in Spontansiedlungen, ohne das Bewohner nicht zur Investition von Einkommensüberschüssen und eigener Arbeit in die Wohnverbesserung bereit sind, selbst wenn sie dazu befähigt wären. Obwohl konkrete Maßnahmen von den spezifischen Bedingungen einer Spontansiedlung abgeleitet und auf die spezifischen Bedürfnisse ausgerichtet werden müssen, kann man beispielhaft folgende Aktionsfelder identifizieren:

- Besitzsicherung und Grundstücksregulierung
- Anleitung von Infrastrukturprojekten
- Technische Beratung bei Baumaterialproduktion und -verwendung
- Aus- und Fortbildungskurse zur Qualifizierung der Arbeit

- Selbsthilfeberatung
- Starthilfe bei der Gründung von Genossenschaften.

Die Politik der Selbsthilfeförderung erreicht zwar weitaus mehr einkommensschwache Haushalte als die konventionelle Wohnungs- und Siedlungspolitik. Dennoch geht auch sie an den Ärmsten vorbei; ohne Einkommen könnte ihnen nur die staatliche Obdachlosenfürsorge eine menschenwürdige Wohnung verschaffen. Im reformpolitischen Ansatz liegen die Grenzen der Selbsthilfeförderung; sie ist weder geeignet, die ungleiche Einkommensverteilung grundsätzlich zu ändern, noch Urbanisierungsprozesse von ihren Ursachen her zu bekämpfen. Realistische Aussichten auf die Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse in bevölkerungsstarken und flächenintensiven Spontansiedlungen verschaffen der Selbsthilfeförderung die politische Legitimation; die ökonomische Tragfähigkeit hat sich längst unter Beweis gestellt.

ANMERKUNGEN

(1) Kritiker halten diesen Begriff für euphemistisch, da "spontan" mit Lebensfreude assoziiert werde, wodurch sich die betreffenden Gebiete gegenüber anderen Stadtteilen bestimt nicht auszeichnen; oder irreführend, da "spontan" eine planlose und zufällige Entwicklung suggeriere, die an der Tatsache vorbeigehe, daß die Existenz dieser Gebiete Ergebnis einer planvollen Durchsetzung von Interessen bestimmter Gruppierungen sind (Ward 1983, 35). Im Problem der Übersetzung der englischen Begriffe "squatter", "irregular", "unauthorized settlement", etc. liegt offensichtlich ein konzeptionelles. Mit Spontansiedlungen wollen wir den nicht staatlich geplanten Charakter eines Wohngebiets unterstreichen, dem der im staatlichen Auftrag handelnde Planer oft widerspruchsvoll gegenüber steht.

(2) Allein die Weltbank hatte von 1972 bis 1980 insgesamt 2,5 Milliarden Dollar an Mitteln für Urbanisierungsprojekte verauslagt. Im Rahmen von Wohnungsbauprogrammen wurden in 22 Ländern der Dritten Welt 310.000 Grundstücke mit Basisinfrastruktur erschlossen (Sites and Services) und 780.000 Grundstücke in Spontansiedlungen nachträglich infrastrukturell verbessert (Upgrading). Damit sollen über 10 Millionen Menschen in den Nutzen der Weltbankprojekte gekommen sein (Linn 1983, 170).

(3) Erst in neuerer Zeit wird Turner, dessen Thesen das Denken einer ganzen Generation von Architekten und Planern beherrschte, theoretisch kritisiert (Harns 1982; Burgess 1982). Empirische Untersuchungen weisen darüberhinaus die Schranken von Turners Selbsthilfekonzent nach (Payne 1982, Connolly 1982, Ward 1982 b, Skinner 1982). Mit ökonomischer Analyse hat Turners Vision vom schier unerschöpflichen Selbsthilfepotential wenig zu tun; er begreift Selbsthilfe als unabhängiges Prinzip der Selbstverwirklichung und reißt sie aus ihrer ökonomischen Konditionierung heraus.

(4) Turin unterscheidet vier Sektoren: international modern, national modern, national conventional, traditional (United Nations 1969, 58 ff.). Um den Selbsthilfesektor den Marktsektoren gegenüberzustellen, erscheint eine Differenzierung des industrialisierten Bausektors in einen internationalen und einen nationalen Teil nicht erforderlich. Andere Sektoralisierungsversuche nach anderen Kriterien werden von Drakakis-Smith (1981, 40 ff.) und Lea (1979) vorgestellt.

(5) Unter diesem analytischen Aspekt ist der Selbstbau nicht dem informellen Sektor zuzu-

rechen, wie es häufig in der Diskussion geschieht (z.B. Halberstadt 1981). Da im informellen Sektor der Austausch in monetärer Form erfolgt, ist er ein Marktsektor; ein Marktsektor ohne staatliche Kontrolle zudem, in dem starke Konkurrenzkräfte wirken. In unserer Klassifizierung nach Produktionsweisen ist der informelle Bausektor ein Teil des kleingewerblichen Sektors. Selbstverständlich bestehen intensive Beziehungen zwischen dem kleingewerblichen und dem Selbsthilfesektor, die die Übergänge fließend erscheinen lassen (Moser 1978, 1055 ff.).

(6) Zum Konzept des technischen Fortschritts durch Schaffung von Massenproduktions- und Spezialisierungsvorteilen (economies of scale and specialization) vgl. z.B. Rosenberg 1976, 1941 ff.

(7) Auch den von der Weltbank finanzierten Selbsthilfeprojekten wird ökonomische Effizienz bei gleichzeitig günstigen Verteilungswirkungen nachgesagt (Linn 1983, 169 ff.). Die jährliche Kapitalverzinsung liege zwischen 10 und 15 %, und niemals zuvor hätten wohnungspolitische Maßnahmen Haushalte mit niedrigerem Einkommen in solch breitem Umfang erreicht.

(8) ein Beispiel liefert Jimenez (1980). Er untersucht modelltheoretisch drei Fälle des Wohnungsbaus: 1. Ausschließlicher Einsatz von bezahlter Arbeit, 2. Ausschließlicher Einsatz von Selbsthilfe, 3. Kombination von Bezahlter Arbeit und Selbsthilfe. Zu welchem Fall der Haushalt zählt, hängt von Verhältnis Lohnsatz zum Preis der bezahlten Arbeit und dem Grenznutzen der Freizeit ab. Das Problem wird zu einem von Nachfrage und Angebotselastizitäten mit Substitutionseffekten stilisiert. Das Ergebnis ist trivial: mit steigendem Lohnsatz des beschäftigten Haushalts dem Gradmesser der Opportunitätskosten der Zeit, geht die Bereitschaft zurück, Zeit für Selbsthilfe im Wohnungsbau aufzubringen (Jimenez 1980, 116).

(9) Vg. z.B. die positiven Erfahrungen mit organisierter Selbsthilfe des Comité del Pueblo in Quito bei Landbeschaffung und Infrastrukturverbesserung (Heimer/Ziss 1980, 44 ff.).

(10) So wurde beispielsweise in Chile unter Aliende bis zu 20 % des Baumaterialbedarfs genossenschaftlich gedeckt, wodurch die Preise um 20 bis 30 % gesenkt werden konnten (Drakakis-Smith 1981, 176). Interessante Vergleichspunkte bietet auch die Situation in Wien nach dem 1. Weltkrieg; aus der "wildem" Ansiedlung entwickelte sich eine Genossenschaftsbewegung, die u.A. auch Baumaterialien in Selbsthilfe produzierte (Novy 1981).

(11) Nach Drakakis-Smith (1981, 175 ff.) entfallen etwa 70 % der Wohnungsbaugesamtkosten in der Dritten Welt auf Materialien und 30 % auf Arbeit. Nach eigenen Erhebungen in Ghana ist der Arbeitskostenanteil in den 60er und 70er Jahren ständig gefallen und liegt Mitte der 70er Jahre bereits unter 20 % (Ziss/Schiller 1981, 37 ff.).

LITERATUR

Angel, S. et al. (Eds.) (1983), Land For Housing the Poor, Singapore: Select Books
 Blitzler, Silvia/Hardoy, Jorge E./ Satterthwaite, David (1982), Vivienda para la población de bajos ingresos: Necesidades y respuestas gubernamentales en el Tercer Mundo. In: El Trimestre Económico, Vol. XLIX (2), No.194, 423-449
 Burgess, Rod (1982), Self-Help Housing Advocacy: A Curious Form of Radicalism. A Critique of the Work of John F.C. Turner, in: Ward 1982a, 56-97
 Conolly, Priscilla (1982), Uncontrolled Settlements and Self-Build: What Kind of Solution? The Mexico City Case, in: Ward 1982a, 141-174
 Drakakis-Smith, David (1981), Urbanisation, Housing and the Development Process. London: Croom Helm
 Ganesan, S. (1979), Growth of Housing and Construction Sectors. Key to Employment Creation, in: Progress in Planning, Vol.12 (1), 1-79

Halberstadt, Rudolf (1981), Zur Bedeutung des informellen Sektors für die Wohnungsversorgung in Entwicklungsländern. Pflödyer für mehr Selbsthilfe, in: Raumforschung und Raumordnung, 39. Jg., Heft 4, 163-167
 Harms, Hans (1982), Historical Perspectives on the Practice and Purpose of Self-Help Housing, in: Ward 1982 a, 17-53
 Heimer, Joachim/Ziss, Roland (1980), La vivienda popular en el Ecuador: Efectos económicos. Materiales de trabajo 26 del ILDIS. Quito: Instituto Latinoamericano de Investigaciones Sociales
 Jimenez, Emmanuel Y. (1980), The Economics of Self-Help Housing: Theory and Evidence in the Development Setting. Ph. D. Thesis. Providence, Rhode Island: Brown University
 Lea, John (1979), Self-help and autonomy in housing: theoretical critics and empirical investigators, in: Murison/Lea 1979, 49-53
 Lewin, A.C. (1981), Housing Co-operatives in Developing Countries. A Manual for Self-Help in Low-Cost Housing Schemes. Chichester etc.: John Wiley & Sons
 Linn, Johannes F. (1983), Cities in the Developing World. Policies for Their Equitable and Efficient Growth. New York etc.: Oxford University Press
 Martin, Richard (1982), The Formulation of a Self-Help Projekt in Lusaka. In: Ward 1982 a, 251-274
 Moser, Caroline O.N. (1978), Informal Sector or Petty Commodity Production: Dualism or Dependence in Urban Development? In: World Development, Vol.6, No.9/10, 1041-1064
 Murison, Hamish S./Lea, John P. (Eds.) (1979), Housing in Third World Countries. Perspectives on Policy and Practice. London and Basingstoke: Macmillan Press
 Niermann, Manfred (1978), Aspekte der Kostenreduzierung im Wohnungsbau für unterste Einkommensgruppen in Entwicklungsländern. Diss. Darmstadt: Technische Hochschule
 Novy, Klaus (1981), Selbsthilfe als Reformbewegung. Der Kampf der Wiener Siedler nach dem 1. Weltkrieg, in: Arch+ 55, 26-40
 Pasteur, David (1979), The Management of Squatter Upgrading. A Case Study of Organisation, Procedures and Participation. Westmead: Saxon House
 Payne, Geoffrey K. (1982), Self-Help Housing: A Critique of the Gecekondu in Ankara, in: Ward 1982 a, 117-139
 Riedel, Jürgen/Schultz, Siegfried (1980), Construction and Building Materials Industry in Developing Countries, in: Economics, Vol.21, 36-64
 Rosenberg, Nathan (1976), Perspectives of Technology. Cambridge etc.: Cambridge University Press
 Sethuraman, S.V. (Ed.) (1981a), The urban informal sector in developing countries. Employment, poverty and environment. Geneva: International Labour Office
 Sethuraman, S.V. (1981b), The informal sector and the urban environment, in: Sethuraman 1981a, Chapter 13, 171-187
 Skinner, Reinhard (1982), Self-Help, Community Organization and Politics: Villa El Salvador, Lima; in: Ward 1982a, 209-229
 Turner, John F.C. (1982), Issues in Self-Help and Self-Managed Housing, in: Ward 1982a, 99-113
 Turner, John F.C. (1978), Verelendung durch Architektur. "Housing by People". Pflödyer für eine politische Gegenarchitektur in der Dritten Welt. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt
 United Nations Centre for Human Settlements (Habitat) (1982), Survey of Slum and Squatter Settlements. Dublin: Tycooly International Publishing
 United Nations, Department of International Economic and Social Affairs (1978), Non-conventional financing of housing for low-income households. New York: United Nations
 United Nations Industrial Development Organization, Vienna (1969), Construction Industry. Monograph on Industrial Development No.2 New York: United Nations

Ward, Peter M. (1983), Land for housing the poor: how can planners contribute? In: Angel 1983, 34-53
 Ward, Peter M. (Ed.) (1982a), Self-Help Housing. A Critique. London: Mansell
 Ward, Peter M. (1982b), The Practice and Potential of Self-Help Housing in Mexico City, in: Ward 1982 a, 175-208
 Ward, Peter M. (1982c), Informal Housing: Conventional Wisdoms Reappraised. In: Built Environment, Vol.8, No.2, 85-94
 Wegener, Rainald (1980), Low-income Housing Finance: An Integrated Approach, in: Vierteljahresberichte Nr.82, 343-356
 Ziss, Roland/Schiller, Günter (1981), Employment effects, income effects and import shares of housing in Ghana. University of Wuppertal, mimeo

BUCHBESPRECHUNGEN

HANNAH SCHRECKENBACH, WITH THE ASSISTANCE OF JACKSON G.K. ABANKWA: CONSTRUCTION TECHNOLOGY FOR A TROPICAL DEVELOPING COUNTRY. 338 Seiten mit vielen Abbildungen. GTZ, Eschborn, 1983

Die bisherige Fachliteratur zum Thema Architektur und Bauen in der Dritten Welt läßt sich in drei Bereiche einteilen, die jeweils unterschiedliche Herangehensweisen und Zielsetzungen implizieren:

1. die Dokumentierung traditioneller Bauweisen ("vernakuläre Architektur") - nicht frei vom Hang zum Exotischen,
2. die technisch-konstruktive Darstellung der Möglichkeiten des "modernen" Bauens in den Tropen ("Tropenbau"),
3. die aus der Auseinandersetzung mit den Wohnproblemen in der Dritten Welt hervorgehende Forderung nach einer Anpassung von Techniken und Materialien an Lebensbedingungen und Bedürfnisse der dortigen Bevölkerung ("alternatives Bauen").

Mit Hannah Schreckenbachs "Construction Technology ..." kommt nun ein Buch auf den Markt, das diese drei eigentlich untrennbaren Bereiche des Bauens in der Dritten Welt miteinander sensibel verknüpft. Im Bewußtsein um die gravierenden Wohnungsversorgungsprobleme - unter anderem ausgelöst durch die mangelnde Verfügbarkeit von Baumaterialien - schlägt Frau Schreckenbach als Lösungsansatz die Verwendung lokaler Rohstoffe und lokal verfügbarer Baustoffe in Verbindung mit einfachen, billigen Technologien vor. Dabei versucht sie sowohl einheimische Bautraditionen, als auch das Wissen über moderne Baumethoden einzubeziehen. Sie erhebt allerdings nicht den Anspruch, eine allgemein anwendbare Technologie für alle tropischen Länder zu entwickeln. Bei allen Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten der Probleme gibt es gleichzeitig große Unterschiede zwischen einzelnen Ländern und Regionen, die aus unterschiedlichen klimatischen und topographischen Bedingungen sowie aus den verschiedenen soziokulturellen Erfahrungen resultieren. So beschränkt sie sich in ihrer Betrachtung von vornherein auf ein Land: Ghana.

Hannah Schreckenbach arbeitete über zwanzig Jahre in Ghana als leitende Architektin und zuletzt als Dozentin an der Architektur fakultät der Technischen Universität in Kumasi. Die in der direkten Konfrontation mit der dortigen Lebensrealität und den dortigen Bauproblemen gesammelten berufli-

chen und persönlichen Erfahrungen sind in dieses Buch eingeflossen. Es ist vor allem an ghanaische Architekturstudenten und -praktiker gerichtet, besitzt jedoch einen über die Grenzen Ghanas hinausgehenden Wert, sowohl hinsichtlich der methodischen Herangehensweise, als auch hinsichtlich der hier gesammelten und vermittelten Informationen.

Zunächst werden detailliert (mit vielen Fotos, Zeichnungen, Konstruktions-skizzen) die einheimischen Baumethoden dargestellt, nach den verschiedenen Regionen Ghanas gegliedert.

"To enable an architect to design and detail good but cheap houses in tropical developing countries he or she must have a complete understanding of the methods with which the traditional builder have built his structures" (21).

Wir bekommen hier keine nur technische Beschreibung, Architektur wird nicht nur als bloßes Spiel mit Material und Form verstanden, sondern auf's engste mit den Lebensbedingungen ihrer Nutzer verknüpft. Klima und lokal vorgefundene Materialien wirkten wesentlich auf die entstandenen Bauweisen ein, aber auch Religion, soziale Beziehungen, wirtschaftliche Strukturen, Rollenzuweisungen. Daneben erfahren wir, wie durch die Einwirkung europäischer Händler, Kolonisatoren und Missionare bereits seit dem Ende des 15. Jahrhunderts neue, fremde Einflüsse zusammen mit importierten Baumaterialien das Bauen in Ghana bestimmten. Während auf dem Land heute noch traditionell-einheimische Bauweisen vorherrschen, ist das Bild der Städte zunehmend von industriellen Baumaterialien und den ihnen entsprechenden Konstruktionen bestimmt.

Nachfolgend benennt Frau Schreckenbach die in Ghana verfügbaren natürlichen, aber auch industriellen Baustoffe sowie Baustoffe aus landwirtschaftlichen und industriellen Abfallprodukten (z. B. Reisschalenasche, Schlacke), ohne sie jeweils als besser oder schlechter zu bewerten. Allein Holz widmet sie ein eigenes Kapitel, da sie vor allem diesem erneuerbaren Rohstoff große Einsatzmöglichkeiten innerhalb der ghanaischen Bauwirtschaft vorhersagt.

Die dann beschriebenen und in vielen Zeichnungen dargestellten Konstruktionsbeispiele sind ebenfalls speziell auf die in Ghana vorhandenen Baustoffe, Verbindungselemente, Technologien, etc. ausgerichtet. Die vielen Beispiele, die bis zu Möbelkonstruktionsplänen reichen, ignorieren zurecht die von vielen Autoren gemachte Unterscheidung in "traditionell", also rückständig, und "modern", also fortschrittlich (oder im ökologischen Bewußtsein manchmal auch umgekehrt bewertet). Ganz selbstverständlich lernen wir z.B. den Aufbau eines Palmblättdaches neben dem eines Wellblechdaches kennen. Sie haben beide im heutigen Ghana eine Daseinsberechtigung.

Entsprechend zeigt Frau Schreckenbach auch in ihrem letzten Kapitel über Infrastruktur das in Ghana mögliche auf: einerseits Biogasproduktion, Sonnenenergie und Recycling, andererseits Elektroinstallationspläne nach europäischem Muster.

Hannah Schreckenbach fordert also keine ökologischen oder naturverbundenen Konstruktionen um jeden Preis, sondern billiges Bauen durch Integration der

verschiedenen vorhandenen Möglichkeiten. Da spielt es zunächst keine Rolle ob Asbestzement, Kunststoff oder Strohlehm zur Anwendung kommen, solange sie auf dem Baustoffmarkt zu annehmbaren Preisen angeboten werden. Sie will die Bautechniken aufwerten, die andere immer noch mit überheblichem Unterton als "primitiv" bezeichnen und mit den sog. "modernem", "westlichen" in eine Reihe stellen, ohne die letzteren mit der schicken Ökoeuphorie abzuwerten. Ob bei dieser undogmatischen Herangehensweise ihre integrierenden weiblichen Fähigkeiten mitspielen, sei dahingestellt. Trotzdem mag es kein Zufall sein, daß dieses Buch von einer Frau geschrieben wurde.

was leider zu kurz kommt, ist eine konsequentere Verbindung und Mischung "traditioneller" und "moderner" Konstruktionsmethoden in den gezeigten Beispielen, also z.B. ein Wellblechdach mit Stroh als Dämmung. Doch wird es dem im Geiste dieses Buches wirkenden Praktiker nicht schwer fallen, diese Verbindung in seinen eigenen Entwürfen herzustellen.

Joanna Kotowski

E.HERMANTO, T.KUSWARTOJO, H.KULL, B. MULLTHAUP
FÖRDERMASSNAHMEN FÜR DEN INFORMELLEN BAUSEKTOR - EIN BEITRAG ZUR STADTENTWICKLUNGSPLANUNG IN JAKARTA, INDONESIEN

ISBN 37983 09485, Preis DM 20.--, zu beziehen über die Universitätsbibliothek der TU Berlin, Abt. Publikationen Str. des 17.Juni 135, 1000 Berlin 12

Dieser deutsch-indonesische Forschungsbericht erhebt nicht den Anspruch einer wissenschaftstheoretischen Analyse sondern ist eine realitätsnahe Studie von Teilen des informellen Bausektors in Jakarta.

Ausgangspunkt sind Tendenzen in der indonesischen Verwaltung, nach einer Dekade diskriminierend-ablehnender Haltung, den hohen Stellenwert traditionell-informeller Aktivitäten in den verschiedensten Wirtschaftszweigen anzuerkennen, und die Rolle des informellen Sektors in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsplanung neu zu definieren. Adressaten sind dem entsprechend indonesische Politiker, Planer und Behörden. Deutsche Leser ohne gewisse Sach- und Landeskenntnisse werden ihre liebe Not mit den vielen, unzureichend erklärten indonesischen Begriffen und Abkürzungen haben und politische Standpunkte vermissen.

Die Feldstudien konzentrieren sich auf - die informelle Distribution von Baumaterialien
- das Angebot informeller Bauleistungen
- den informellen Wohnungsbau (70-80 % der Wohnversorgung).

Die informelle Produktion von Baumaterialien bleibt ausgeklammert. Es kristallisieren sich 3 Problembereiche heraus und der vorgeschlagene Maßnahmenkatalog umfaßt Empfehlungen zur

- Förderung der Baumaterialienhändler durch Legalisierung der Standorte und institutionalisierte Finanzhilfen, sowie
- die soziale Absicherung der informellen Bauhandwerker durch einen gemeinsamen Fond zur Überbrückung von Verdienstausschlagzeiten und zum Aus-

gleich sozialer Härten.

Im Wohngebiet (Kampung) gibt es weniger Engpässe beim Hausbau als bei der Ver- und Entsorgung technischer Infrastruktur. Aufgrund der Verfügbarkeit von Studien über bisherige Kampung-Sanierungsprogramme werden zu diesem Problemfeld besonders ausführliche Lösungsvorschläge gemacht. Die Verfasser entwerfen ein Modell

- partizipatorischer Sanierungspraxis, die bestehende Organisationsstrukturen im Kampung nutzt, um die Bewohner maßgeblich an Vorschlägen zu Art und Umfang der jeweiligen Verbesserungsmaßnahmen zu beteiligen und fordern die finanzielle und technische Unterstützung lokaler Initiativen zum Bau und zur Instandhaltung der Einrichtungen.

Obwohl sämtliche Förderungsmaßnahmen stark an der indonesischen Situation festgemacht sind, bietet der Bericht interessante Denkanstöße für die generelle Betrachtung von informellen Wirtschaftsbereichen. Skepsis bezüglich der Durchführbarkeit einzelner Schritte ist jedoch angebracht. Unerwünschte Konsequenzen beispielsweise bei der Legalisierung von Grundstücken für Hausbesitzer und Baumaterialienhändler bleiben unberücksichtigt.

Als Policy-Paper ist der Bericht stellenweise zu wenig konkret, der 'informelle Sektor' zu unscharf definiert. Trotzdem gibt es bisher kaum eine Studie, die einigen Fragen des informellen Sektors so intensiv nachgegangen ist.

Margit Meßner

EBERHARD KNAPP, LORE KOPPENHÖFER, JOSEPH OENARTO, DIETMAR ZILLER:
WOHNPROBLEME IN DER DRITTEN WELT, ARBEITSBERICHT 39, STÄDTEBAULICHES INSTITUT DER UNIVERSITÄT STUTTGART, Stuttgart 1982, Großformat, 418 Seiten Preis 24.--DM, Vertrieb: Abteilung Dokumentation des städtebaulichen Instituts der Universität Stuttgart, 7000 Stuttgart 1, Keplerstr.11

Bei diesem Arbeitsbericht des Städtebaulichen Instituts der Universität Stuttgart handelt es sich um eine überarbeitete Fassung der Diplomarbeiten der vier Verfasser.

Die Arbeiten wurden von John Turner inspiriert und begleitet. Jeder der Verfasser hat in einer Großstadt in der Dritten Welt eine empirische Fallstudie über Lebensbedingungen im informellen Sektor, die jeweilige staatliche Wohnungspolitik und Ansätze für Alternativen in der Wohnungspolitik erarbeitet. Die vier Fallstudien beziehen sich auf Bogota (Kolumbien), Jakarta (Indonesien), Nairobi (Kenia) und Kasama (Sambia). Der allgemeine theoretische Rahmen sowie die Schlußfolgerungen wurden von den Autoren gemeinsam ausgearbeitet.

Das Buch beginnt mit einem Überblick über Verstädterung und Wohnen in der Dritten Welt, der leider sehr knapp und skizzenartig geraten ist und die Diskussion der letzten Jahre nur andeutungsweise widerspiegelt. Daran schließt sich ein Teil über Theorien der Entwicklung und Unterentwicklung an. Im dritten Teil fassen die Autoren John Turners Vorstellungen zum Wohnungsproblem in der Dritten Welt zusammen; diese machen sie zum Ausgangs-

punkt für ihr weiteres Vorgehen. In ihren Fallstudien haben sie sich unterschiedlicher, insbesondere qualitativer sozialwissenschaftlicher Methoden bedient.

Mit diesem deduktiven Argumentationsweg - von der Entwicklungstheorie über ein Paradigma des "Behausungsprozesses" bis zu den Fallstudien - haben sich die Autoren einiges vorgenommen. Bei der Lektüre zeigt sich jedoch recht schnell, daß die Autoren diesem Anspruch nicht gerecht werden. Das Buch ist nicht aus einem Guß. Die einzelnen Teile sind nicht besonders gut aufeinander bezogen, außerdem ist der Argumentationsrahmen nicht immer einheitlich. Die Autoren verwenden Theorieelemente, die aus Theorien unterschiedlicher Herkunft stammen, recht freizügig durcheinander. Sozialwissenschaftliche Entwicklungstheorie ist nicht gerade ihre Stärke.

Zum Beispiel besteht kaum eine inhaltliche Verknüpfung zwischen der Auseinandersetzung mit Theorien vom "kapitalistischen Weltssystem" (Teil 2) und der anschließenden Erörterung der Wohnungsfrage in der 3. Welt (Teil 3).

Das mag daran liegen, daß sich die Autoren in ihrem 3. Teil ganz eng an John Turners etwas idealistische Vorstellungen vom "Wohnen als Prozeß" ("Housing as a Verb") anlehnen. Mehr polit-ökonomische Ansätze, die auch den Bezug zur Entwicklung von Unterentwicklung deutlich gemacht hätten, bleiben dagegen unerwähnt.

Als Schlußfolgerung und Empfehlung für künftige Wohnungspolitik wird dem Leser ein undifferenziertes Loblied auf Selbsthilfe vorgesetzt. Die Ambivalenz der Selbsthilfeforderung (einerseits ein gangbarer Weg zur Grundbedürfnisbefriedigung - andererseits Doppelbelastung und Überausbeutung der in Selbsthilfe Bauenden) reflektieren die Autoren nicht. Ausgerechnet Milton Friedmann wird als Kronzeuge für die positiven Wirkungen von Selbsthilfeprojekten zitiert!

Die Stärke des Buches liegt meiner Meinung nach in den Fallstudien aus den vier untersuchten Gebieten. Insbesondere in den Darstellungen der Familien, ihrer Hintergründe, ihrer Wanderungsgeschichte, ihrer jetzigen Lebensumstände, kommt eindrucksvoll die Realität vom Leben im Squattergebiet zum Ausdruck. Zurecht, meine ich, lassen sich die Autoren auf die Schilderung von Lebensgeschichten, ja oft das Erzählen von Geschichten ein. Denn ihre Kenntnis muß auch den Ausgangspunkt für bessere Wohnungsplanung bieten.

Allerdings sind die Fallstudien in ihrer Intensität sehr unterschiedlich. Ich fand den Bericht über Jakarta (z. B. die Geschichte des Müllverwerters) am eindringlichsten, die Studie über Bogota am schwächsten, zu wenig konkret, zu sehr mit Planer- und Soziologenausdrücken angereichert.

Außerdem ist etwas störend, daß der Text teils deutsch-, teils englischsprachig abgefaßt ist. -

Trotz der erwähnten Schwächen ist das Buch lesenswert: Die Fallstudien entschädigen für manches Ärgernis in den Rahmenkapiteln.

Einhard Schmidt

RAINER FICKERT, MANFRED WETTER:
SQUATTER UND INFORMELLER SEKTOR IN LUSAKA. MATERIALIEN ZUM PLANEN UND BAUEN IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN, Berlin 1981, 370 Seiten, Preis 16,-DM (Vertrieb: Universitätsbibl. der TU Berlin, Abt. Publikationen, Straße des 17. Juni 135 1000 Berlin 12)

Das Buch ist die veröffentlichte Fassung der Diplomarbeit der beiden Autoren. Am Beispiel der Situation der Squatter in der zambischen Hauptstadt Lusaka soll ein Beitrag zur Frage der Behausung und Lebensverhältnisse der Armen in städtischen Gebieten von Entwicklungsländern gegeben werden. Squattergebiete sind Übergangswohnquartiere, sie stehen an der Schwelle des Überganges von der ländlichen zur städtischen Lebensweise. es ist deshalb zum Verständnis ihrer Struktur und Funktion wichtig, sich die Lebensweise der Bevölkerung in den Herkunftswohngebieten zu vergegenwärtigen. Die Autoren schenken der Darstellung der Voraussetzungen von Abwanderung aus den ländlichen Gebieten nach Lusaka großen Raum. Am Beispiel von zwei Stämmen werden Ausgangsbedingungen und Folgen der städtisch-ökonomischen Entwicklung des heutigen zambischen Territoriums aufgearbeitet. Erst im letzten Drittel der Arbeit werden empirische Befunde über die Lebensbedingungen der Squatter von Lusaka und der Ökonomie des informellen Sektors ausgebreitet. In diesem Teil wird ein sehr umfassendes Bild des alltäglichen Lebens in Squattergebieten von Lusaka und der wichtigsten Probleme entworfen. Die Autoren gehen auch auf die innere, soziale und politische Organisation der Squatter ein. Schließlich werden auch die Projekte der Weltbank zur Aufwertung der Gebiete kritisch gewürdigt.

Die Stärke des Buches liegt vor allem in diesem empirischen Teil. Interessant ist auch die Darstellung des Zusammenhanges zwischen traditionellen Lebensweisen, den Auswirkungen des kolonialen Eingriffs auf die traditionellen Lebensweisen und der jetzigen Situation in den Squattergebieten. Ich halte das Buch für einen wichtigen Beitrag zum Studium der Realität in städtischen Armutsquartieren und des informellen Sektors.

Auf der anderen Seite ist das Buch zum Teil schwer zu lesen. Besonders in den einleitenden Kapiteln ist es mit zwar interessanten, aber für das Thema nicht relevanten Abschweifungen überladen. Eine redaktionelle Bearbeitung hätte dem Buch nur nützen können. Wäre der Text auf die Hälfte seines Umfangs reduziert, ließe es sich besser verdauen.

Einhard Schmidt

FLORIAN STEINBERG: DIE STÄDTISCHE WOHNUNGSFRAGE IN SRI LANKA, PERSPEKTIVEN DER WOHNUNGSPOLITIK FÜR DIE ARMEN, Verlag Breitenbach, Saarbrücken 1982, 458 Seiten

Die Arbeit von Florian Steinberg ist als Dissertation entstanden und basiert in ihrem empirischen Teil auf längeren Feldforschungsaufenthalten des Autors in Sri Lanka.

Bei der Diskussion um städtische Wohnungspolitik in der Dritten Welt ist das Beispiel Sri Lankas besonders interessant, weil dort seit einiger Zeit

eine bewußte Reformpolitik zur Lösung der Wohnungsfrage betrieben wird. Im Mittelpunkt der Wohnungspolitik Sri Lankas steht ein Grundbedürfnis-Ansatz, ein wichtiges Element der wohnungspolitischen Strategie ist die erhaltende Erneuerung von Slums und Shanties in Colombo.

Der Autor geht aus von den konkreten Lebensverhältnissen der Armen in Colombo und den Produktions- und Klassenverhältnissen, wie sie sich in Sri Lanka während der Kolonialzeit entwickelt haben, bevor er sich seinem eigentlichen Thema, dem Staatseingriff im Wohnungssektor und der Reformpolitik im Wohnungsbereich zuwendet. Wesentliche Bestimmungsgrößen zur Einschätzung der Wohnungspolitik werden analysiert: die Entwicklung der Baubranche, Probleme des städtischen Wohnungsmarktes und schließlich die verschiedenen wohnungspolitischen Strategieelemente, die von der Regierung eingeführt worden sind (Niedrigkosten, Hochhausbau, Aided-Self-Help-Wohnungsbau und Slum- und Shanty-Sanierung). Dabei werden die Wechselbeziehungen zwischen der sozio-ökonomischen Stellung der ärmeren Bevölkerungsgruppen und den Reaktionen der jeweiligen politischen Führung gut herausgearbeitet.

Trotz des Umfangs ist das Buch übersichtlich aufgebaut und bleibt in seiner Argumentationslinie stets konsistent.

Die Schlußfolgerungen des Autors lassen sich in zwei Punkten zusammenfassen:

- trotz unbestreitbarer Erfolge der Wohnungspolitik Sri Lankas ist doch die Wohnungsfrage für die ärmsten Bevölkerungsgruppen weiterhin ungelöst. Eine grundsätzliche Lösung ist auch kaum zu erwarten, solange die kapitalistische Produktionsweise fortbesteht. Die Unterstützung des Staates für Selbsthilfeprojekte ist zweifellos eine neue Variante, Selbsthilfe führt aber auch zu zusätzlicher Belastung des Arbeitstages der Betroffenen und sollte deshalb nicht nur positiv verklärt werden;
- die Wohnungsfrage ist kein Problem der "nationalen Armut", sie ist eine Verteilungsfrage. Am Beispiel Sri Lankas zeigt sich, daß eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zur Befriedigung der Wohnbedürfnisse aller führen könnte.

Das Buch ist ein ganz wichtiger Beitrag zur Diskussion um Selbsthilfe im Wohnungsbau in der Dritten Welt.

Einhard Schmidt

LITERATURHINWEISE; NEUERSCHEINUNGEN

Inge Pohl, Steven Scekely-Laumann
Wo finde ich was

Informationen zur Literaturbeschaffung und den Literaturbestand der Universitäts- und der Bereichsbibliothek Raumplanung Dortmund zur Stadt- und Regionalplanung in Entwicklungsländern (60 Seiten, 1983) zu beziehen gegen einen geringen Kostenbeitrag über den Informationskreis für Raumplanung e.V. (IFR) Postfach 500 500, 4600 Dortmund 50.

Klaus R. Kunzmann, Taylan K. Derioglu
unter Mitarbeit von Marie Keefe
Environmental Education and Training
in and for Developing Countries
(120 S.)
Vertrieb: Institut für Raumplanung
(IRPUD), Universität Dortmund, Post-
fach 500 500, 4600 Dortmund 50.

Bernd Janssen/Klaus R. Kunzmann
(Hrsg.)

Aspekte der Raumplanung in Entwick-
lungsländern

Vertrieb: Informationskreis für Raum-
planung e.V. (IFR), Universität Dort-
mund, Postfach 500 500, 4600 Dortmund
50, Bd.13, 1982, 370 S., 24,00 DM

Wolfgang Eckhard, Uwe Friedrich, Mar-
tin Orth, Einhard Schmidt, Rita
Schneppf (Hrsg.)

Raumplanung und ländliche Entwicklung
in Tanzania

Vertrieb: Informationskreis für Raum-
planung e.V. (IFR), a.a.O., Bd.27,
1983, 180 S., 20,00 DM

MATHUR, OM PRAKASH (ED.):

SMALL CITIES AND NATIONAL DEVELOPMENT,
Nagoya 1982. United Nations Center for
Regional Development (UNCRD). 356 Sei-
ten

Das Buch enthält insgesamt 15 Beiträge
zur Sitzung einer Expertengruppe über
die Rolle von Klein- und Mittelstädten
in nationalen Entwicklungsprozessen,
die vom 26. Januar bis 1. Februar 1982
im UN Center for Regional Development
in Nagoya, Japan, stattfand. Neben
Länderstudien aus China, Indien, Ja-
pan, Korea und den Philippinen enthält
das Buch international vergleichende
Studien, so z.B. über Kennzeichen von
Mittelstädten in Entwicklungsländern
(u.a. RONDINELLI) oder Implementa-
tionsprobleme von Dezentralisierungs-
strategien (z.B. ANDRADE). Drei Bei-
träge setzen sich schließlich mit Kon-
sequenzen und Chancen (CORBIN, HANSEN)
sowie Problemen der Formulierung von
Mittelstadtpolitiken (RICHARDSON) aus-
einander.

MÜLLER, BERNHARD:

FREMDENERKEHR UND ENTWICKLUNGSPOLITIK
ZWISCHEN WACHSTUM UND AUSGLEICH: FOL-
GEN FÜR DIE STADT- UND REGIONALENT-
WICKLUNG IN PERIPHEREN RÄUMEN.

(BEISPIELE VON DER MEXIKANISCHEN PAZI-
FIKKÜSTE).

Mainz 1983. Mainzer Geographische Stu-
dien, Heft 25, 216 Seiten. DM 26,--

In dem Buch wird die nationale Ent-
wicklungspolitik Mexikos - eines
Schwellenlandes, das alle Probleme
aufweist, die unter die Bezeichnung
subsumiert werden - vor dem Hinter-
grund theoretischer Konzepte zur pola-
risierten Entwicklung analysiert. Ins-
besondere werden dabei am Beispiel des
Fremdenverkehrs die Folgen einer Ent-
wicklung zwischen Wachstum und Aus-
gleich für die Stadt- und Regionalent-
wicklung in einer Peripherregion un-
tersucht und typische Problembereiche
ermittelt. Schließlich werden vorhandene
Planungsansätze auf ihre Wirksamkeit
hin überprüft und Vorschläge zur
Erhöhung ihrer Effizienz bzw. alterna-
tive Konzepte diskutiert.

Anthony O'Connor

The African City, Hutchison University
Library for Africa, London 1983

The Aga Khan Award for Architecture
(Ed.), Architecture and Community
Building in the Islamic World Today,
Aperture, New York 1983.

ZEITSCHRIFTENHINWEISE

"CITIES"

Die neue, englischsprachige Zeit-
schrift über städtische Politiken er-
scheint seit Oktober 1983. Der Verle-
ger ist: Butterworths Scientific Ltd.-
Journals Div, PO Box 63, Guildford,
Surrey GU2 5BH, UK. Die Herausgeber
laden übriges ein, Manuskripte für
Artikel (2000-4000 Worte) einzurei-
chen.

"SCANDINAVIAN HOUSING AND PLANNING RE-
SEARCH"

Vierteljährlich erscheinende, inter-
disziplinäre Zeitschrift über alle
Fragen der Raumplanung und des Woh-
nungsbaus. Die erste Ausgabe soll im
Feb. 1984 erscheinen. Der Bezugspreis
beträgt ca 42 US \$ (Institutionen),
bzw. 24 US \$ (Privat) jährlich.
Verleger: Almqvist & Wiksell Periodi-
cal Company, Box 45150, S-10430 STOCK-
HOLM

"ARTS - The Islamic World"

Vierteljährliche Zeitschrift über Ar-
chitektur, Kunstgewerbe, Bildende
Künste, Musik und Literatur in der
islamischen Welt. Subscription jähr-
lich US \$ 40,-- von Islamic Arts Foun-
dation, 5A Bathurst St., GB-LONDON W2
2SD.

"ASSIGNMENT CHILDREN"

Multidisziplinäre Zeitschrift (engl.,
franz. Ausgabe: "LES CARNETS DE L'EN-
FANCE") über soziale Fragen in Entwick-
lungsländern, Schwerpunkt: Kinder,
Frauen, Jugendliche. Herausgeber:
UNICEF, Villa Le Bocage, Palais des
Nations, H-1211 GENEVE 10.

"DR. MED. MABUSE" (ISSN 0173-430X)

Linke Medizinerzeitschrift, erscheint
vierteljährlich. Bringt viele Artikel
auch über 3.Welt und über Architek-
tur. Wird wie TRIALOG von Redaktions-
gruppen dezentral zusammengestellt
und kostet DM 10.-- (!) im Jahresabo.
Auch für Laien wertvoll!

"OPEN HOUSE"

Zeitschrift über Wohnungsbau und ge-
baute Umwelt, erscheint vierteljähr-
lich in englischer Sprache, davon
durchschnittlich jede 3. Ausgabe mit
Schwerpunkt 3.Welt.
Verlegt von Stichting Architekten Re-
search, Postbus 429, NL-5600 AK EIND-
HOVEN. Preis: ca 50 DM jährlich.

"GATE : QUESTIONS, ANSWERS, INFORMA-
TION" (ISSN 0723-2225)

Quarterly journal on Appropriate Tech-
nology for the developing world,
edited by the German state-owned con-
sultant agency GTZ, P.O.Box 5180,
D-6236 ESCHBORN. Free of charge.

"ECOFORUM" (ISSN 0250-9989)

Vierteljährliche Zeitschrift über Öko-
logie in der 3. Welt, mit der Ziel-
gruppe nichtstaatlicher Organisatio-
nen. Erscheint in Englisch, Franzö-
sisch, und Spanisch. Jahresabo 25
E.C.\$ von CENTRE DE LIAISON POUR
L'ENVIRONNEMENT, P.O.Box 72461, NAIRO-
BI, Kenya.

HABITAT CENTRE NEWSLETTER

Vierteljährlich erscheinendes, 6-sei-
tiges Informationsblatt ("multidis-
ciplinary, non-profit, quasi acade-
mic, action-planning and development
oriented") über Wohnungs-, Wohnungslo-
sen- und Überlebensprobleme in Indien.
Herausgeber: CENTRE FOR HUMAN SETTLE-

MENTS, 25-27, Netaji Subhas Rd, CAL-
CUTTA 700 001, Indien; Bezugspreis:
US \$ 5,-- jährlich.

"MANUSHI"

Basis-orientierte Frauenzeitschrift
für Indien. Jährlicher Bezugspreis ca
US \$ 17,--. Kontaktadresse für die
BRD: Manushi Distribution, c/o Tobe
Levin, Rothschildallee 28, D-6 Frank-
furt 60.

KONGRESSE UND TAGUNGEN:

FORSCHUNG

Projekt: "Fördermaßnahmen für den in-
formellen Bausektor - ein Beitrag zur
Stadtentwicklungsplanung in Jakarta/
Indonesien"

Beteiligte: Elia Hermanto, Tjuk Kus-
wartojo, Heinz Kull (Antragsteller),
Bernd Multhaup

Förderung: Deutsche Forschungsgemein-
schaft (DFG), BMZ/GTZ

Dauer: 17 Monate, abgeschlossen, -
siehe Buchbesprechung

Aufgabenstellung: Die von ehemaligen
Mitarbeitern der TU Berlin und Lehr-
kräften des Institute of Technology
(PSLH) Bandung gemeinsam durchgeführte
Forschung unternimmt den Versuch, die
überwiegend beschreibenden oder defi-
nitorischen Arbeiten zum informellen
Sektor durch einen auf Förderungsmaß-
nahmen ausgerichteten, umsetzungs-
orientierten Beitrag zu erweitern.

Förderungsmaßnahmen haben dabei zwei
Grundkriterien zu genügen:

- Sie müssen, aus der Kampongsituation
entwickelt, den dort angetroffenen und
insbesondere seitens der unteren Ein-
kommenschichten benannten Problembe-
reichen entsprechen.

- Ihre konzeptionelle Ausgestaltung
hat sich an der gegebenen politisch-
administrativen Durchsetzbarkeit von
Förderungsmaßnahmen auszurichten.

Besonderen Stellenwert innerhalb der
Forschung hat der Beziehungszusammen-
hang von informellen (Bau-)Aktivitäten
und der Stadtentwicklungsplanung. An-
gesichts der Tatsache, daß bis heute
70-80 % der Wohnversorgung Jakartas
informell erstellt worden sind, ist
herauszuarbeiten, daß der informelle
bausektor mehr ist als nur ein bedeu-
tender Arbeitsplatz-, Einkommens- und
Wohnraumerzeuger: - ein Schlüsselsek-
tor der physischen Veränderung von
Städten, dessen Potential für eine ge-
zielte Transformation der städtischen
Umwelt allerdings bisher kaum erkannt
und noch weniger genutzt wird.

VERANSTALTUNGEN

**"Mitwirkung der ländlichen Bevölkerung
an der Entwicklung ihrer sozialen und
natürlichen Umwelt"**

Das Seminar befaßt sich mit Initiati-
ven der ländlichen Bevölkerung in der
Dritten Welt zur Veränderung der dörf-
lichen Lebensbedingungen. Auswertung
von Praxiserfahrungen.

Veranstalter: Weltfriedensdienst und
Förderungswerk bei der Kübel-Stiftung

Ort: Münster

Anfragen an: Kübel-Stiftung, Postfach
66, 6140 Bensheim

1. - 3. Juni 1984

"Traditionelle und moderne Wohn- und Siedlungsformen in der Dritten Welt und bei uns"

Veranstalter: Regionalgruppe Oldenburg des Übersee-Registers von Dienste in Übersee

Ort: Ahlhorn/Oldenburg

Anfragen an: Traute Noesselt, Haus am Schüberg, Wulfsdorfer Weg 33, 2071 Ammersbek/Hoisdüttel

10. - 15. September 1984

"Housing and Planning and the Informal Sector"

Veranstalter: The International Federation for Housing and Planning

Ort: Berlin

Anfragen an: The International Federation for Housing and Planning, 45 Wasenaarseweg, 2596 CG The Hague, The Netherlands

Vorankündigung:

1. - 4. Juli 1985

Weltkonferenz der "Society for International Development"

in Rom

Themenschwerpunkte: Die Krise der Industrieländer, der Dritten Welt, Analysen des weltwirtschaftlichen Systems und Diskussion von Auswegen aus der Krise;

Perspektiven von Basisbewegungen.

Veranstalter: Society for International Development

PLANNING, FINANCING, ENERGY CONSERVATION AND CONSTRUCTION

16-20. September 1984 im ICC Berlin, organisiert von der INTERNATIONAL ASSOCIATION FOR HOUSING SCIENCE in Miami, Florida (das sind die Leute, die für 130 US \$ Abopreis die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift HOUSING SCIENCE AND ITS APPLICATIONS herausbringen). Angebote für Papers (abstract) bis 15.2.1984 an: Gunter Bohm, AMK, Postfach 191740, 1 BERLIN 19, Tel: (030-) 3038-1

2nd WORLD CONGRESS ON HUMAN SETTLEMENTS IN DEVELOPING COUNTRIES

November 1984 in Jadavpur University Campus, Calcutta, Indien.

Themenkreis: Appropriate Approach and Alternatives for Human Settlements Development in South East Asia: 1) Land for Urban and Rural poor. 2) Finance for infrastructure, services & housing. 3) Shelter for Urban poor. 4.) Save water and sanitation for urban and rural poor. 5) Role of medium and small towns in the context of regional development.

Angebote für Papers bis 30.2.84 an The Convenor, centre for Human Settlements, 25-27 Netaji Suhars Rd, Calcutta 700 001, Indien.



Aber es ist nicht beabsichtigt, daß sich die Leute nur in einer Region konzentrieren. - Ah, nein? - Die Bevölkerung soll sich im gesamten Staatsgebiet harmonisch verteilen ... - Huul, das ist schwierig: es gibt halt schon ein Gewimmel von Leuten in der Stadt und anderswo wohnt niemand. - Genau, und das soll vermieden werden, Don Liborio... - Aber ... wie?

ENGLISH SUMMARIES

PETER WALLER:

BASIC NEEDS ORIENTED REGIONAL PLANNING

Regional planning has been firmly established in most Third World countries over the past decade. At the same time the foundations of its theoretical basis have been shattered and new concepts have been introduced. The positive effects according to traditional theories of regional growth have not materialized: growth poles showed hardly any trickle down effects, backward regions did not catch up, the slums in large cities continued to grow, in short, the situation of the poor in both rural and urban areas deteriorated.

Out of the frustration with growth oriented strategies the Basic Needs (BN) Concept was developed. This paper intends to discuss some aspects of BN-oriented regional planning. First this concept and its four essential elements are introduced. The next section

then deals with the new concepts in regional planning such as "territorial" vs. "functional" development, "top down" vs. "bottom-up" planning as the basis for BN-oriented regional planning.

In the following sections examples of BN-oriented regional planning are presented such as agropolitan development in a project in Bangladesh or the rural growth centres project in Malawi. On the basis of these case studies some elements of BN-oriented regional planning are sketched for the various planning stages. Finally the three basic differences between BN-oriented and traditional growth oriented regional planning are summarized:

- priority is not on the center-outward paradigma (trickle down) but rather on the periphery-inward paradigma;
- the planning approach is not exclusively "from top to bottom" but rather as much as possible "from bottom up".
- the starting point for planning are not the physical resources of the region but rather the target groups of the poor for whom existing resources are then directly employed in order to improve their situation.

**WOLFRAM MAENNING:
SOME BASIC ELEMENTS OF THE PARADIGM OF
THE TERRITORY OF SURVIVAL ECONOMY**

The space, which is formed by poor peasants and suburban squatters in peripheral regions of underdeveloped countries is described by the paradigm of the "territory of survival economy". Informal economic exchange is one of its crucial elements.

Subsequently, conditions and basic constituents of a poverty oriented concept of regional planning, which is centred on the illustrated paradigm, are outlined.

**TAYLAN DERICIOGLU:
AN URBANISATION STRATEGY TO OVERCOME THE
REGIONAL DISPARITIES IN TURKEY**

In her particular development process Turkey reflects a typical cycle, which is characterised by a reciprocal interplay of liberal periods and military interventions. It is the prevailing conviction, that such a political instability depends largely on the regional and socio-economic imbalances and polarisations, which could be attributed to the disintegrative consequences of modernisation ideals. Departing from this thesis, the contribution endeavours to delineate an alternative development strategy, which encompasses the spatial and functional integration of neglected regions and human masses. Within this conceptual framework, the first step undertaken is the demarcation of developed and underdeveloped regions in the light of an analytical model containing selective indicators.

Subsequently, the building blocks of an urbanisation model are introduced, which aims at the reduction of regional disparities through a more rational urbanisation strategy. With a specific reference to the underdeveloped regions in East-Anatolia, the proposed urbanisation strategy is incarnated at various spatial levels. Finally, the preconditions for an effective promotion of the selected small, medium and large sized urban centers for functional and territorial integration of eastern regions are elaborated.

**BERNHARD MÜLLER:
INTERMEDIATE CITIES POLICY IN MEXICO**

Implementation Problems of Strategies for Regional Development.

In his article the author deals with the Mexican settlement structure policy which he interpretes as an "intermediate cities strategy". The strategy combines elements of a policy of spatial order and measures of regional economic policy. The emphasis of the Mexican approach lies on a development from above but the strategy also contents aspects of a development from

below. In the article it is shown that the Mexican variation of a strategy for intermediate cities has proved to be quite problematic in terms of implementation. Nevertheless in future it might turn out to be an instrument to articulate locally perceived problems and bottlenecks of development.

**BERND JENSSEN:
ARGUMENTS FROM 'ABOVE' FOR 'BELOW'**

Does the new regional planning philosophy of agropolitan development, target group and basic need oriented approaches fail because they assume an ideal world far away from reality? Do they renounce arguments from 'above' for 'below' which could support regional development? That is the question to deal with. Arguments from 'above' refer to the increasing disadvantages and diseconomies of the metropolitan area which could contribute to regional development by spread effects if the metropolitan area loses its attraction.

Up to now, the role and funktion of the metropolis in national development has been controversially discussed. Under economic viewpoints it is claimed that they are centres of innovation and economic efficiency. Quite the opposite picture is drawn by the social cost theory regarding them as centres of growing poverty which absorb the surplus of the periphery.

Although costs and benefits for target groups cannot be quantified and balanced, there are some findings indicating the growing disadvantages of the metropolis in developing countries:

- The decreasing efficiency in terms of gross national product.
- Growing social cost measured in burden effects on the household side.
- Increasing cost of the public sector (average cost per capita, marginal cost).

Growing disadvantages/diseconomies do not induce automatically the polarization reversal and spread effects as long as diseconomies on the enterprise side are compensated by higher prices or borne by the government or households. or this reason there is a strong need for governmental intervention policies to induce spread effects. If such a policy will or can be adapted is not only a question of good arguments, nor of the political willingness, but also a question of decision-making, independent of international pressure groups.

**ROLAND ZISS:
ECONOMIC DETERMINANTS OF SELF HELP
IN SQUATTER SETTLEMENTS**

The article reviews recent literature on self-help activities to overcome the supply constraints of housing particularly related to squatter settlements, specifying the economic conditions of self-help potential and mobilization.

Self-help in housing and related sectors is considered as a logical response of people who have access neither to the housing market nor to state housing. Self-help housing is use-value oriented and tends to offset the division of labour produced by technological progress in the market sectors. Still, self-help housing cannot be regarded as unproductive, since it serves both distributional objectives and efficient location of resources.

An input-model of the resources for housing production (land, services, building materials, tools, labour, capital) is used to demonstrate the possibilities and limits of self-help within squatter settlements. Though the potential might be high, mobilization is hampered by economic conditions that cannot be changed by the squatters themselves.

Evidences suggest that there is not much self-help development without external help. Yet relatively simple measures could provide that minimum amount of security and perspectives that encourages squatters to invest income and labour into improving their housing situation. State intervention could be confined to the regularization of land, technical assistance and the provision of some seed capital for self-help organizations.

As some manifestations of self-help jeopardize law and order in modern capitalist societies, the promotion of self-help is often rejected as a political strategy. But where housing and settlement policy has to be justified democratically, promoting self-help activities in squatter settlements is the strategy that benefits most urban households in the Third World and probably the only economically feasible one.

WOHNUNGSBAU FÜR DIE ARMEN

Peter M. Ward:
Eine Neubewertung
konventioneller Hypothesen

Hans Harms:
Zur Geschichte der Selbsthilfe:
Praxis und Ideologie

Positionspapier (DSE):
Wohnungsbaue und Beschäftigung in der
städtischen Entwicklung

Ulrike Zschaebitz:
Überlebenspraxis und
Wohnraum in ärmeren Stadtvierteln Quito,
Ecuador

Kosta Mathéy:
Zur Planungsmethode integrierter
Stadtentwicklungs-Maßnahmen für Siedlungen
unterer Einkommensgruppen in
Entwicklungsländern

A. Christopher Lewin:
Realitätsbezogene Planung
von "Sites-and-services" - Projekten
am Beispiel von Hai-el-Salaam (El
Hekr) in Ismailia, Ägypten

Yves Cabannes und
Yves Hardy:
Zur Urbanisierungspolitik
der Weltbank

Omar Akbar:
Medina Sadam (Al Thawra): ein Beispiel
für die Instandsetzung eines
Wohnquartiers in Bagdad, Iraq

THEMA: AUSBILDUNG VON PLANERN UND ARCHITEKTEN

Otto Koenigsberger:
Die Rolle des Planers in armen Ländern

Guido Ast (Habitat, Nairobi):
Training Architects in an East African
Country

Hartmut Schmetzer (Dean, Fac. of Arch.
Kitala, Zambia):
Building up the Education of Architects
in Kitala: Problems and Promises
of a fresh Start

Claus Burghardt (Deutsches Institut
für Entwicklungspolitik):
Über die Ausbildung von Entwicklungsplanern

Henrique Hernandez (Universidad Central
de Venezuela):
Über die Rolle der Technologie in der
Ausbildung von Architekten

Abdullah Breshna (Universität Karlsruhe):
Beiträge zur Konferenz über Architektenausbildung
in Newcastle upon Tyne 1983

Bernd D. Ciecior (Universität Stuttgart):
Wer lernt von wem? Über die Rolle von
Leitbildern in der Ausbildung von Architekten
und Planern

Gisliind Budnick:
Über die Vorbereitung von Planern für
Aufgaben in Entwicklungsländern

Volker Kreibich (Universität Dortmund):
"Spatial Planning in Developing Countries"
- ein ergänzender und vertiefender
englischsprachiger Studiengang
an der Abteilung Raumplanung für Studenten
aus der Dritten Welt

WOHNUNGSBAU UND BAUWIRTSCHAFT IN SOZIALISTISCHEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

TRIALOG : ZEITSCHRIFT FÜR DAS PLANEN UND BAUEN IN DER DRITTEN WELT

* ein Journal für Architekten, Stadtplaner, Soziologen, Ökonomen und Entwicklungsplaner.

* ein Journal für die überfällige Debatte um das Verhältnis der deutschen Planer zu den urbanen Veränderungsprozessen der Dritten Welt.

* ein Journal zum Austausch beruflicher Erfahrungen im Bereich städtischer Entwicklungen der Dritten Welt.

* ein Journal zur Aufarbeitung der neusten Forschungsergebnisse und zur Diskussion aktueller entwicklungspolitischer Konzeptionen für die städtische Entwicklung.

* ein Journal der freien Diskussion, der Arbeitsberichte und der Dokumentation richtungsweisender Ansätze.

"TRIALOG" soll eine lang bestehende Lücke in der deutschsprachigen Planer - Diskussion schließen. Immer mehr Architekten, Stadt- und Raumplaner sowie andere Disziplinen beschäftigen sich in Praxis und Forschung mit den Problemen in der Dritten Welt, mit den Auswüchsen einer heftigen und unkontrollierten Verstädterung, der damit zusammenhängenden Entwicklung auf dem Land, und einer rapiden Verelendung großer Teile der Bevölkerung.

Die Praxiserfahrungen wie auch die wissenschaftliche Diskussion der letzten Jahre haben zu vielen neuen planerischen Erkenntnissen und Arbeitsorientierungen geführt. TRIALOG versteht sich als Forum für eine breite Diskussion und zum Austausch von Informationen für den deutschsprachigen Raum. Die thematische Bandbreite von TRIALOG umfasst:

VERSTÄDTERUNG UND WOHNUNGSPOLITIK

ARCHITEKTUR UND NATIONALE / REGIONALE KULTUREN

ARBEITSFELDER IN DER DRITTEN WELT UND DIE ROLLE AUSLÄNDISCHER PLANER

TECHNOLOGIETRANSFER UND ANGEPASSTE TECHNOLOGIEN

LÄNDLICHE ENTWICKLUNGSSTRATEGIEN.

Hinweise für Autoren

Die Zeitschrift "TRIALOG" wird dezentral im Turnus von lokalen Redaktionsgruppen herausgegeben (Adressen siehe Impressum). Jedes Heft enthält in der Regel:

- * Mehrere Artikel zu einem Schwerpunktthema
- * Aktuelle Beiträge und Nachrichten allgemeiner Natur
- * Ausführliche Buch- und Filmrezensionen
- * Kürzere Buch- und Medienhinweise
- * Forschungsabstrakte
- * Veranstaltungs- und Stellenankündigungen
- * Leserbriefe

Die Redaktion lädt Autoren ein, Manuskripte oder Artikelvorschläge in Form von kürzeren Exposéés vorzulegen. Aktuelle und gut illustrierte Beiträge mit einer Länge von nicht mehr als 25 000 Zeichen (650 Zeilen à 38 Anschläge inclusive Leertasten und Interpunktion) werden vorzugsweise veröffentlicht. Die Manuskripte/Exposéés sollen 3-fach und nach Möglichkeit in deutscher Sprache als unverkleinerte Kopie an die Redaktionsadresse geschickt werden:

TRIALOG

PLANEN UND BAUEN IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN,

Petersenstr. 15, 6100 Darmstadt.

Wurde ein Artikel bereits veröffentlicht, ist dies anzugeben, ebenso wenn das Manuskript zwischenzeitlich anderweitig zur Veröffentlichung angenommen wird. Die Manuskripte mit Angabe des Verfassers (Name, Adresse, ggf. Institution) sollen durch eine Zusammenfassung der wichtigsten Thesen (ca. 200 Worte) als "english summary" ergänzt werden. Alle Illustrationen müssen mit Bildunterschrift versehen werden, - Fotos möglichst kontrastreich und vorzugsweise 8, 17 oder 26 cm breit und 5 bzw. 10 cm hoch sein.

Anmerkungen sollen durchgehend nummeriert am Ende des Textes erscheinen; die bibliografische Zitierweise bleibt dem Autor überlassen, doch muß sie einer für wissenschaftliche Arbeiten üblichen Methode entsprechen.

Copyright: Die Herausgeber von TRIALOG sind nicht in der Lage, Honorare zu zahlen. Dafür wird keine Übertragung des Copyright beansprucht. Alle Beiträge dürfen unter Nennung der Quelle nachgedruckt werden, - vorausgesetzt, daß 3 Belegexemplare an "TRIALOG" geschickt werden (davon 1 für den Verfasser), und daß der Autor dies nicht ausdrücklich durch den Vermerk: (c) vor seinem Namen untersagt.

Die Redaktion behält sich jedoch vor, Manuskripte ggf. stilistisch zu überarbeiten und zu kürzen, wo der verfügbare Platz dies erfordert. Inhaltliche Änderungen und Ergänzungen sind jedoch nur nach Rücksprache und mit Genehmigung des Autors möglich, der gleichzeitig eingeladen wird, sein Manuskript in einer vorbereiteten Redaktionssitzung zu diskutieren. Empfehlungen zur Überarbeitung beinhalten jedoch nicht automatisch eine Publikationsgarantie.

Prägnant gefasste Leserbriefe werden - soweit möglich - an den Autor weitergeleitet und ggf. zusammen mit dessen Stellungnahme abgedruckt.